

POLITISCHE PARTIZIPATION UND GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN BAYERN

AUS SICHT UNTERSCHIEDLICHER GENERATIONEN
UND REGIONEN

Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement in Bayern

aus Sicht unterschiedlicher Generationen und Regionen

Generationenstudie 2010

Impressum

ISBN	978-3-88795-387-4
Herausgeber	Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0) 89 1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender Hauptgeschäftsführer Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen Leiter PRÖ/Publikationen	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h. Dr. Peter Witterauf Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser Hubertus Klingsbögl
Text und Tabellen	Dr. Helmut Jung GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Titelgestaltung	formidee München
Druck	Negele Druck GmbH, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redationelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Vorwort

Im Herbst 2010 hat die Hanns-Seidel-Stiftung von der GMS (Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung) in Hamburg eine umfassende Grundlagenuntersuchung auf der Basis einer Umfrage in Bayern durchführen lassen. Dabei wurden die Einstellungen und Verhaltensdispositionen der bayerischen Bevölkerung im Hinblick auf politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement untersucht. Von besonderer Bedeutung war die Frage, ob und in welchem Ausmaß noch Verzahnungen zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement im vorpolitischen Raum mit Politik und Gesellschaft bestehen. Die große Fallzahl erlaubt es, fundierte Befunde für alle Generationen und Regionen Bayerns zu erheben.

Im Rahmen dieser Studie wurde unter anderem die persönliche Sicht auf die individuellen Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement untersucht. Dabei wurde sowohl nach der Beurteilung des eigenen Verhaltens gefragt als auch das tatsächliche Engagement in traditionellen wie in neuen Strukturen analysiert. Die Rolle von Vereinen und Organisationen im vorpolitischen Raum spielte dabei ebenso eine große Rolle wie das Internet als neue Möglichkeit der gesellschaftlichen Beteiligung.

Mit dieser Publikation wollen wir erstmals einer breiten Öffentlichkeit die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung vorstellen. Die Auswertung zeigt zum Beispiel, dass die Partizipation in neuen Formen (Internet, vor allem berufliche Netzwerke und Weblogs) zugenommen hat, aber die Beteiligung in den klassischen Formen (Vereine, Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen) nach wie vor einen großen Raum einnimmt. Auch die Parteien spielen weiterhin eine wichtige Rolle. Wir hoffen, dass sich aus der Diskussion unserer Studie zahlreiche Anregungen für weitere Forschungen und die Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme ergeben.

Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair
Vorsitzender
Hanns-Seidel-Stiftung

Dr. Peter Witterauf
Hauptgeschäftsführer
Hanns-Seidel-Stiftung

Inhaltsübersicht

Vorwort

1.	Einführung:	
	Die Generationenforschung der Hanns-Seidel-Stiftung	7
2.	Methodische Vorbemerkungen	9
3.	Einzelergebnisse	11
3.1	Die allgemeine Grundstimmung zum Zeitpunkt der Untersuchung.....	11
3.2	Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement	13
3.2.1	Partizipationsrelevante Grundeinstellungen	13
3.2.2	Die Bedeutung von Werten	18
3.2.3	Wahlteilnahme und Wahlverhalten	21
3.3	Individuelle Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement	25
3.4	Engagement in traditionellen und neuen Strukturen	28
3.4.1	Zugehörigkeit zu Vereinen, Verbänden und Organisationen	28
3.4.2	Geplante Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen.....	33
3.4.3	Motive für Mitgliedschaften und Engagement	37
3.4.4	Umfang und Art des Engagements	42
3.5	Rolle und Verankerung der Politik im vorpolitischen Raum	47
3.6	Die Rolle des Internet	53
3.6.1	Internet: Zugang und Nutzungshäufigkeit	54
3.6.2	Arten und Formen der Internetnutzung	55
3.6.3	Einstellungen zu Weblogs	57
4.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	59
5.	Anhang (Schaubilder und Tabellen)	67

1. Einführung: Die Generationenforschung der Hanns-Seidel-Stiftung

Mit dem vorliegenden Untersuchungsbericht setzt die Hanns-Seidel-Stiftung ihre bereits in den 70er-Jahren begründete Tradition in der empirischen sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung mit der Untersuchung politischer, sozialer und gesellschaftlicher Phänomene fort. Dabei standen immer wieder sowohl die Bevölkerung insgesamt als auch spezifische Teilgruppen der Bevölkerung im Blickpunkt des Interesses.

Die empirische Begleitung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen ist durch den raschen sozialen Wandel und die fortschreitende Globalisierung, aber auch wegen der sich in den letzten Jahren weiter verschärfenden demographischen Entwicklung notwendiger denn je geworden. Die mit der demographischen Entwicklung verbundenen Herausforderungen für die Sozialsysteme, wirtschaftliche und Arbeitsmarktprobleme sowie die gleichzeitig immer enger werdenden Verteilungsspielräume legten es schon seit einigen Jahren nahe, nicht mehr nur die Gesamtgesellschaft oder die Lage einzelner Teilgruppen der Bevölkerung wie z. B. Jugend, Senioren oder Frauen in einer überwiegend isolierten Betrachtungsweise in den Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten zu stellen.

Wegen der Notwendigkeit einer veränderten Betrachtungsweise mit Fokus auf die durch diese Entwicklungen besonders betroffenen Jüngeren und Älteren wurde deshalb vor zehn Jahren das Konzept der Generationenforschung der Hanns-Seidel-Stiftung entwickelt und durch eine erste Untersuchung im Jahr 2001 in die Tat umgesetzt. Folgeuntersuchungen in den Jahren 2002, 2003, 2005 und 2009 dienten sowohl der Fortschreibung von Zeitreihen zu wichtigen Einstellungen als auch der Untersuchung verschiedener weiterer, in Verbindung mit der Generationenproblematik besonders wichtiger Themenschwerpunkte.

In den Jahren 2001, 2002 und 2005 wurden bundesweite Untersuchungen mit zugleich auch für Bayern repräsentativen Teilstichproben durchgeführt. In den Jahren 2003 und 2009 blieben die Untersuchungen wegen des Schwerpunktthemas „Heimatgefühl und Leben in Bayern“ auf die Bevölkerung Bayerns beschränkt, um regionale Unterschiede in Bayern besser herausarbeiten zu können.

Bei den Generationenstudien der Stiftung ging es mit wechselnden Themenschwerpunkten vor allem um Erkenntnisse zu

- Gemeinsamkeiten und Auffassungs- bzw. Interessensunterschieden zwischen Alt und Jung wegen ihrer unterschiedlichen Positionen im Lebenszyklus,
- latenten oder offenen Konfliktpotenzialen durch die demographische Entwicklung und den damit verbundenen Schwierigkeiten der Sozialsysteme,
- Haltungen zum Subsidiaritätsprinzip angesichts der Probleme der Sozialsysteme,
- generationenspezifischen und regional geprägten Einstellungen zu Wirtschaft, Arbeit und Arbeitsmarktreformen,
- Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme Deutschlands auf Einstellungen und Verhaltensweisen der Generationen,

- Grundüberzeugungen, Wertorientierungen und Wertewandel,
- Einflüssen des Wertewandels auf das Zusammenleben, den Konsens und das gegenseitige Respektieren der Generationen,
- den Auswirkungen des Wertewandels auf politische Partizipation sowie auf politisches, soziales und gesellschaftliches Engagement,
- Einstellungsunterschieden von Alt und Jung zu wichtigen Lebensbereichen und politischen Sachthemen,
- generationenspezifischen Sichtweisen zu Globalisierung, Internationalisierung und europäischer Einigung,
- Heimatgefühl, Patriotismus und Nationalstolz,
- subjektiv empfundener Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und Wählerschichten und der Interessenvertretung der Parteien für diese Gruppen sowie
- generationenspezifischen und regionalen Effekten im Hinblick auf Parteibindungen und Wahlchancen der Parteien vor dem Hintergrund der Frage, inwieweit man sich mit seinem Lebensgefühl durch eine oder mehrere politische Parteien repräsentiert fühlt.

Die Generationenstudie 2010 führt diese Tradition mit den bereits 1995/96 in einer anderen Untersuchung der Stiftung und dann in der Generationenstudie 2002 gesetzten Themenschwerpunkten „gesellschaftliches Engagement und politische Partizipation“ fort. Ziel ist es zu überprüfen, ob und welche Veränderungen in den letzten 15 Jahren im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement generell oder generationenspezifisch eingetreten sind.

Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, ob und in welchem Ausmaß noch Verzahnungen zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement im vorpolitischen Raum und in der Politik selbst bestehen, die früher zumindest bei den Volksparteien in erheblichem Umfang bestanden und wesentlich zur Bindung von Wählern an diese Parteien beitrugen.

Die analog zu 1995/96 und ebenfalls zu 2003 und 2009 erfolgte regionale Begrenzung der Untersuchung auf Bayern hat zwar den Nachteil, dass keine Vergleiche zwischen Bayern und anderen Ländern im Hinblick auf soziales, gesellschaftliches und politisches Engagement vorgenommen werden können. Dafür hat die Fokussierung auf Bayern jedoch den großen Vorteil, dass vor allem die unterschiedlichen Mentalitäten der verschiedenen „Stämme“ im Flächenland Bayern und die teils erheblichen Stadt-Land-Gegensätze mit eventuell daraus resultierenden Folgen für bürgerschaftliches Engagement trennschärfer als bei einer bundesweiten Untersuchung erkennbar werden.

2. Methodische Vorbemerkungen

Der vorliegende Untersuchungsbericht basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen sozialwissenschaftlichen Grundlagenuntersuchung der GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg. Die Befragung wurde im Herbst 2010 unter der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung Bayerns ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit durchgeführt.

Die Hauptthemen der Untersuchung waren die Ermittlung und Überprüfung von Einstellungen und Verhaltensprädispositionen, bei denen sowohl zwischen den Generationen als auch unter regionalen Aspekten Unterschiede im Hinblick auf politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement bestehen können. Dabei wurden folgende Einzelthemen behandelt:

- Die aktuelle politische und wirtschaftliche Grundstimmung zum Zeitpunkt der Untersuchung als Einflussfaktor auf Einstellungen zum bürgerschaftlichen Engagement
- Die Sicht der individuellen Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement
- Beurteilung des eigenen Verhaltens im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement
- Tatsächliches Engagement in traditionellen und neuen Strukturen
 - Mitgliedschaften und Zugehörigkeit zu Vereinen, Organisationen etc.
 - Geplante Mitgliedschaften in Vereinen, Organisationen etc.
 - Motive für Mitgliedschaften und Zugehörigkeit zu Vereinen, Organisationen etc.
 - Art und Umfang des Engagements
- Die Einbindung der genutzten Vereine und Organisationen in den vorpolitischen Raum
 - Häufigkeit der Gespräche über politische Themen
 - Existenz von Meinungsführern und Übereinstimmung mit deren Ansichten
 - Politische Ausrichtung der Meinungsführer
- Das Internet als neue Möglichkeit für Partizipation und gesellschaftliches Engagement

Insgesamt wurden in der Zeit vom 15. September bis 16. Oktober 2010 mit der Erhebungsmethode des computergestützten Telefoninterviews (CATI) 1.854 Interviews realisiert. Auf der Basis einer mehrstufig geschichteten Zufallsstichprobe von Privathaushalten wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung Bayerns ab 16 Jahren befragt. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 32 Minuten.

Um detaillierte Auswertungen der Einstellungen der Jungen und Alten zu ermöglichen, wurde die Untersuchung mit einer disproportionalen Stichprobe angelegt. Teilstichproben für alle relevanten Altersgruppen wurden jeweils auf eine aussagekräftige Gesamtfallzahl von 250 bis 280 Interviews aufgestockt. Die Stichprobenanlage erfolgte so, dass die Möglichkeit besteht, die Jungen zwischen 16 und 34 Jahren und die Älteren (60 Jahre und älter) jeweils in drei Untergruppen aufzugliedern und diese Teilgruppen auf Basis aussagekräftiger Fallzahlen zu analysieren. Zusätzlich wurde auch eine Disproportionalisierung der Stichprobe nach regionalen Kriterien vorgenommen. Dadurch ist jeder Regierungsbezirk mit ca. 250 und Oberbayern mit ca. 350 Interviews (Großraum München und Rest Oberbayern je n=175) in der Stichprobe vertreten. Für die Gesamtauswertung der Untersuchung wurden die einzelnen Altersgruppen bzw. Regionen mit „aufgestockten“ Fallzahlen durch eine faktorielle Gewichtung proportionalisiert und damit wieder den tatsächlichen Größenverhältnissen in der Bevölkerung angepasst.

In diesem Untersuchungsbericht erfolgt die Ergebnisdarstellung entsprechend der Aufgabenstellung in erster Linie im Hinblick auf die Merkmale Alter und Region bzw. Regierungsbezirk. Dabei wird im Regelfall zwischen drei Altersgruppen unterschieden: Die Jungen (16- bis 34-Jährige), Personen mittleren Alters (35- bis 59-Jährige) und Ältere (über 60-Jährige). Obwohl die Daten generell eine weitere interne Differenzierung der Jungen und Alten in jeweils zwei bis drei Untergruppen erlauben, wird in diesem Bericht auf diese Möglichkeit aus inhaltlichen und aus Platzgründen nur dann zurückgegriffen, wenn sich zwischen den Untergruppen erwähnenswerte Unterschiede ergeben. Ähnliches gilt auch für Differenzierungen der Ergebnisse nach Regionen oder anderen Analysemerkmalen, die in diesem Bericht nur dann vorgenommen werden, wenn signifikante Unterschiede in den Ergebnissen existieren.

3. Einzelergebnisse

3.1 Die allgemeine Grundstimmung zum Zeitpunkt der Untersuchung

Allgemeine Stimmungsindikatoren wie die Sicht der gegenwärtigen oder der zukünftig erwarteten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen sind im Regelfall erheblichen, zudem meist kurzfristigen Stimmungsschwankungen unterworfen. Deren Ermittlung ist auch in Verbindung mit dieser Grundlagenuntersuchung sinnvoll und notwendig, weil die aktuelle Grundstimmung teils beträchtliche Auswirkungen auf langfristig alles in allem eher stabile politische Einstellungen und Verhaltensweisen in Verbindung mit politischer Partizipation und gesellschaftlichem Engagement haben kann. Je nach Wahrnehmung der Rahmenbedingungen entscheidet nämlich die aktuelle Grundstimmung mit darüber, ob die Einstellungen in der Bevölkerung zu einem bestimmten Thema eher etwas positiver oder negativer ausfallen oder ob eine längere Zeit anhaltende Grundstimmung sogar zu nachhaltigen Veränderungen bei bestimmten Einstellungen führt.

Diese Filterfunktion der zum Untersuchungszeitpunkt gemessenen Stimmung betrifft auch partizipationsrelevante Grundeinstellungen wie politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit oder Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft sowie das Schwerpunktthema bürgerschaftliches Engagement. Ermittelt wurde die Stimmung dieses Mal durch zwei Fragen nach der Sicht der bisherigen und der zukünftig erwarteten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern.

Die Sicht der bisherigen und auch der erwarteten zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern fällt angesichts des gesunden Selbstbewusstseins der Bayern und ihres Wissens um die Spitzenposition ihres Heimatlandes erwartungsgemäß per saldo positiv aus. Auffällig ist allerdings die im Zeitreihenvergleich unverkennbare Delle bei den positiven Einschätzungen in den Jahren 2007 und 2008, die zuerst die Sicht der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den letzten 12 Monaten betrafen und 2008 dann auch auf die Erwartungen in den nächsten 12 Monaten durchschlugen. Von diesem Einbruch hat sich die Grundstimmung in Bayern auch in der neuesten Untersuchung noch nicht erholt. Per saldo tendiert man zu einer vergleichsweise positiveren Sicht der bisherigen und der zukünftig erwarteten Entwicklungen in Bayern. Allerdings sind die früher deutlich positiveren Sichtweisen im Jahr 2010 noch nicht erreicht (Tabelle 1).

Die Sicht der bisherigen und auch der erwarteten zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern wird übrigens von den Jüngeren und den Älteren übereinstimmend etwas positiver gesehen als vom Durchschnitt aller Befragten, während die mittlere Generation der 35- bis 59-Jährigen häufiger dazu tendiert, die Entwicklungen als mit anderen Ländern vergleichbar einzustufen (Tabelle I im Anhang).

Bei der Differenzierung regionaler Unterschiede sehen die Bewohner des Großraums München die bisherigen Entwicklungen per saldo überdurchschnittlich positiv, während man in allen anderen Regionen und auch im Rest Oberbayerns vergleichsweise eher dazu tendiert, die Entwicklungen als genauso wie in anderen Ländern zu beur-

Allgemeine Grundstimmung zum Zeitpunkt der Untersuchung im Zeitreihenvergleich

Fragen 1, 2

	2010	2008 *	2007 *	2006 *
Wirtschaftliche und politische Entwicklungen des letzten Jahres in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern				
Eher besser	30	30	39	44
Genauso	45	59	40	42
Eher schlechter	18	9	14	12
Index¹⁾	+12	+21	+25	+32
Künftige wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern				
Hier eher besser	34	27	44	40
Genauso	44	62	41	48
Hier eher schlechter	15	10	10	10
Index¹⁾	+19	+17	+34	+30

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe

¹⁾ Index = „eher besser“ – „eher schlechter“

²⁾ Index = „hier eher besser“ – „hier eher schlechter“

* Vergleichszahlen aus Untersuchungen für Sat.1 Bayern

teilen. Im Gegensatz dazu erhoffen sich Befragte in den anderen Regionen mit eher durchschnittlichen Beurteilungen der bisherigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen überdurchschnittlich oft eine vergleichsweise bessere Entwicklung Bayerns in der Zukunft. Dies gilt ganz besonders für Oberfranken, Mittelfranken, Schwaben und Niederbayern, wo man bei gleichzeitig mäßiger Sicht der letzten 12 Monate alles in allem etwas häufiger darauf setzt, dass es in Bayern in den kommenden 12 Monaten wieder etwas besser laufen dürfte als in anderen Ländern (Tabelle II im Anhang).

3.2 Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement

Intensität und Qualität von politischem, sozialem und gesellschaftlichem Engagement können eigentlich nur vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen zum jeweiligen Zeitpunkt der empirischen Untersuchung der Thematik beurteilt werden. Dies gilt ganz besonders dann, wenn man die aktuellen Befunde mit Erkenntnissen aus früheren Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement vergleicht.

In diesem Zusammenhang spielen so genannte partizipationsrelevante Grundeinstellungen wie Demokratiezufriedenheit, politisches Interesse und die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Sie entscheiden in erheblichem Umfang darüber, ob überhaupt und in welcher Form bürgerschaftliches Engagement stattfindet (Kap. 3.2.1).

Daneben sind aber auch Grundorientierungen und Werte von großer Bedeutung für die Frage, ob und wie sich jemand in Politik und Gesellschaft einbringt. Auch dieser Thematik wird bei der folgenden Analyse der Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement nachgegangen. Da die Untersuchungsschwerpunkte der Generationenstudie 2011 jedoch auf dem tatsächlichen Engagement in traditionellen und neuen Strukturen, der Einbindung dieser Strukturen in den vorpolitischen Raum und dem Internet als neue Möglichkeit für Partizipation und gesellschaftliches Engagement lagen, konnten Wertorientierungen und Wertehierarchien nicht detailliert hinterfragt werden. Bei der Wertethematik musste sich diese Untersuchung vielmehr auf die Existenz eigener Wertvorstellungen, die Wahrnehmung von Wertorientierungen bei den Mitmenschen sowie auf Übereinstimmung bzw. Diskrepanzen zwischen eigenen Grundüberzeugungen und den Wertvorstellungen anderer Menschen beschränken (Kap. 3.2.2).

Für eine repräsentative parlamentarische Demokratie deutscher Provenienz ist zudem im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere die Teilhabe der Bürger an der Politik von elementarer Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um Mitgliedschaft oder gar eine aktive Betätigung in einer Partei, sondern um die Frage, ob man als Bürger einen Sinn darin sieht, in regelmäßigen zeitlichen Abständen durch Teilnahme an Wahlen und die Wahl einer Partei seinen politischen Willen zu artikulieren. Deshalb wurden in Verbindung mit den Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement neben Parteibindungen auch Haltungen zur sinkenden Wahlteilnahme sowie individuelle Prädispositionen im Hinblick auf eine mehr oder weniger regelmäßige Beteiligung an Wahlen untersucht (Kap. 3.2.3).

3.2.1 Partizipationsrelevante Grundeinstellungen

Das politische Interesse wird seit jeher in der politikwissenschaftlichen Grundlagenforschung als ein vorprägender Einflussfaktor für die Teilhabe an der Politik und bürgerschaftliches Engagement angesehen. Mit diesem Indikator wird meist auch das Interesse an wirtschaftlichen und sozialen Themen erfasst. Ein starkes politisches Interesse erhöht im Regelfall die Bereitschaft zur Partizipation und macht somit auch eine Wahlteilnahme wahrscheinlicher, bei Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen allerdings auch eine Wechsel- oder gar eine Protestwahl. Dauerhafte Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen kann aber

auch zu nachlassendem politischen Interesse führen (Apathie). Insofern besitzt die längerfristige Entwicklung des politischen Interesses eine besondere Aussagekraft.

Der Vergleich mit verschiedenen, seit 2001 von der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführten Grundlagenuntersuchungen belegt, dass sich im Hinblick auf das politische Interesse der Bayern in den letzten zehn Jahren durchaus einige Veränderungen ergeben haben. Der zwischen 2001 und 2002 feststellbare Anstieg des politischen Interesses von insgesamt 28% für „sehr stark“ und „stark“ auf zusammen 48% hat sich von 2003 bis heute allerdings nicht mehr weiter fortgesetzt. Vielmehr stagnieren die Quoten für (sehr) starkes politisches Interesse seither bei 42% bis 46%, weil die Teilgruppe der sehr stark Interessierten zwar etwas größer, die Gruppe der „nur“ stark Interessierten jedoch wieder etwas kleiner geworden ist (Tabelle 2). Umgekehrt ist aber vom oft behaupteten stark nachlassenden Interesse an Politik eigentlich erst in der neuesten Umfrage etwas zu spüren, weil der lange Zeit stabile Anteil der gar nicht Interessierten nunmehr zu Lasten der etwas Interessierten von 9% auf 17% angestiegen ist (Tabelle 2).

Hanns Seidel Stiftung		Tabelle 2					GMS
Politisches Interesse im Zeitreihenvergleich						Frage 3	
	2010	2009	2003	2002 ¹⁾	2001 ¹⁾		
Politisches Interesse							
Sehr stark	15	15	12	11	5		
Stark	30	27	34	37	23		
Etwas	35	48	46	43	48		
Gar nicht	17	9	8	9	23		
Index²⁾	+28	+33	+38	+39	+5		

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe / verweigert
¹⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300
²⁾ Index = „sehr stark / stark“ – „gar nicht“

Von einem dramatischen Verlust des Interesses an Politik kann somit eigentlich nicht gesprochen werden. Unverkennbar ist jedoch eine gewisse Polarisierungstendenz, weil die Anteile der sehr stark und der gar nicht Interessierten neuerdings etwas zugenommen haben. Diese Tendenz zur Polarisierung ist übrigens unabhängig vom Alter in allen Generationen gegeben, wobei die größten Zuwächse an Politik gar nicht (mehr) Interessierter im Vergleich mit dem Vorjahr vor allem bei den mittleren Altersjünglingen und bei den Jüngeren festzustellen sind (Tabelle 3).

Vergleicht man die addierten Anteile sehr stark und stark Interessierter einerseits nur mit den Anteilen der gar nicht politisch Interessierten andererseits, so ergibt sich ein etwas anderes Bild. Hier erkennt man seit 2002 (Indexwert +39) wegen der deutlichen

Politisches Interesse in den Generationen

Frage 3

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Politisches Interesse					
Sehr stark	15 (15)	13 (8)	17 (16)	12 (18)	+1 (–10)
Stark	30 (27)	19 (25)	31 (28)	37 (27)	–18 (–2)
Etwas	35 (48)	42 (54)	34 (49)	31 (41)	+11 (+13)
Gar nicht	17 (9)	19 (11)	15 (6)	17 (12)	+2 (–1)
Index¹⁾	+28 (+33)	+13 (+22)	+33 (+38)	+32 (+33)	

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
In Klammern: Vergleichswerte zu 2009
¹⁾ Index = „sehr stark / stark“ – „gar nicht“

Zunahme der von der Indexbildung nicht erfassten Kategorie „etwas“ Interessierter eine kontinuierliche, eher schleichende Abnahme des politischen Interesses auf einen Indexwert von +28, der im Vergleich mit dem Vorjahr übrigens eher die mittleren Jahrgänge und vor allem die Jüngeren betrifft (Tabelle 2).

Bei einer Differenzierung nach Regionen ergeben sich im Hinblick auf das politische Interesse teils erhebliche Unterschiede. Im Großraum München sowie in Niederbayern liegen die Indexwerte für das politische Interesse über, in der Oberpfalz sowie in Unter- und vor allem Oberfranken unter dem Durchschnittswert von +28 (Tabelle III im Anhang).

Während das politische Interesse im Verlauf der letzten Jahre je nach Betrachtungsweise kaum oder allenfalls eher schleichend abgenommen hat, sind im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit und die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft im Zeitreihenvergleich teils erhebliche Einstellungsschwankungen festzustellen, die nur mit der Wahrnehmung der zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden politischen Rahmenbedingungen erklärt werden können. So ist analog zu den negativen Veränderungen zwischen 2001 und 2003 der Anteil derer, die mit der Demokratie und dem politischen System in Deutschland sehr zufrieden sind, von 16% im Vorjahr auf nunmehr 9% gefallen, während der Anteil der Unzufriedenen von 22% auf jetzt 33% angestiegen ist (einigermaßen zufrieden: relativ konstant 59% bzw. 56%). Damit werden neuerdings wieder die bereits in den Jahren 2002 und 2003 gemessenen negativeren Werte erreicht (Tabelle 4).

Eine vergleichbare Entwicklung ist auch bei den Einstellungen zu Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft in Deutschland erkennbar. Zwar bestand von jeher die Tendenz, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland eher als nur teilweise oder aber ungerecht einzustufen. Bei einer Betrachtung der Indexwerte (Saldo Prozentwerte gerecht minus ungerecht) wird allerdings erkennbar, dass die

Demokratiezufriedenheit und allgemeine Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft im Zeitreihenvergleich

Fragen 4, 5

	2010	2009	2003	2002 ¹⁾	2001 ¹⁾
Demokratiezufriedenheit					
Sehr zufrieden	9	16	6	9	17
Einigermaßen zufrieden	56	59	58	59	58
Nicht zufrieden	33	22	36	30	22
Index²⁾	-24	-6	-30	-21	-5
Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft					
Gerecht	11	14	6	8	19
Teilweise gerecht	53	59	53	61	50
Eher nicht gerecht	34	25	40	30	27
Index³⁾	-23	-11	-34	-22	-8

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe / verweigert

¹⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300

²⁾ Index = „sehr zufrieden“ – „nicht zufrieden“

³⁾ Index = „gerecht“ – „nicht gerecht“

vergleichsweise positiven Sichtweisen aus den Jahren 2001 und 2009 in den Folgejahren nicht mehr aufrechterhalten wurden. So fiel der Indexwert von 2001 (-8) in den beiden Folgejahren auf -22 und -34. Der Indexwert für 2009 von -11 fiel in der neuesten Untersuchung wieder auf -23, ein eindeutiger Beleg für Reaktionen der Bürger auf Reformen und Einschnitte (Tabelle 4).

Die gegenüber 2009 deutlich gesunkene Demokratiezufriedenheit und die verstärkte Wahrnehmung fehlender Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft betreffen ähnlich den Veränderungen beim politischen Interesse alle Generationen. Allerdings fallen die Veränderungen bei den hier ohnehin immer schon kritischeren Jungen vergleichsweise geringer aus. Die größten negativen Veränderungen ergeben sich vielmehr bei den Älteren ab 60 Jahren und vor allem in der Gruppe der 35- bis 59-Jährigen, also jenen Personen, die mitten im Leben stehen und im Regelfall Verantwortung in Beruf und Familie übernommen haben (Tabelle 5).

Auch unter regionalen Aspekten gibt es im Hinblick auf die Unzufriedenheit mit der Demokratie und die Sicht mangelnder Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft ungeachtet einer grundsätzlich kritischen Sichtweise Niveauunterschiede. Gemessen an den Indexwerten ist die Demokratiezufriedenheit in Unter- und Mittelfranken sowie im Großraum München vergleichsweise am höchsten, in der Oberpfalz, Schwaben und Oberfranken sowie im restlichen Oberbayern (ohne Großraum München) am geringsten. Im Hinblick auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten in Politik und Gesellschaft fallen die Unterschiede etwas geringer aus. Die Mittel- und Oberfranken tendieren hier zu etwas positiveren, die Oberpfälzer, Unterfranken sowie Nieder- und Oberbayern zu etwas negativeren Urteilen (Tabelle IV im Anhang).

Demokratiezufriedenheit und allgemeine Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft in den Generationen

Fragen 4, 5

	Gesamt	Alter (Jahre)				Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)		
Demokratiezufriedenheit						
Sehr zufrieden	9 (16)	13 (13)	7 (16)	9 (19)	+4 (-6)	
Einigermaßen zufrieden	56 (59)	48 (58)	59 (63)	58 (55)	-10 (+3)	
Nicht zufrieden	33 (22)	34 (26)	34 (19)	32 (21)	+2 (+5)	
Index¹⁾	-24 (-6)	-21 (-13)	-27 (-3)	-23 (-2)		
Gerechtigkeit in Politik / Gesellschaft						
Gerecht	11 (14)	12 (9)	10 (16)	13 (15)	-1 (-6)	
Teilweise gerecht	53 (59)	50 (63)	55 (60)	54 (54)	-4 (+9)	
Eher nicht gerecht	34 (25)	34 (26)	35 (23)	32 (26)	+2 (±0)	
Index²⁾	-23 (-11)	-22 (-17)	-25 (-7)	-19 (-11)		

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
 In Klammern: Vergleichswerte zu 2009
¹⁾ Index = „sehr zufrieden“ – „nicht zufrieden“
²⁾ Index = „gerecht“ – „eher nicht gerecht“

Die erwähnte Polarisierung beim politischen Interesse kann dazu führen, dass bei sehr starkem Interesse die Motivation zu Beteiligung und Engagement gefördert wird. Allerdings muss dies gerade bei Jüngeren nicht mehr unbedingt in den traditionellen Strukturen stattfinden. Die Zunahme gar nicht (mehr) Interessierter dürfte hingegen ein Beleg dafür sein, dass zumindest Teilgruppen der Bevölkerung nicht nur bei der politischen Partizipation zunehmend Zurückhaltung üben.

Die Veränderungen des politischen Interesses mit stärker polarisierten Einstellungen deuten auf einen längerfristigen Prozess hin, bei dem je nach Art der Polarisierung Partizipation und Engagement gefördert oder aber gehemmt werden. Die erheblichen Einstellungsschwankungen im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit und die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft legen hingegen die Vermutung nahe, dass diese Einstellungen ungeachtet einer grundsätzlich eher kritischen Sicht in Zyklen verlaufen und anfälliger für die zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden politischen Rahmenbedingungen sind. Nicht ohne Zufall fielen die Bewertungen zu Demokratie und Gerechtigkeit 2002/2003 und jetzt wieder 2010 besonders kritisch aus. Ein genereller, bürgerschaftliches Engagement beeinflussender negativer Trend dieser Einstellungen ist allerdings in den letzten zehn Jahren nicht auszumachen. Sorge machen muss in diesem Zusammenhang eher die Tatsache, dass Demokratie und Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft grundsätzlich mäßig beurteilt werden, was zumindest in Teilgruppen der Gesellschaft Partizipationsbereitschaft und Engagement nicht gerade fördert.

3.2.2 Die Bedeutung von Werten

Wenn man sich mit der Bedeutung von Grundorientierungen und Werten für politisches und gesellschaftliches Engagement beschäftigt, ist eigentlich auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit spezifischen Werten und den verschiedenen in der Bevölkerung existierenden Wertehierarchien erforderlich. Hierzu hätte man die individuelle Relevanz einzelner Werte und deren Priorisierung in Konkurrenz zu anderen Wertorientierungen ausführlich abfragen müssen. Angesichts der bei telefonischen Umfragen zwingenden zeitlichen Restriktionen (maximal ca. 30 Minuten) und der Untersuchungsschwerpunkte „Engagement in traditionellen und neuen Strukturen, Einbindung dieser Strukturen in den vopolitischen Raum und Internet als neue Möglichkeit für Partizipation und gesellschaftliches Engagement“ musste die Wertethematik auf Fragen zur Existenz eigener Wertvorstellungen, zur Wahrnehmung von Wertorientierungen bei anderen sowie auf Übereinstimmung bzw. Diskrepanzen zwischen eigenen Grundüberzeugungen und den Wertvorstellungen anderer Menschen begrenzt bleiben.

Diese Beschränkung ist vertretbar, weil es mehrere Grundlagenuntersuchungen der Hanns-Seidel-Stiftung gibt, die sich ausführlich mit spezifischen Werten, dem Wertewandel sowie den daraus resultierenden Folgen für politisches und gesellschaftliches Engagement beschäftigten. Da der viel beschworene Wertewandel ein kontinuierlich verlaufender, sehr langfristiger Prozess ist, ist davon auszugehen, dass die 2002 und 2005 getroffenen Feststellungen im Hinblick auf spezifische Werte und deren Relevanz auch für die heutige Situation noch weitgehend zutreffen.

Im Jahr 2002 war der Wertewandel weiter zugunsten von selbstbezogenen und zu Lasten von gemeinschaftsbezogenen Werten vorangeschritten. Bei Werten mittlerer Wichtigkeit gab es teils deutliche Unterschiede zwischen Jung und Alt. Die Jungen räumten vor allem Daseinsgenuss und Selbstverwirklichung sowie Wissenserweiterung und Unabhängigkeit einen vergleichsweise hohen Stellenwert ein. Im Jahr 2005 war angesichts der ökonomischen Probleme ein etwas stärkeres Streben nach Sicherheit und Geborgenheit erkennbar. Materielle Bedürfnisse und Macht bzw. Einfluss wurden eher unwichtiger. Stattdessen war man relativ zufrieden, wenn man die eigenen Ansprüche in einem bescheidenen Rahmen realisieren und sich dabei selbst verwirklichen konnte. Ungeachtet dieser Unterschiede in den beiden letzten Grundlagenstudien der Hanns-Seidel-Stiftung war aus beiden Untersuchungen ablesbar, dass Zielkonflikte zwischen gemeinschaftsbezogenen Grundorientierungen und Leistungswerten einerseits sowie den Bestrebungen nach mehr Individualität und Daseinsgenuss bestehen und gelöst werden müssen.

Im Hinblick auf spezifische Wertorientierungen und deren Relevanz bedeutet dies, dass der Wertewandel wegen der abnehmenden Relevanz von gemeinschaftsbezogenen Werten zu Lasten von eher die Individualität fördernden Grundorientierungen die Bereitschaft zu politischem, sozialem und gesellschaftlichem Engagement nicht gerade fördert. Dennoch gibt es auch angesichts veränderter Wertehierarchien eine Reihe von Grundorientierungen, die bei entsprechender Relevanz Menschen zumindest zu temporärem Engagement für konkrete Ziele motivieren können. Dass gerade solche Formen des bürgerschaftlichen Engagements nicht unbedingt in den traditionellen Strukturen mit Vereinen, Verbänden und Organisationen verschiedenster Art ablaufen, gehört im Übrigen schon seit Jahren zu den gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Wichtig ist allerdings in diesem Zusammenhang, dass man über ein Spektrum von bestimmten Grundorientierungen verfügt, sich deren individueller Relevanz bewusst ist, sich ferner im alltäglichen Handeln danach ausrichtet und sich dabei auch in einer weitgehenden Übereinstimmung mit den meisten anderen Menschen fühlt. Zur Überprüfung dieser Rahmenbedingungen wurde ohne Bezugnahme auf spezifische Werte die Existenz eigener Wertvorstellungen, die Wahrnehmung von Wertorientierungen bei anderen sowie Übereinstimmung bzw. Diskrepanzen zwischen eigenen Grundüberzeugungen und den Wertvorstellungen anderer Menschen erfragt.

Im Hinblick auf die Existenz von festen Grundsätzen und Überzeugungen bei anderen Menschen, an denen diese ihr alltägliches Leben ausrichten, wird im Zeitreihenvergleich seit 1995 eine grundsätzlich positive, aber auch stärker polarisierte Sicht der Mitmenschen erkennbar. Im Jahr 1995 vertraten bereits 57% aller Befragten die Ansicht, dass die meisten Menschen über solche grundlegenden Wertorientierungen verfügen, während dies ein gutes Viertel verneinte und immerhin 16% in dieser Frage unsicher waren. Die geringeren Werte im Jahr 2002 sind wegen geringer Fallzahl eher keine signifikante Veränderung. In der neuesten Generationenstudie billigen nämlich mit 55% wieder ähnlich viele Befragte wie schon 1995 den meisten Leuten feste Werte zu. Allerdings meinen nunmehr wegen geringerer Beurteilungsunsicherheit auch 38%, dass dies nicht der Fall ist (Tabelle 6).

Deutlich positiver und seit 1995 kaum verändert ist hingegen das Selbstbild, das die Befragten von sich im Hinblick auf die Existenz von Grundorientierungen und Werten entwerfen. So bekunden in jeder der vier Untersuchungen nahezu neun von zehn Befragten, dass sie selbst feste Grundüberzeugungen haben, an denen sie ihr Leben ausrichten. Lediglich etwa jeder zehnte Befragte verneint für sich selbst die Existenz von verhaltensprägenden Wertorientierungen (Tabelle 6). Der Vergleich der Antwortmuster auf beide Fragen belegt deutlich, dass man sich einerseits im Hinblick auf die Beantwortung dieser Frage für die eigene Person erwartungsgemäß völlig sicher ist,

Hanns Seidel Stiftung Tabelle 6 GMS

Grundüberzeugungen und Werte im Zeitreihenvergleich Fragen 6, 7

	2010	2009	2002 ¹⁾	1995
Haben die <u>meisten Leute</u> feste Grundsätze und Überzeugungen, an denen sie ihr Leben ausrichten?				
Ja	55	54	49	57
Nein	38	41	34	27
Weiß nicht	7	5	17	16
Haben <u>Sie</u> feste Grundsätze und Überzeugungen, an denen Sie Ihr Leben ausrichten?				
Ja	87	84	86	84
Nein	11	11	9	9
Weiß nicht	2	5	5	7

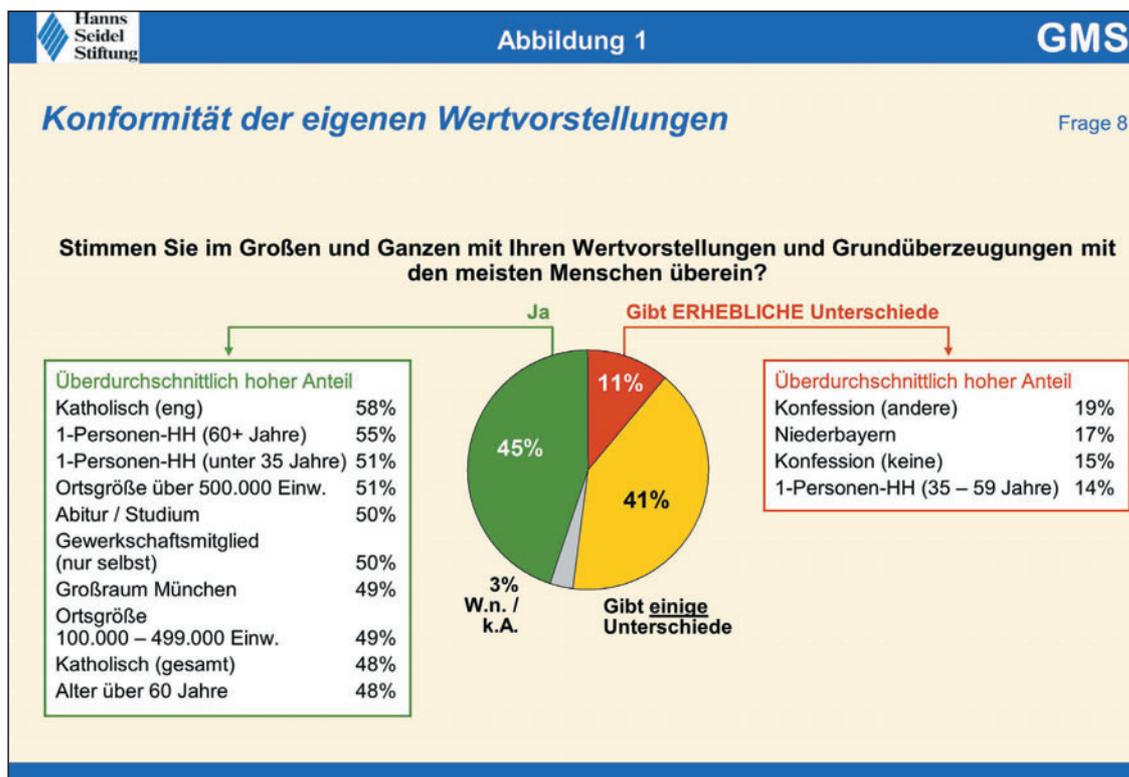
¹⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300

andererseits aber seinen Mitmenschen im Hinblick auf die Existenz von Werten doch relativ oft misstraut.

Während es bei der Selbsteinstufung im Hinblick auf Grundüberzeugungen und Werte keine Unterschiede zwischen den einzelnen Generationen gibt, weichen die Einschätzungen bezüglich der Existenz von Werten bei anderen Menschen trotz übereinstimmender Grundhaltungen voneinander ab (Tabelle V im Anhang). Die Jüngeren sind zum einen in der Beurteilung dieser Frage etwas unsicherer als die mittleren Altersjahrgänge und die Älteren. Die Älteren sind hingegen im Hinblick auf Existenz und Festigkeit von Werten bei den meisten Mitmenschen deutlich kritischer. Die Gruppe der Älteren, die bei Anderen die Existenz fester Werte anzweifelt, ist mit 45% nämlich fast genauso groß wie die Teilgruppe von 49%, die von der Existenz fester Grundüberzeugungen bei anderen Mitmenschen ausgeht (Tabelle V im Anhang).

Wenn es um die Konformität der eigenen Wertvorstellungen mit den Grundüberzeugungen der meisten anderen Menschen geht, ist das Meinungsbild gespalten (Abbildung 1). Insgesamt gehen 45% aller Befragten davon aus, mit ihren persönlichen Grundüberzeugungen im Großen und Ganzen auf der Linie der meisten Menschen zu liegen. Diese Teilgruppe hat somit ein Konsonanz-Erlebnis, befindet sich zumindest subjektiv weitgehend in Harmonie mit ihren Mitmenschen und dürfte somit kaum Probleme haben, sich für ihre Überzeugungen auch gesellschaftlich zu engagieren. Zu dieser Teilgruppe gehören insbesondere konfessionell eng gebundene Katholiken sowohl ältere als auch jüngere Befragte in 1-Personen-Haushalten, Befragte in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern, mit höheren Bildungsabschlüssen wie Abitur oder Studium und Gewerkschaftsmitglieder (Abbildung 1).

Diesen 45% steht mit 41% eine fast gleich große Befragtengruppe gegenüber, die zumindest einige Unterschiede zwischen den eigenen Grundüberzeugungen und den



Wertorientierungen der meisten anderen Menschen ausmacht und deshalb zumindest partiell Dissonanz-Erlebnisse haben dürfte, wenn sie sich für ihre Überzeugungen öffentlichkeitswirksam engagiert (Abbildung 1).

Die Befragten, die zwischen ihren eigenen Werten und den Grundüberzeugungen der meisten anderen Menschen erhebliche Unterschiede ausmachen, stellen mit 11% allerdings eine klare Minorität dar. Nicht ganz unerwartet sind in dieser Teilgruppe Konfessionslose und Befragte mit einer anderen Konfession überdurchschnittlich oft vertreten (Abbildung 1). Im Hinblick auf diese Teilgruppe der Gesellschaft mit erheblichen Diskrepanzen zwischen eigenen Grundüberzeugungen und den Wertorientierungen der meisten anderen Menschen könnte man voreilig zu dem Schluss kommen, dass diese 11% für Partizipation und gesellschaftliches Engagement weitgehend ausfallen. Dies ist jedoch nur bedingt richtig, weil gerade Minderheiten im Falle gemeinsamer Interessenlagen oft den Schulterschluss mit Gleichgesinnten suchen, um ihre Interessen in der Öffentlichkeit in organisierter Form möglichst effektiv zu vertreten.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass der Wertewandel wegen der abnehmenden Relevanz von gemeinschaftsbezogenen Werten zu Gunsten von eher die Individualität fördernden Grundorientierungen die Bereitschaft zu politischem, sozialem und gesellschaftlichem Engagement nicht gerade fördert. Dennoch gibt es auch weiterhin Grundorientierungen, die Menschen zumindest zu temporärem Engagement für konkrete Ziele motivieren können. Solche Formen des bürgerschaftlichen Engagements müssen aber nicht unbedingt in den traditionellen Strukturen mit Vereinen, Verbänden und Organisationen ablaufen. Wichtig ist allerdings dabei im Regelfall, dass man über ein Spektrum von bestimmten Grundorientierungen verfügt, sich deren individueller Relevanz bewusst ist, sich im alltäglichen Handeln danach ausrichtet und sich dabei auch in weitgehender Übereinstimmung mit den meisten anderen Menschen fühlt. Die Ergebnisse der neuesten Untersuchung belegen, dass im Hinblick auf diese Kriterien durchaus positive Rahmenbedingungen bestehen.

3.2.3 Wahlteilnahme und Wahlverhalten

Die politischen Entwicklungen in Bayern seit 2005 haben nicht dazu geführt, dass man seltener als bisher einer Partei grundsätzlich zuneigt. Vielmehr besitzen die mittleren Altersjahrgänge sogar häufiger als 2005 eine Parteineigung. Allerdings sind Parteineigungen wegen der abnehmenden sozialen Bindungskräfte an Parteien analog zur Wahlabsicht heute weniger grundsätzlich bzw. langfristig als in den 60er- und 70er-Jahren. Bei der Entwicklung der allgemeinen Parteineigung sind alles in allem jedoch keine Entwicklungen eingetreten, die politische Partizipation und entsprechendes Engagement nachhaltig beeinträchtigen könnten.

Die immer noch hohen Quoten von Personen mit einer grundsätzlichen Parteineigung haben aber nichts daran geändert, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen hat und dass die Ursachen hierfür in der Bevölkerung etwas anders gewichtet werden als noch vor zehn Jahren (Tabelle 7).

In einer Grundlagenuntersuchung der Hanns-Seidel-Stiftung im Jahr 2000 betrachtete ein Fünftel der Bayern die stetig sinkende Wahlbeteiligung als eine völlig normale Entwicklung nach 50 Jahren Demokratie in Deutschland. Knapp die Hälfte sah damals

jedoch schon aktuelle politische Vorgänge als alleinige Ursache an, während ein Drittel eine Kombination aus beiden Faktoren als Gründe benannte. Inzwischen haben sich bei der Sicht der Ursachen der permanent rückläufigen Wahlbeteiligung die Gewichte deutlich verschoben. Heute bezeichnen sechs von zehn Befragten aktuelle politische Vorgänge als alleinige Ursache, während die „normale Entwicklung nach 50 Jahren Demokratie“ und vor allem die Kombination aus normaler Entwicklung und aktuellen politischen Vorgängen deutlich seltener genannt werden (Tabelle 7).

In diesen Sichtweisen stimmen die Generationen grundsätzlich überein. Allerdings sind die Jungen vergleichsweise seltener geneigt, den Grund für die sinkende Wahlbeteiligung ausschließlich als normale Ermüdungserscheinung einer in die Jahre gekommenen Demokratie anzusehen. Sie schreiben dieses Problem dafür häufiger der aktuellen Politik zu. Lediglich die Älteren sehen etwas häufiger in der Kombination beider Faktoren und dafür etwas seltener in aktuellen Vorgängen allein die Ursache sinkender Teilnahme an Wahlen (Tabelle 7).

Hanns Seidel Stiftung Tabelle 7 GMS

Beurteilung der abnehmenden Wahlbeteiligung in den Generationen Frage 9

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Die Abnahme der Wahlbeteiligung...					
ist eine normale Entwicklung	16 (20)	11	18	16	-5
wird durch aktuelle politische Vorgänge negativ beeinflusst	60 (47)	62	61	55	+7
ist sowohl normale Entwicklung als auch durch aktuelle politische Vorgänge beeinflusst	18 (33)	18	16	23	-5

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
In Klammern: Vergleichswerte zu 2000

Bei einer regionalen Differenzierung der vermuteten Ursachen sinkender Wahlbeteiligung tendieren die Oberbayern häufiger dazu, das Phänomen als Folge einer normalen Entwicklung anzusehen. Niederbayern, Oberpfälzer und vor allem Mittelfranken tendieren eher zu den aktuellen politischen Vorgängen als Ursache, während man im Raum München und Unterfranken die Kombination beider Gründe öfters nennt (Tabelle VI im Anhang).

Die verstärkt geäußerte Ansicht, entscheidende Ursache gesunkener Wahlbeteiligung seien aktuelle politische Vorgänge, müsste eigentlich dazu führen, dass man heute angibt, eher seltener an allen Wahlen teilzunehmen und dafür aber häufiger nur noch dann wählen zu gehen, wenn die jeweils anstehende Wahl persönliche Relevanz besitzt. Im Vergleich mit den Ergebnissen der Generationenstudie 2005 ist jedoch

genau das Gegenteil der Fall, wenn man die entsprechenden Selbsteinschätzungen aus beiden Umfragen miteinander vergleicht. Die Befragungsteilnehmer der neuesten Untersuchung bezeichnen sich nämlich im Vergleich mit 2005 seltener als Nichtwähler oder nur als temporäre Wähler aus wichtigem Anlass und behaupten vielmehr deutlich häufiger als vor fünf Jahren, an allen Wahlen teilzunehmen (Tabelle 8).

Dieser Widerspruch zwischen den subjektiven Selbsteinstufungen der Befragten und der tatsächlichen Entwicklung der Wahlbeteiligung überrascht und ist mit der unterschiedlichen Positionierung dieser Fragen in den beiden Untersuchungen nicht zu erklären. Immerhin ist in Bayern die Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen seit 1998 von 69,8% auf zuletzt 57,9% im Jahr 2008 gesunken. Dessen ungeachtet ergeben sich in allen drei Generationen auf unterschiedlichem Niveau höhere Quoten für eine Beteiligung an fast allen Wahlen. Bei den mittleren Jahrgängen und den Älteren sind das jeweils knapp drei Viertel dieser Teilgruppe, bei den Jüngeren immerhin noch knapp 50% (Tabelle 8).

Hanns Seidel Stiftung Tabelle 8 GMS

Wählertypus nach Generationen (Selbsteinstufung) Fragen 10, 11

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Teilnahme an Wahlen					
– Nehme an fast allen Wahlen teil	67 (57)	49 (43)	74 (61)	73 (65)	-24 (-22)
– Wähle nur bei wichtigen Wahlen	17 (26)	18 (30)	17 (26)	17 (22)	+ 1 (+8)
– Wähle nie oder so gut wie nie	9 (12)	10 (13)	8 (11)	10 (12)	± 0 (+1)
– Bin nicht / erst seit kurzem wahlberechtigt / habe noch nie an Wahlen teilgenommen	5 (4)	18 (13)	– (0)	– (0)	+18 (+13)
– Weiß nicht / keine Angabe	2 (1)	5 (1)	1 (2)	0 (1)	+5 (±0)
Wählertypus					
– Bin eher Stammwähler	60 (65)	52 (62)	60 (61)	65 (74)	-13 (-12)
– Bin der typische Wechselwähler	35 (33)	41 (35)	35 (37)	31 (25)	+10 (+10)
– Weiß nicht / keine Angabe	5 (2)	7 (3)	5 (2)	4 (1)	+3 (+2)

In Klammern: Vergleichswerte zu 2005

Plausibel sind hingegen im Zeitreihenvergleich die Selbsteinstufungen im Hinblick auf den Wählertypus mit zwar immer noch hohen, aber deutlich rückläufigen Anteilen für die Kategorie „typischer Stammwähler“ und einer entsprechenden Zunahme der Einstufung als „typischer Wechselwähler“. Bemerkenswert ist dabei, dass sich nicht nur die Jüngeren, sondern auch die Älteren zunehmend häufiger als typische Wechselwähler bezeichnen. Allerdings dürften auch in der neuesten Umfrage die Anteile derjenigen, die sich als typische Stammwähler einer Partei ansehen, mit durchschnittlich 60% immer noch deutlich überhöht sein. Dies hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die Befragten in der Selbsteinstufung den Begriff Stammwähler weniger eng als die Wahlforschung definieren und sich bereits dann als Stammwähler einer Partei bezeichnen, wenn sie diese zwei- oder mehrmals hintereinander, eventuell auch in einem kurzen Zeitraum und zugleich bei Wahlen auf verschiedenen politischen

Ebenen, gewählt haben. Dass dabei die vermutlich überhöhten Stammwähleranteile in den Generationen bei den Älteren mit 65% am höchsten und bei den Jungen mit 52% am niedrigsten ausfallen, entspricht den bisherigen Erkenntnissen und Erwartungen (Tabelle 8).

Bei einer Differenzierung der Selbsteinstufungen bezüglich Wahlteilnahme und Wählertypus nach der grundsätzlichen Parteineigung wird deutlich erkennbar, dass Befragte mit einer grundsätzlichen Parteineigung überdurchschnittlich oft angeben, an fast allen Wahlen teilzunehmen, gleichzeitig aber auch etwas häufiger dazu tendieren, nur noch bei wichtigen Wahlen teilzunehmen. Dafür gibt es in diesen Teilgruppen so gut wie keine Nichtwähler, die mit entsprechend hohen Quoten bei Befragten ohne Parteineigung vertreten sind (Tabelle 9).

Auffällig ist, dass sich vergleichsweise etwas weniger Personen mit einer grundsätzlichen Parteineigung für die Grünen und Die Linke als regelmäßige, dafür aber etwas häufiger als Wähler bezeichnen, die eher nur an wichtigen Wahlen teilnehmen (Tabelle 9).

Die Existenz einer grundsätzlichen Parteineigung fördert erwartungsgemäß nicht nur die regelmäßige Teilnahme an Wahlen, sondern auch die Tendenz, sich als Stammwähler einer Partei zu bezeichnen. Je nach Parteineigung schwanken die Anteile für eine Einstufung als Stammwähler zwischen 59% (Die Linke) und 73% (SPD), wenn man einmal den nicht signifikanten Wert von 75% für die Sonstigen außer Acht lässt. Bei existierender Parteineigung sind übrigens die Einstufungen als Wechselwähler für Die Linke (39%), aber auch für die Anhänger der Freien Wähler (34%) und der CSU (31%) besonders hoch. Bei der neuerdings relativ hohen Wechselwählerquote unter CSU-Anhängern spielt offenkundig die bei der Landtagswahl 2008 besonders intensive Wechselwahl zu Gunsten der Freien Wähler eine wesentliche Rolle (Tabelle 9).

		Parteieneigung								
		CSU/ CDU	SPD	B90/ Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke*	Sons- tige*	Keiner Partei	W.n./ k.A.
Teilnahme an Wahlen										
Nehme an fast allen Wahlen teil	67 (57)	76	77	70	75	75	65	75	30	44
Wähle nur bei wichtigen Wahlen	17 (26)	15	20	25	21	19	35	22	14	10
Wähle nie oder so gut wie nie	9 (12)	4	1	3	1	5	0	-	42	14
Bin nicht / erst seit kurzem wahlberechtigt / habe noch nie an Wahlen teilgenommen	5 (4)	3	2	1	3	1	-	3	12	24
Weiß nicht / keine Angabe	2 (1)	2	0	1	-	-	-	-	2	8
Wählertypus										
Bin eher Stammwähler	60 (65)	64	73	72	60	68	59	75	-	11
Bin der typische Wechselwähler	35 (33)	31	26	23	34	28	39	25	84	75
Weiß nicht / keine Angabe	5 (2)	5	1	5	6	4	2	-	16	14

In Klammern: Vergleichswerte zu 2005
* Geringe Fallzahl, n = ≤ 50

Ungeachtet einer auch in Bayern inzwischen geringen Bedeutung der Sozialstruktur für eine langfristige Parteibindung und trotz permanent sinkender Wahlbeteiligung bekennen sich die meisten Wahlberechtigten weiterhin zu einer grundsätzlichen Parteineigung, die allerdings im Regelfall bei Änderung des Wahlverhaltens gleichzeitig mit geändert wird. Bei der Entwicklung der allgemeinen Parteineigung sind in den letzten fünf Jahren jedoch keine Entwicklungen eingetreten, die politische Partizipation und entsprechendes Engagement nachhaltig beeinträchtigen könnten. Allerdings hat die grundsätzliche Parteineigung heute eine andere Qualität. Sie ist im Regelfall weniger grundsätzlich und langfristig angelegt und fördert daher eher kurzfristiges, zeitlich begrenztes und vermutlich auch eher themenbezogenes Engagement.

Dennoch muss die stetig gesunkene Wahlbeteiligung Anlass zur Sorge geben, zumal die Gründe hierfür zunehmend weniger in normalen Ermüdungserscheinungen einer in die Jahre gekommenen repräsentativen parlamentarischen Demokratie gesehen, sondern verstärkt mit dem Ärger über aktuelle politische Vorgänge in Verbindung gebracht werden. Angesichts der seit Jahren rückläufigen Wahlbeteiligung sind die gegenüber 2005 höheren Quoten von Personen, die angeben, sich an „fast allen Wahlen“ zu beteiligen, nicht plausibel, auch wenn die Formulierung „fast“ beim Beantworten Interpretationsspielräume offen lässt. Plausibel sind hingegen im Zeitreihenvergleich die Selbsteinstufungen mit zwar immer noch hohen, aber deutlich rückläufigen Anteilen für die Kategorie „typischer Stammwähler“ und einer entsprechenden Zunahme der Einstufung als „typischer Wechselwähler“. Bemerkenswert ist dabei, dass sich nicht nur die Jüngeren, sondern auch die Älteren zunehmend häufiger als typische Wechselwähler bezeichnen. Die Existenz einer im Vergleich zu früheren Zeiten im Regelfall schwächeren „grundsätzlichen“ Parteibindung stärkt deshalb insbesondere bei bürgerlichen Wählern in Umfragen regelmäßig die Teilnahmebereitschaft für eine bevorstehende Wahl („Wählen ist Staatsbürgerpflicht.“), aber nicht unbedingt die Tendenz, immer die gleiche Partei zu wählen. Allerdings reicht die Parteibindung bei schwacher oder fehlender Wichtigkeit einer Wahl oft nicht mehr aus, den guten Vorsatz der Teilnahme am Wahlsonntag auch in die Tat umzusetzen (Tabelle VII im Anhang).

3.3 Individuelle Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement

Die in dieser Untersuchung erhobenen detaillierten Informationen zu bereits praktizierten und noch geplanten Verhaltensweisen im Hinblick auf soziales, gesellschaftliches und politisches Engagement können besser eingeordnet und bewertet werden, wenn man zusätzlich über Erkenntnisse darüber verfügt, wie Art und Umfang des eigenen Engagements und entsprechende Aktivitäten der Mitmenschen beurteilt werden. Deshalb wurden im Rahmen dieser Untersuchung auch Fragen zur Bewertung des eigenen und des Engagements der meisten Mitmenschen gestellt. Zusätzlich wurden ebenfalls die individuellen Rahmenbedingungen als ein bürgerschaftliches Engagement fördernder oder hindernder Einflussfaktor aus Sicht der Befragten mit erhoben.

Der Zeitreihenvergleich zu diesen Themen mit Grundlagenuntersuchungen der Hanns-Seidel-Stiftung aus den Jahren 1995 und 2002 belegt, dass man den Vorwurf eines zu geringen bürgerschaftlichen Engagements schon seit langem zumindest für teilweise zutreffend hält (Tabelle 10).

**Soziales und gesellschaftliches Engagement im
Zeitreihenvergleich**

Fragen 13, 14

	2010	2002 ¹⁾	1995
Der Vorwurf, dass sich die <u>meisten Leute</u> in Deutschland selbst zu wenig engagieren ...			
trifft zu	37	30	35
trifft teilweise zu	45	57	43
trifft eher nicht zu	12	7	11
weiß nicht / keine Angabe	6	6	11
Index²⁾	+25	+23	+24
Engagieren Sie sich selbst...			
eher zu viel	8	10	3
gerade richtig	43	43	41
eher zu wenig	45	40	55
weiß nicht / keine Angabe	4	7	1
Index³⁾	-37	-30	-52

¹⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300

²⁾ Index = „trifft zu“ – „trifft nicht zu“

³⁾ Index = „eher zu viel“ – „eher zu wenig“

Wenn man einmal von den wegen geringer Fallzahl weniger aussagekräftigen Daten im Jahr 2002 absieht, vertritt relativ konstant ein gutes Drittel der Bayern ohne Einschränkungen die Ansicht, dass sich die meisten Menschen in Deutschland zu wenig sozial und gesellschaftlich engagieren. Nochmals fast die Hälfte der Befragten konstatiert, dass dieser Vorwurf zumindest teilweise berechtigt ist, während nur etwa jeder Zehnte den Vorwurf mangelnden Engagements für unzutreffend hält (Tabelle 10).

Auch im Hinblick auf die eigene Person gibt es offensichtlich schon ein traditionell schlechtes Gewissen, weil 1995 insgesamt 55% und 2010 immerhin noch 45% erklärten, sich selbst zu wenig zu engagieren (Tabelle 10). In diesen Sichtweisen gibt es nur geringe generationenspezifische Unterschiede. Erkennbar wird, dass die Jungen den Vorwurf im Hinblick auf die meisten Menschen bei gleichzeitig etwas höherer Beurteilungssicherheit zurückweisen, sich gleichzeitig aber auch etwas häufiger dazu bekennen, sich selbst eher zu wenig zu engagieren. Im Gegensatz dazu sehen insbesondere die mittleren Jahrgänge vergleichsweise die wenigsten Defizite bei sich selbst, dafür etwas größere Defizite bei den meisten anderen Menschen (Tabelle VIII im Anhang).

Die mittleren Altersgruppen haben im Übrigen auch im Hinblick auf die individuellen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Vergleich mit den Jungen und Alten eine positivere Gesamtsicht. Insgesamt 83% der mittleren Jahrgänge bekunden, dass es für sie Möglichkeiten für ein persönliches Engagement am Wohnort gibt. Bei den Jungen und Alten sind das hingegen „nur“ jeweils etwa drei Viertel (Tabelle 11).

Die vergleichsweise höchste Quote für fehlende Möglichkeiten zu einer entsprechenden Betätigung weisen mit etwa einem Fünftel die Alten auf, die eventuell nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv, z. B. durch eingeschränkte Mobilität, über etwas

Soziales und gesellschaftliches Engagement in den Generationen

Frage 15

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben am Wohnort ...					
es gibt Möglichkeiten	79 (69) {74}	76	83	76	±0
es gibt so gut wie keine Möglichkeiten	15 (11) {23}	15	13	19	-4
weiß nicht	6 (20) {3}	9	4	5	+4

In Klammern: () Vergleichswerte zu 2002 (geringe Fallzahl, n= ca. 300)
{ } Vergleichswerte zu 1995

weniger Möglichkeiten verfügen (Tabelle 11). Insgesamt wird auch erkennbar, dass im Vergleich mit den früheren Untersuchungen zu diesem Thema die individuellen Rahmenbedingungen für ein persönliches Engagement noch etwas besser beurteilt werden als 1995 und 2002.

Bei einer Differenzierung dieser Einstellungen nach regionalen Kriterien ergeben sich die vergleichsweise höchsten Quoten für vorhandene Möglichkeiten in Oberfranken und im Großraum München und die höchsten Anteile von Befragten für fehlende Möglichkeiten im restlichen Oberbayern und in der Oberpfalz (Tabelle IX im Anhang). Zieht man als zusätzliches Kriterium die Größe des Wohnorts der Befragten heran, bestätigt sich, dass bessere Möglichkeiten zum Engagement eher in großen Städten gesehen werden. Letztlich scheint aber die Wahrnehmung von Möglichkeiten zum Engagement eher eine Frage der individuellen Perspektive, des persönlichen Hintergrunds und der Bereitschaft zur Suche nach solchen Möglichkeiten zu sein. Nicht ohne Grund bekunden Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen oder auch Katholiken überdurchschnittlich oft die Existenz solcher Möglichkeiten.

In Verbindung mit den Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement werden alles in allem schon seit längerer Zeit Schuldgefühle erkennbar, weil relativ konstant ein gutes Drittel der Bayern ohne Einschränkungen die Ansicht vertritt, dass sich die meisten Menschen in Deutschland zu wenig sozial und gesellschaftlich engagieren. Auch im Hinblick auf die eigene Person gibt es offensichtlich ein schon traditionell schlechtes Gewissen, weil auch 2010 immer noch knapp die Hälfte der Bayern zugibt, sich selbst zu wenig zu engagieren. Dabei dürften schlechte oder fehlende Möglichkeiten zum Engagement vor Ort eher nur in Ausnahmefällen eine akzeptable, plausible Begründung für mangelndes Engagement sein. Im Vergleich mit den früheren Untersuchungen werden nämlich die individuellen Rahmenbedingungen für ein persönliches Engagement sogar noch besser beurteilt als 1995 und 2002.

3.4 Engagement in traditionellen und neuen Strukturen

Bereits in Verbindung mit den generellen Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement wurde darauf hingewiesen, dass die vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements nicht unbedingt in den traditionellen Strukturen mit Vereinen, Verbänden und formellen Organisationen ablaufen müssen (Kap. 3.2.2). Deshalb geht es angesichts veränderter Wertorientierungen bei der nachfolgenden Bestandsaufnahme von politischem, sozialem und gesellschaftlichem Engagement nicht nur um die klassischen traditionellen Partizipationsmöglichkeiten in Vereinen, Verbänden und Organisationen mit ihren verschiedenen Zielsetzungen, sondern auch um teils neue, eher nicht formal organisierte Formen des Engagements wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Außerdem wurde mit den Stammischen und Gesprächskreisen eine weitere, oft völlig übersehene Form des Engagements mit in die Untersuchung einbezogen, die einerseits zwar zu den traditionellen Formen gesellschaftlichen Engagements zu zählen ist, gleichzeitig aber wie die meisten neueren Formen bürgerschaftlichen Engagements ohne formelle Strukturen auf gesetzlicher Basis auskommt.

Im Rahmen der nachfolgenden Bestandsaufnahme werden nicht nur Zugehörigkeit oder formelle Mitgliedschaften (Kap. 3.4.1), sondern auch Motive für ein spezifisches Engagement (Kap. 3.4.3) sowie auch Art und Umfang des Engagements (Kap. 3.4.4) erhoben. Die Bestandsaufnahme wäre jedoch unvollständig, wenn nur eine bereits bestehende Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft erfragt worden wäre. Deshalb wird im Rahmen der Untersuchung unabhängig von bereits bestehenden auch nach (weiteren) geplanten Mitgliedschaften gefragt (Kap. 3.4.2), bevor im nächsten Schritt Art und Umfang der Einbindung der bisher genutzten Formen des bürgerschaftlichen Engagements in den vorpolitischen Raum untersucht werden.

3.4.1 Zugehörigkeit zu Vereinen, Verbänden und Organisationen

Die analog zu früheren Untersuchungen der Hanns-Seidel-Stiftung aus den Jahren 1995 und 2002 wiederholten Fragen nach bestehenden Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen einschließlich politischer Parteien belegen, dass es seit 1995 im Hinblick auf Vereine jedweder Art, aber auch bezüglich politischer Parteien und Bürgerinitiativen zu signifikanten Veränderungen gekommen ist (Tabelle 12).

In der Zeitreihenbetrachtung, bei der die 2002 für Bayern im Rahmen einer bundesweiten Untersuchung ermittelten Werte wegen geringer Fallzahlen (n=300) eher mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden müssen, wird erkennbar, dass immer noch die höchsten Bevölkerungsanteile in Bayern ab 16 Jahren in Vereinen mit sehr unterschiedlicher Zielsetzung engagiert sind. Unverkennbar ist aber auch der Rückgang der Mitgliedschaft in Vereinen von 48% auf 43% (Tabelle 12).

Ähnliches gilt auch für die politischen Parteien. Hier hat sich die Quote der Parteimitglieder seit 1995 von 8% bzw. 9% auf nunmehr 6%, d. h. um ein Drittel verringert. Bei der Betrachtung der Prozentwerte ist zu berücksichtigen, dass die in allen Umfragen gemessenen Quoten für Parteimitgliedschaft deutlich überhöht sein dürften, weil sich bei Umfragen zu politischen Themen eher politisch Interessierte und somit auch Parteimitglieder überproportional beteiligen. Da keine verlässlichen publizierten Zahlen vorliegen, ist auf Grund von Schätzungen davon auszugehen, dass in

Bestehende Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen seit 1995 und in den Generationen

Frage 16a

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Bestehende Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen					
Vereine (z.B. Sport-, Kultur-, Gartenbau- oder Tierzuchtvereine)	43 (42) {48}	39	48	38	+1
Kirchliche Vereinigungen	20 (18) {20}	11	21	26	-15
Hilfsorganisationen (z.B. Feuerwehr, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund)	17 (17) {15}	12	21	13	-1
Bürgerinitiativen	14 (12) {8}	12	15	13	-1
Politische Parteien	6 (9) {8}	3	7	7	-4
Selbsthilfegruppen	4 (1) {5}	3	5	4	-1
Sonstige	2 (2) {-}	2	2	2	±0

Mehrfachnennungen möglich
 In Klammern: () Vergleichswerte zu 2002 (geringe Fallzahl, n= ca. 300)
 { } Vergleichswerte zu 1995

Bayern derzeit allenfalls 2% bis 2,5% der Bevölkerung Mitglied einer politischen Partei sind. Da die Überrepräsentanz von Parteimitgliedern jedoch in allen zum Vergleich herangezogenen Umfragen ähnlich sein dürfte, hat die Veränderung der Quote und die damit verbundene Verringerung der Mitgliedschaft in politischen Parteien durchaus hohe Aussagekraft (Tabelle 12).

Im Gegenzug zum Mitgliederschwund bei den Parteien ist nur bei den Bürgerinitiativen eine Zunahme der Zugehörigkeit von 8% im Jahr 1995 auf nunmehr 14% festzustellen. Dies bedeutet einen erheblichen Zuwachs, wenn man bedenkt, dass Bürgerinitiativen im Gegensatz zu Vereinen und Parteien im Regelfall nur thematisch und zeitlich begrenzt agieren. Da die Frage eindeutig auf ein derzeit bestehendes Engagement abzielte und die 14% nur die momentane Situation beschreiben, ist davon auszugehen, dass es zusätzlich noch einen erheblichen Anteil von Personen gibt, der früher schon einmal in einer Bürgerinitiative aktiv war, derzeit mangels Themen mit persönlicher Relevanz aber nicht mehr aktiv ist. Im Übrigen ist auch bei der Zugehörigkeit zu Bürgerinitiativen analog zu der Mitgliedschaft in Parteien von einer etwas überhöhten Quote auszugehen, so dass die Steigerung der Aktivitätsquote in Bürgerinitiativen seit 1995 von 8% auf 14% (+75%) im Vergleich zu den konkreten Prozentwerten für eine Zugehörigkeit das relevantere und aussagekräftigere Ergebnis darstellt (Tabelle 12).

Im Übrigen wird erkennbar, dass sich im Hinblick auf das Engagement in den anderen, ebenfalls erfragten Vereinen, Verbänden und Organisationen seit 1995 kaum etwas verändert hat. Bei kirchlichen Vereinigungen, Selbsthilfegruppen und sonstigen Organisationen sind die Anteile von Engagierten seit 1995 praktisch unverändert. Lediglich bei Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Rotes Kreuz oder ASB ist ein leichter, nicht eindeutig signifikanter Anstieg des Engagements von 15% auf 17% zu verzeichnen (Tabelle 12, für eine Aufschlüsselung der Aktivitäten der 2% in sonstigen Organisationen siehe Tabelle X im Anhang).

Neben den eben geschilderten Veränderungen ist aber auch das unterschiedliche Verhalten der Generationen im Hinblick auf ein Engagement in Vereinen, Verbänden und Organisationen von Bedeutung. Auffällig und auch teils bedenklich ist, dass sich die Jungen in allen abgefragten Formen des Engagements tendenziell unterdurchschnittlich oft engagieren. Das gilt auch für Bürgerinitiativen, Vereine und Hilfsorganisationen, vor allem aber nicht ganz unerwartet für kirchliche Organisationen und politische Parteien, wo die Mitgliedschaften nur halb so groß sind wie bei der Gesamtheit aller Befragten. Die mittleren Altersgruppen sind in nahezu allen Formen des Engagements durchschnittlich oft vertreten, aber überdurchschnittlich oft Mitglied bei Vereinen und Hilfsorganisationen. Auch die Älteren weisen in vielen Fällen dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechende Quoten für eine Mitgliedschaft auf. Sie sind aber im Gegensatz zu den mittleren Jahrgängen bei Vereinen und Hilfsorganisationen vergleichsweise seltener, dafür aber in kirchlichen Vereinigungen überdurchschnittlich oft vertreten (Tabelle 12).

Im Hinblick auf die verschiedenen Formen des Engagements gibt es nicht nur deutliche Unterschiede in den Generationen, sondern auch in Abhängigkeit von der grundsätzlichen Parteineigung (Tabelle XI im Anhang). So sind die Anhänger der Volksparteien CSU und SPD überdurchschnittlich oft in Vereinen und auch in kirchlichen Vereinigungen engagiert, dafür aber beide gleichermaßen eher etwas seltener in Bürgerinitiativen aktiv. Signifikante Unterschiede zwischen den Anhängern der CSU und der SPD bestehen eigentlich nur im Hinblick auf die Mitgliedschaft in Hilfsorganisationen. Anhänger der CSU trifft man bei der Feuerwehr, dem Roten Kreuz oder in vergleichbaren Organisationen eher durchschnittlich häufig an, während SPD-Anhänger hier überdurchschnittlich oft aktiv sind (Tabelle XI im Anhang).

Die Anhänger der Freien Wähler und der FDP, zum Teil ehemalige Wähler der Volksparteien, sind in Vereinen jedweder Art ähnlich aktiv wie die Anhänger der Volksparteien, dafür aber in kirchlichen Vereinigungen und Hilfsorganisationen eher unterdurchschnittlich oft vertreten. Sie gehören auch etwas häufiger Selbsthilfegruppen an. Ansonsten gibt es aber durchaus Unterschiede zwischen den Anhängern der FDP und der Freien Wähler. Letztere findet man deutlich seltener in Bürgerinitiativen und vor allem in einer Partei. FDP-Anhänger betätigen sich hingegen in Bürgerinitiativen entsprechend dem Durchschnitt aller Befragten und sind viel häufiger auch Parteimitglied (Tabelle XI im Anhang).

Anhänger der Grünen finden sich etwas seltener in Vereinen, etwa dem Durchschnitt entsprechend in kirchlichen Vereinigungen, Hilfsorganisationen und Parteien, aber deutlich häufiger in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Die Anhänger der Linkspartei engagieren sich vor allem in den traditionellen Vereinen, aber auch ganz besonders in Bürgerinitiativen und sonstigen Organisationen (siehe hierzu auch Tabelle X im Anhang). Befragte ohne Parteineigung tendieren generell zu einem geringeren Engagement in allen möglichen Formen. Befragte ohne Angabe zur Parteineigung sind ebenfalls deutlich seltener Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder Organisation, jedoch überdurchschnittlich oft in einer Bürgerinitiative engagiert (Tabelle XI im Anhang).

Bei der Diskussion von Art und Umfang bürgerschaftlichen Engagements wird oft übersehen, dass neben den bisher dargestellten Formen des Engagements die Zugehörigkeit zu Stammtischen oder Gesprächskreisen durchaus eine wichtige Form des sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagements darstellen kann, weil hier Meinungsbildung zu den verschiedensten Themen stattfinden und durch Meinungsführer – seien es nun die so genannten Honoratioren der Gesellschaft vor

Ort oder Politiker – Einfluss auf Denken und Handeln der Bürger genommen werden kann. Stammtische und Gesprächskreise gehören einerseits zwar zu den traditionellen Formen gesellschaftlichen Engagements, bestehen aber analog zu den meisten neueren Formen bürgerschaftlichen Engagements ohne formelle Strukturen auf gesetzlicher Basis. Da es somit im Gegensatz zu den formell organisierten Angeboten für ein bürgerschaftliches Engagement keine Zahlen und Statistiken gibt, ist die Untersuchung der Aktivitäten in Stammtischen und Gesprächskreisen besonders interessant. Dies gilt ganz besonders für ein Land wie Bayern, dem eine besonders ausgeprägte Stammtischkultur nachgesagt wird.

Bereits die Antworten auf die Frage nach der Mitgliedschaft in einem Stammtisch oder Gesprächskreis belegt die hohe Relevanz dieser Form des Engagements. Mit einem Anteil von 43% Zugehörigkeit zu einem Stammtisch oder Gesprächskreis belegt diese Aktivität gemeinsam mit der Zugehörigkeit zu einem Verein eindeutig und mit weitem Abstand vor anderen Formen den ersten Rang aller abgefragten Möglichkeiten sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagements. Fast jeder dritte Befragte gehört nämlich einem oder gar mehreren Stammtischen an und ein gutes Fünftel nimmt an einem oder mehreren Gesprächskreisen teil (Tabelle 13).

Hanns Seidel Stiftung **Tabelle 13** **GMS**

Zugehörigkeit zu Stammtischen oder Gesprächskreisen in den Generationen Frage 21

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Zugehörigkeit zu Stammtischen / Gesprächskreisen					
Ja (gesamt, ohne Mehrfachnennungen)	43	35	46	46	-11
→ Ja, <u>einem oder mehreren</u> Stammtischen *	29	23	31	29	-6
→ Ja, <u>einem</u> Stammtisch	21	15	23	22	-7
→ Ja, <u>mehreren</u> Stammtischen	8	8	8	7	+1
→ Ja, <u>einem oder mehreren</u> Gesprächskreisen *	22	17	25	24	-7
→ Ja, <u>einem</u> Gesprächskreis	14	11	15	17	-6
→ Ja, <u>mehreren</u> Gesprächskreisen	8	6	10	7	-1
Nein, weder noch	54	59	53	52	+7

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
* Mehrfachnennungen bei Zugehörigkeit zu Stammtischen und Gesprächskreisen möglich

Deutlich erkennbar wird auch hier analog zu den zuvor abgefragten Möglichkeiten des Engagements die vergleichsweise seltenere Zugehörigkeit der Jungen zu Stammtischen und Gesprächskreisen. Die mittleren Jahrgänge und auch die Älteren sind hier in ähnlichen Relationen deutlich aktiver (Tabelle 13).

Auch regional und bezüglich der Parteineigung sind deutliche Unterschiede bei der Zugehörigkeit zu Stammtischen und Gesprächskreisen erkennbar (Tabellen XII und XIII im Anhang). So ist eine Stammtisch- und Gesprächskultur vergleichsweise etwas häufiger in Oberbayern und vor allem im Großraum München auszumachen, wäh-

rend die Franken bei dieser Aktivität etwas zurückhaltender sind. Im Hinblick auf die Parteineigung werden hingegen deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern von CSU und SPD einerseits und den Anhängern der anderen Parteien sowie Befragten ohne Parteineigung andererseits erkennbar. Bei der Gesamtheit aller Befragten geben ohne Mehrfachnennungen 43% an, Mitglied eines Stammtisches (29%) oder eines Gesprächskreises (22%) zu sein. Bei den CSU-Anhängern nehmen hingegen sechs von zehn Befragten entweder an einem Stammtisch (42%) oder an einem Gesprächskreis (34%) teil. Auch bei den SPD-Anhängern ist die Zugehörigkeit (insgesamt 46%) zu einem Stammtisch mit 33% überdurchschnittlich hoch. Alle anderen Teilgruppen mit anderer oder keiner Parteineigung weisen hingegen deutlich geringere Quoten zwischen 16% und 31% für eine Zugehörigkeit zu einem Stammtisch oder Gesprächskreis auf. Das gilt ganz besonders für die Anhänger der Freien Wähler (16%), Befragte ohne Parteipräferenz (17%) und Personen ohne Angabe zu ihrer Parteipräferenz (20%). Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Befragten, die keine Anhänger der CSU oder der SPD sind, seltener an Stammtischen teilnehmen (Tabelle XIII im Anhang).

Die höchsten Bevölkerungsanteile in Bayern sind weiterhin in Vereinen verschiedenster Zielsetzung engagiert. Unverkennbar ist aber auch ein Rückgang der Mitgliedschaft in Vereinen von 48% auf 43% seit 1995. Ähnliches gilt auch für die politischen Parteien mit einer Verringerung der Quote um ca. ein Drittel auf 6%. Im Gegenzug ist bei den Bürgerinitiativen eine erhebliche Zunahme der Zugehörigkeit von 8% im Jahr 1995 auf nunmehr 14% festzustellen. Weil sich bei Umfragen zu politischen Themen eher politisch Interessierte und somit auch Parteimitglieder überproportional beteiligen, sind diese Quoten zwar systematisch überhöht. Dennoch haben die Veränderungen der Quoten für eine Mitgliedschaft in politischen Parteien und Bürgerinitiativen aber als Trend hohe Aussagekraft. Eine Entwicklung zu weniger dauerhaftem, eher informellem Engagement und zu Lasten der Vereine und Parteien ist unverkennbar.

Die Jungen engagieren sich grundsätzlich unterdurchschnittlich oft. Das gilt erwartungsgemäß vor allem für kirchliche Organisationen und politische Parteien. Die mittleren Altersgruppen sind nahezu überall durchschnittlich oft vertreten, aber überdurchschnittlich oft Mitglied bei Vereinen und Hilfsorganisationen. Auch die Älteren verhalten sich meist dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechend. Sie sind aber bei Vereinen und Hilfsorganisationen vergleichsweise seltener, dafür aber in kirchlichen Vereinigungen überdurchschnittlich oft vertreten.

Die Anhänger der Volksparteien CSU und SPD sind besonders oft in Vereinen und kirchlichen Vereinigungen engagiert, dafür aber eher etwas seltener in Bürgerinitiativen aktiv. Signifikante Unterschiede zwischen den Anhängern der CSU und der SPD bestehen eigentlich nur im Hinblick auf die Mitgliedschaft in Hilfsorganisationen. SPD-Anhänger sind hier überdurchschnittlich aktiv. Die Verhaltensmuster des bürgerschaftlichen Engagements der Anhänger der anderen Parteien unterscheiden sich in Teilaspekten oder aber teils auch generell deutlich von den Anhängern der Volksparteien, z. B. durch geringeres Engagement in kirchlichen Vereinigungen und Hilfsorganisationen und häufigere Zugehörigkeit zu Selbsthilfegruppen (Anhänger Grüne und Freie Wähler) oder Bürgerinitiativen (Anhänger Grüne und Die Linke). Befragte ohne Parteineigung oder ohne Angabe einer Parteineigung tendieren wie die Generation der Jungen generell zu einem geringeren Engagement. Letztere sind jedoch überdurchschnittlich oft in einer Bürgerinitiative aktiv.

Mit einem Anteil von 43% Zugehörigkeit zu einem Stammtisch oder Gesprächskreis

belegt diese bei der Untersuchung bürgerschaftlichen Engagements oftmals übersehene Aktivität gemeinsam mit der Zugehörigkeit zu einem Verein mit weitem Abstand vor anderen Formen den ersten Platz aller abgefragten Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements. Dabei sind die mittlere Generation und die Älteren, die Oberbayern und vor allem CSU-Anhänger bei Stammtischen oder Gesprächskreisen besonders häufig vertreten.

3.4.2 Geplante Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen

Die Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern wäre bei einer Beschränkung auf eine bereits bestehende Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Organisationen unvollständig, weil dadurch noch vorhandene Potenziale für soziales, gesellschaftliches und politisches Engagement nicht erkennbar werden. Deshalb wurde im Rahmen dieser Untersuchung ebenfalls nach der grundsätzlichen Offenheit und auch konkreten Plänen für ein bürgerschaftliches Engagement gefragt.

Zuerst wurden jene Befragte, die der jeweils abgefragten Möglichkeit zum Engagement nicht angehören, danach gefragt, ob sie sich dort jeweils eine Mitgliedschaft grundsätzlich vorstellen können oder sogar eine Mitgliedschaft beabsichtigen. Die Antworten belegen, dass Vereine jedweder Art, Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen sowie auch kirchliche Vereinigungen im Vergleich zu Parteien und Selbsthilfegruppen die vergleichsweise größten Potenziale besitzen (Abbildung 2).

Von den 57% Nichtvereinsmitgliedern können sich z. B. 31% grundsätzlich vorstellen, Mitglied in einem Verein zu werden. Weitere 11% geben an, dies momentan sogar



zu beabsichtigen, was einem Gesamtpotenzial von 42% der Nichtvereinsmitglieder oder von ca. 24% der Gesamtbevölkerung entspricht. Bei den Hilfsorganisationen und auch den Bürgerinitiativen beträgt die grundsätzliche Offenheit für eine Mitgliedschaft 14% bzw. 13% und die Quote geplanter Mitgliedschaften jeweils 5%, was einem Potenzial von 19% bei Nichtmitgliedern von Hilfsorganisationen und von 18% bei jenen beträgt, die keiner Bürgerinitiative angehören. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung betragen die Potenziale der Hilfsorganisationen und auch der Bürgerinitiativen demnach in etwa 15%-16%. Bei den kirchlichen Vereinigungen ergibt sich bezogen auf die Gesamtbevölkerung noch ein Potenzial von 13%, während politische Parteien auf 10% und Selbsthilfegruppen auf ungefähr 6% kommen (Abbildung 2).

Auch im Hinblick auf Stammtische und Gesprächskreise gibt es ein beträchtliches, noch nicht ausgeschöpftes Potenzial. Von jenen 54% aller Befragten, die bisher diese Form des Engagements noch nicht praktiziert haben, können sich 11% vorstellen, einem Stammtisch oder Gesprächskreis beizutreten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind dies immerhin weitere 6% (Tabelle XIV im Anhang).

Da die Frage nach grundsätzlicher Offenheit bzw. konkret geplanter Mitgliedschaft in einem Verein, einer Vereinigung oder Organisation auch bereits 2002 gestellt wurde, ist ein Zeitreihenvergleich möglich. Trotz der vergleichsweise geringen Fallzahl für Bayern ist aus den Vergleichswerten keineswegs ein Trend zu geringerem bürgerschaftlichen Engagement ablesbar. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Bei allen Organisationsformen mit Ausnahme der politischen Parteien sind die Potenziale in der neuesten Untersuchung etwas größer als 2002 (Abbildung 2).

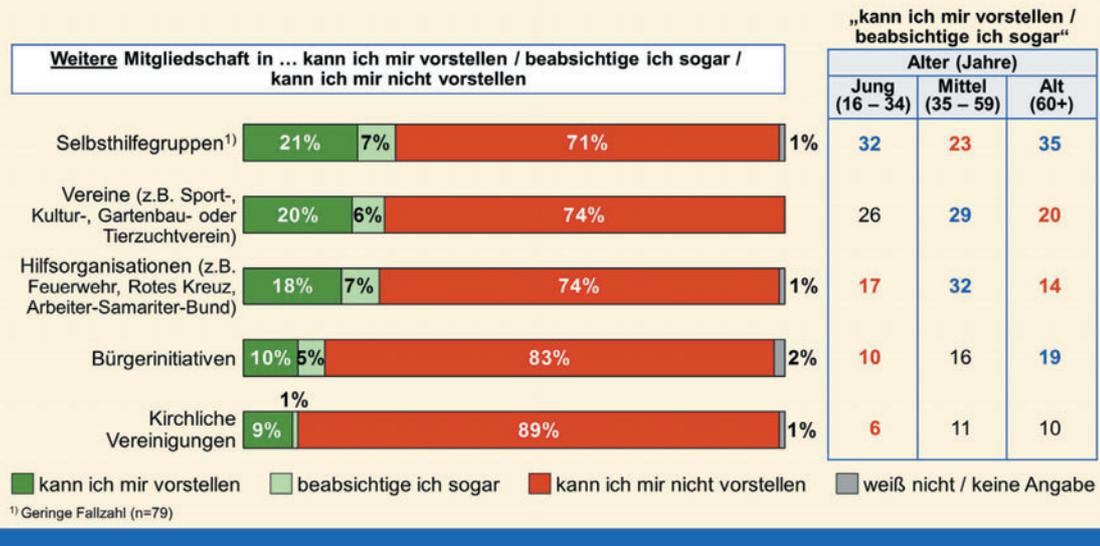
Allerdings zeigt sich, dass die Jungen im Gegensatz zu den mittleren Jahrgängen und den Älteren grundsätzlich weniger Offenheit bzw. weniger konkrete Pläne für ein Engagement bekunden. Die mittleren Jahrgänge weisen mit Ausnahme der Parteien und der Selbsthilfegruppen bei allen anderen Formen des Engagements überdurchschnittliche Potenziale auf, während die Älteren bei Vereinen und kirchlichen Vereinigungen vergleichsweise weniger Bereitschaft zu einem Engagement zeigen (Abbildung 2). Die Bereitschaft zum Engagement in einer sonstigen Organisation bekunden nur 2%. Dabei geht es primär um Engagement in der Schule (Elternbeirat), um Umwelt- und Tierschutz sowie um Organisationen mit sozialen Anliegen.

Erstaunlich hoch ist aber auch die Bereitschaft zu einem weiteren bürgerlichen Engagement bei Personen, die bereits Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder einer sonstigen Organisation sind (Abbildung 3). Offenbar ist ein bereits erfolgtes Engagement eher stimulierend als hemmend für weitere Aktivitäten. Bei Mitgliedern von Selbsthilfegruppen (4%) können sich 21% eine weitere Mitgliedschaft in einer Selbsthilfegruppe durchaus vorstellen. Weitere 7% planen diese sogar, was bezogen auf die Gesamtbevölkerung allerdings nur einem zusätzlichen Potenzial von 1% entspricht. Bei den Vereinsmitgliedern, die hingegen bereits 43% der Bevölkerung ausmachen, bedeuten insgesamt 26% grundsätzliche Offenheit oder konkrete Bereitschaft zu einer weiteren Vereinsmitgliedschaft immerhin ein Potenzial von 11% der Gesamtbevölkerung. Diese Potenziale sind wegen der geringeren Anteile von Mitgliedern und auch wegen vergleichsweise geringeren Quoten für eine weitere Mitgliedschaft im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung bei den anderen abgefragten Organisationen deutlich geringer: bei den Hilfsorganisationen ca. 4%, den Bürgerinitiativen und den kirchlichen Vereinigungen sogar nur etwa 2%. Dennoch erstaunt die Bereitschaft eines nicht unerheblichen Teils bereits Engagierter, sich in eine weitere Organisation einzubringen und zu betätigen (Abbildung 3).

Beabsichtigte Mitgliedschaften in Organisationen /2

Frage 16c

Basis: Befragte, die bereits Mitglied der jeweiligen Vereinigung sind. Bei Vereinen: 43%, Kirchlichen Vereinigungen: 20%, Hilfsorganisationen: 17%, Bürgerinitiativen: 14%, Politischen Parteien: 6%, Selbsthilfegruppen: 4%)



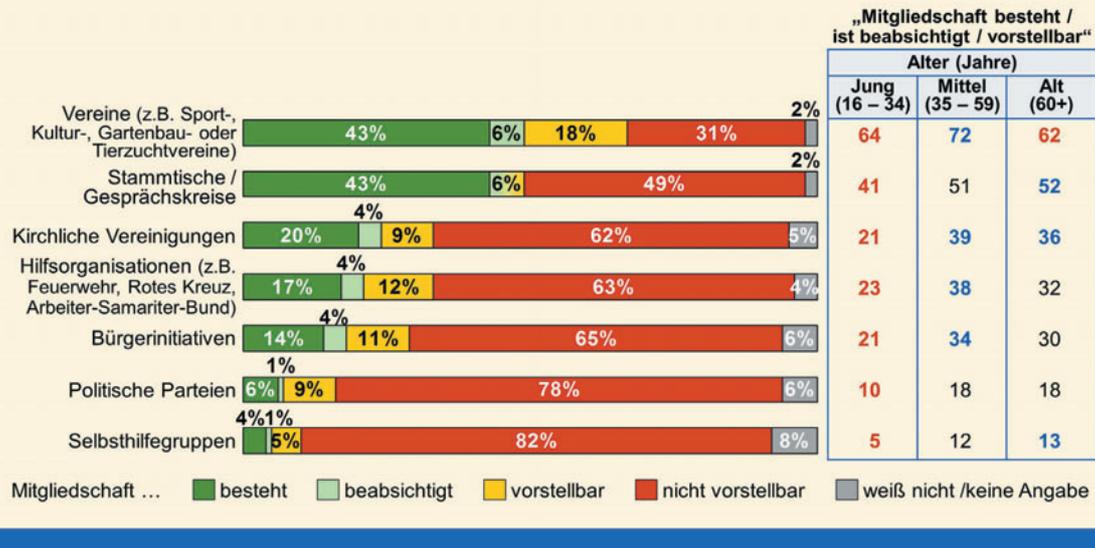
Im Übrigen ist anzumerken, dass die bei der jungen Generation feststellbare geringere Bereitschaft, sich in einem Verein, Verband oder einer Organisation zu engagieren, für bereits dort aktive Junge nicht in jedem Fall gilt. Die Jungen bereits in Selbsthilfegruppen aktiven bekunden sogar eine deutlich überdurchschnittliche Bereitschaft zu einem zusätzlichen Engagement in einer Selbsthilfegruppe und eine dem Durchschnitt entsprechende Neigung, einem weiteren Verein beizutreten. Bereits aktive Angehörige der mittleren Jahrgänge sind an weiteren Mitgliedschaften in Vereinen und Hilfsorganisationen besonders interessiert, während dort bereits aktive Ältere überdurchschnittlich oft bereit sind, einer weiteren Selbsthilfegruppe oder auch Bürgerinitiative beizutreten (Abbildung 3).

Insgesamt ergibt sich trotz aller Unkenrufe wegen unzureichenden sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagements ein beeindruckendes Gesamtbild für Bayern, wenn man synoptisch die Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf bereits bestehende und konkret geplante Aktivitäten unter Einbeziehung der etwas vageren grundsätzlichen Offenheit für eine erstmalige oder zusätzliche Form des bürger-schaftlichen Engagements betrachtet (Abbildung 4).

Die beiden eindeutigen Favoriten sind Vereine jedweder Art sowie die oftmals wenig beachteten Stammtische und Gesprächskreise (jeweils 43% Mitglieder), die sich auch hinsichtlich einer geplanten Mitgliedschaft (jeweils 6%) nicht unterscheiden und über ein Gesamtpotenzial von ca. 50% in der Gesamtbevölkerung verfügen. Vereine sind im Übrigen für die mittleren Altersjahrgänge deutlich attraktiver als für die Jungen und die Alten, während Stammtische und Gesprächskreise eher die mittlere und ältere Generation anziehen. Kirchliche Vereinigungen und Hilfsorganisationen verfügen in der Bevölkerung Bayerns ebenfalls über beträchtliche Potenziale. Unter Einbeziehung der grundsätzlich Offenen sind dies immerhin etwa gut drei von zehn Bayern, allerdings mit eindeutigen Schwerpunkten bei den Älteren und vor allem in den mittleren Jahrgängen. Diese Unterschiede mit geringeren Potenzialen unter den Jungen gelten

Gesamtübersicht : Bestehende und beabsichtigte Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen

Fragen 16a, 16b, 21, 22



auch für Bürgerinitiativen, Parteien und Selbsthilfegruppen, wo die Potenziale unter den Älteren und vor allem in der mittleren Generation eindeutig höher und oft über den Durchschnittswerten liegen (Abbildung 4).

Im Hinblick auf konkret geplante Mitgliedschaften und auch bezüglich einer grundsätzlichen Offenheit für eine Mitgliedschaft besitzen Vereine jedweder Art, Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen sowie auch kirchliche Vereinigungen im Vergleich zu Parteien und Selbsthilfegruppen die vergleichsweise größten Potenziale. Auch bei Stammtischen und Gesprächskreisen gibt es ein beträchtliches, noch nicht ausgeschöpftes Potenzial. Darüber hinaus lässt sich aus den Vergleichswerten für 2002 keineswegs ein Trend zu geringerem bürgerschaftlichen Engagement ablesen. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Bei allen Organisationsformen mit Ausnahme der politischen Parteien sind die Potenziale in der neuesten Untersuchung etwas größer als 2002.

Relativ groß ist zudem die Bereitschaft zu einem zusätzlichen Engagement, bei Befragten, die bereits Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder einer Organisation sind. Offenbar motiviert ein bereits erfolgtes Engagement eher für weitere Aktivitäten. Allerdings sind die Jungen im Gegensatz zu den mittleren Jahrgängen und den Älteren dafür grundsätzlich weniger offen und bekunden auch weniger konkrete Pläne für bürgerschaftliches Engagement. In diesem Zusammenhang ist die Frage von besonderem Interesse, ob das erkennbare geringere Engagement der Jungen mit zunehmendem Alter abgebaut wird, weil in einer späteren Lebensphase ein Engagement durch die biographische Situation als notwendiger erachtet wird. Ebenso ist es aber auch denkbar, dass die heutige Generation der Jungen vor dem Hintergrund des Wertewandels und veränderter Rahmenbedingungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ihr bisher relativ geringes Engagement in späteren Lebensphasen beibehält, was dann zu einer nachhaltigen Veränderung bürgerschaftlichen Engagements führen könnte. Diese Frage kann mit Hilfe von Folgeuntersu-

chungen erst in späteren Jahren beantwortet werden. Erkennbar ist bisher lediglich, dass traditionelle Formen des Engagements wie Vereine geringfügige und vor allem Parteien gegenüber früheren Jahren erhebliche Einbußen hinnehmen mussten, während das Engagement in Hilfsorganisationen leicht und in Bürgerinitiativen erheblich zugenommen hat. Dies ist in jedem Fall eine gewisse Abkehr vom traditionellen, auf Dauer angelegten Engagement zu Gunsten temporärer Aktivitäten. Dies kann, aber muss nicht unbedingt zugleich auch ein Indiz für einen Bedeutungsverlust der Politik im engeren Sinne zu Gunsten sozialer oder gesellschaftlicher Aktivitäten mit entsprechender persönlicher Relevanz sein.

3.4.3 Motive für Mitgliedschaften und Engagement

Die Motive für eine Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Organisationen wurden mit Hilfe einer offenen Frage ohne Antwortvorgaben ermittelt, bei der auch Mehrfachnennungen möglich waren. Die Antwortmuster und Motivbündel unterscheiden sich teils deutlich in Abhängigkeit von der jeweils angesprochenen Organisation (Tabelle 14).

Insgesamt steht bei Berücksichtigung aller Antworten unabhängig vom jeweiligen konkreten Engagement als Hauptmotiv das Gemeinschaftsgefühl mit der damit verbundenen Geselligkeit durch soziale Kontakte klar im Vordergrund (60%). Freizeitgestaltung, die damit verbundene Entspannung und die Freude an einer Aktivität sind für knapp die Hälfte der Befragten das zweitwichtigste Motivbündel, gefolgt von gesellschaftlichen Gründen (41%) wie der Möglichkeit, Dinge aktiv mitzugestalten, Teamgeist zu praktizieren, Traditionen zu pflegen oder auch generell soziale oder gesellschaftliche Zielsetzungen zu verfolgen. Daneben sind aber auch konkrete gesellschaftliche Anliegen und Themen ein wichtiger Grund für eine Mit-

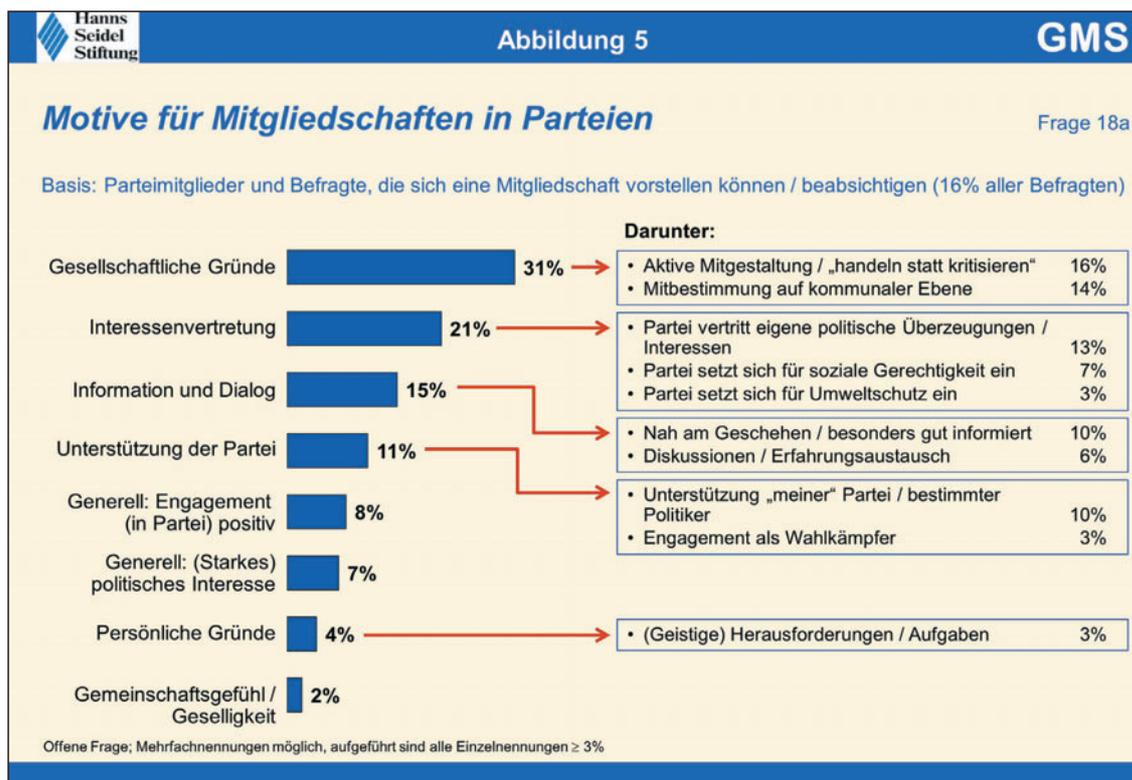
		Organisationsform							
		Partei	Verein	Kirchliche Vereinigung	Bürger- initiative	Hilfsorga- nisation	Selbsthil- fegruppe	Sonstiger Verein	Stamm- tisch
Gemeinschaftsgefühl, Geselligkeit	60	2	33	31	1	10	42	29	34
Freizeitgestaltung und persönliche Gründe	49	4	52	31	-	8	-	66	12
Gesellschaftliche Gründe	41	31	10	21	32	42	23	16	7
Anliegen / Themen	29	-	-	-	30	34	23	-	18
Information und Dialog	24	15	3	9	-	-	38	21	30
Stammtischatmosphäre	12	-	-	-	-	-	-	-	26
Interessenvertretung	7	21	-	-	11	-	-	-	-
Generell: Engagement (in Organisation) ist positiv	7	8	2	3	1	4	1	-	3

Offene Frage; Mehrfachnennungen möglich, aufgeführt sind alle Motivgruppen für Gesamt ≥ 7%

gliedschaft in einem Verein, einem Verband oder einer Organisation. Dieses Motiv wird von knapp jedem Dritten genannt. Relativ wichtig ist aber auch das Motiv Information und Dialog (24%), d. h. die Möglichkeit, nah am Geschehen zu sein, dabei aktuelle Informationen zu bekommen und Erfahrungen austauschen zu können. Die immerhin noch von 12% aller Befragten genannte Stammtischatmosphäre betrifft nur die Stammtische und Gesprächskreise, während die Motive Interessenvertretung nur bei Parteien und Bürgerinitiativen und die positiven Aspekte eines Engagements generell (jeweils 7%) bei allen abgefragten Organisationsformen genannt werden (Tabelle 14).

Dass sich die Gewichte der Motive für eine bestehende oder geplante Mitgliedschaft je nach Organisationsform von den insgesamt genannten Häufigkeiten erheblich unterscheiden, wird besonders bei den politischen Parteien deutlich (Abbildung 5).

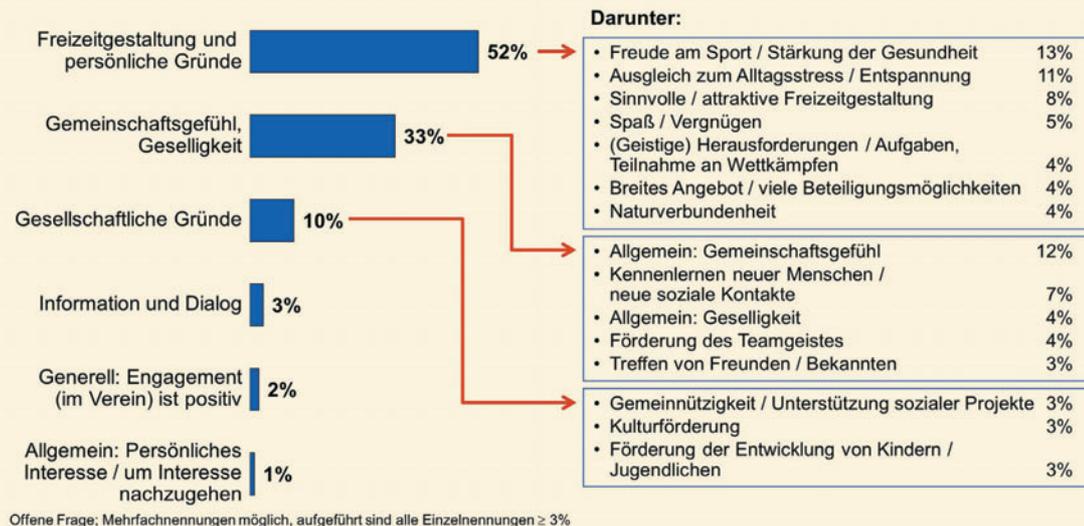
Das insgesamt am häufigsten genannte Motiv Gemeinschaftsgefühl / Geselligkeit spielt für die Mitgliedschaft in einer Partei, nämlich mit nur 2%, so gut wie keine Rolle. Die Hauptmotive sind hier vielmehr gesellschaftliche Gründe (31%), die Vertretung bestimmter Interessen (21%) sowie Information und Dialog, die bei der Gesamtheit aller Befragten auf den Plätzen drei, sieben und fünf liegen. Darüber hinaus wird als nur in Verbindung mit einer Parteimitgliedschaft relevantes Motiv die Unterstützung einer spezifischen politischen Richtung oder bestimmter Politiker (11%) genannt (Abbildung 5).



Motive für Mitgliedschaften in Vereinen

Frage 18b

Basis: Vereinsmitglieder und Befragte, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können / beabsichtigen (67% aller Befragten)

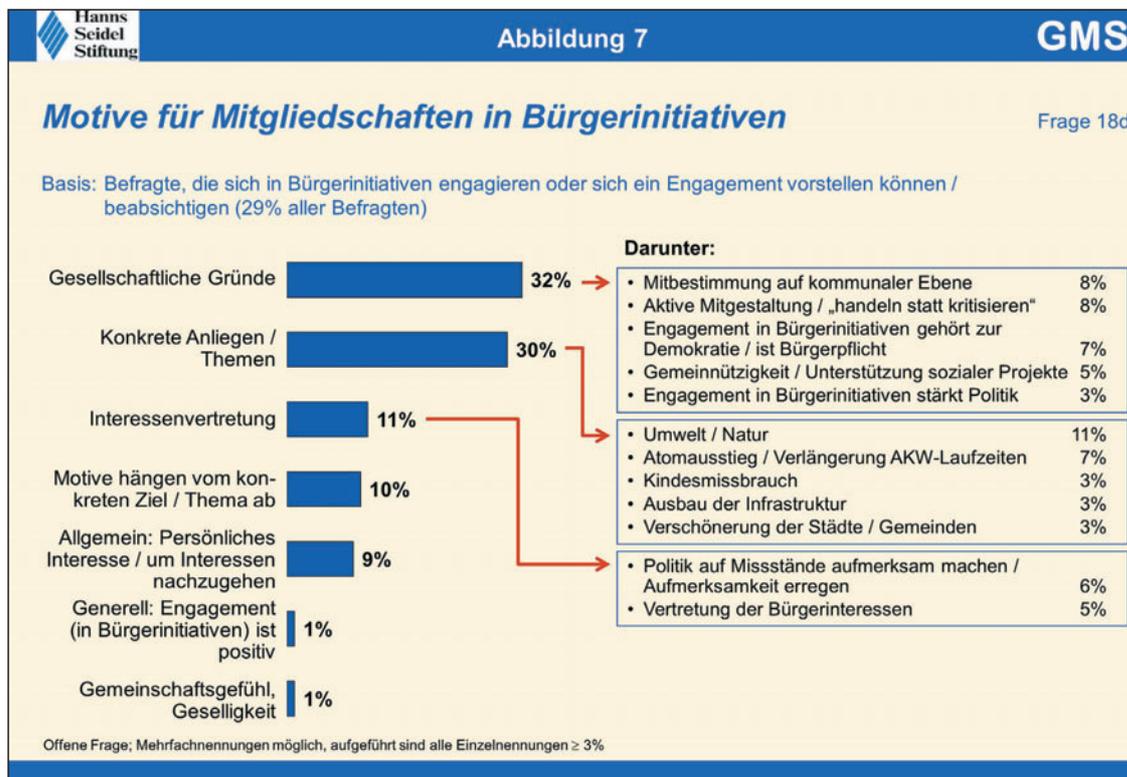


Diese Motivstruktur unterscheidet sich sehr deutlich von den Gründen für eine Mitgliedschaft in Vereinen, wo Freizeitgestaltung und persönliche Gründe (52%) mit deutlichem Abstand vor dem Motiv des Gemeinschaftsgefühls und der Geselligkeit (33%) im Vordergrund stehen. Gesellschaftliche Gründe, bei der Parteimitgliedschaft der Hauptgrund, sind für den Beitritt in einen Verein hingegen mit 10% vergleichsweise unwichtig (Abbildung 6).

Die Gewichtung der Motive für einen Vereinsbeitritt weist im Übrigen relativ große Ähnlichkeit mit den wichtigsten Gründen für ein Engagement in sonstigen Vereinen (Abbildung I im Anhang) und auch für einen Beitritt in einer kirchlichen Vereinigung auf. Auch bei den kirchlichen Vereinigungen sind Gemeinschaftsgefühl und Geselligkeit einerseits sowie Freizeitgestaltung auf einer individuell sehr ausgeprägten religiösen oder auch musischen Basis (Kirchenchor, Orgel) mit jeweils 31% die beiden wichtigsten Gründe für eine Zugehörigkeit. Allerdings sind Freizeitgestaltung und persönliche Gründe bei den Vereinen deutlich wichtiger als bei den kirchlichen Vereinigungen. Dafür ergibt sich bei den kirchlichen Vereinigungen hingegen eine vergleichsweise deutlich größere Relevanz der gesellschaftlichen Gründe (21%) als dritt wichtigstes Motiv (Abbildung II im Anhang).

Ähnlich wie bei Vereinen und kirchlichen Vereinigungen ist bei Selbsthilfegruppen das Gemeinschaftsgefühl Hauptmotiv für eine Mitgliedschaft (42%). Dabei spielen für diese Organisationsform als spezifische Aspekte die gegenseitige Hilfe und das Teilen von Sorgen und Leid eine besondere Rolle. Die Freizeitgestaltung ist im Gegensatz zu Vereinen und kirchlichen Vereinigungen erwartungsgemäß völlig irrelevant. Stattdessen nehmen die Motivbündel Information und Dialog (38%), gesellschaftliche Gründe (anderen helfen) und konkrete Krankheiten (ADS, Diabetes, Alkohol) als Beitrittsmotiv mit jeweils 23% eine hervorgehobene Rolle ein (Abbildung III im Anhang).

Ganz anders sieht wieder die Motivstruktur für eine Zugehörigkeit zu Bürgerinitiativen und zu Hilfsorganisationen aus. Bei Bürgerinitiativen sind vor allem gesellschaftliche Gründe wie der Wunsch nach Mitbestimmung und nach aktivem Handeln (32%) sowie konkrete Anliegen und Themen wie Umwelt, Kernenergie, Kindesmissbrauch oder der Wunsch nach Verbesserungen in der eigenen Gemeinde (30%) für einen Beitritt ausschlaggebend. Die Vertretung von Bürgerinteressen und das Hinweisen der Politik auf Misstände (11%) werden hingegen deutlich seltener genannt (Abbildung 7).



Damit unterscheidet sich die Motivation für eine Zugehörigkeit zu dieser inzwischen nicht mehr ganz neuen Form bürgerschaftlichen Engagements nicht sehr von den Beitrittsmotiven für Hilfsorganisationen (Abbildung IV im Anhang).

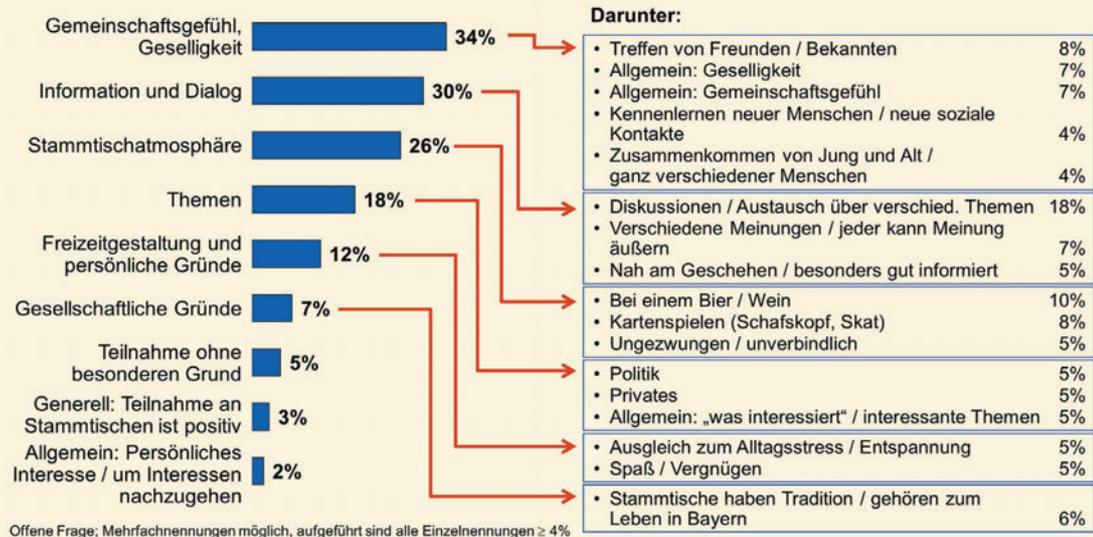
Auch hier sind gesellschaftliche Gründe mit einer besonders stark ausgeprägten sozialen Komponente das Hauptmotiv (42%). An zweiter Stelle rangieren nicht ganz unerwartet analog zu den Bürgerinitiativen die von den jeweiligen Hilfsorganisationen verfolgten Ziele (34%). Andere, ebenfalls genannte Beitrittsgründe wie Gemeinschaftsgefühl / Geselligkeit (10%) oder das Sammeln von Spenden sowie Freizeitgestaltung (jeweils 8%) sind im Vergleich dazu nachrangig (Abbildung IV im Anhang).

Die Motive für eine Zugehörigkeit zu einem Stammtisch oder einem Gesprächskreis ähneln im Hinblick auf die Gewichte der einzelnen Beitrittsgründe überraschenderweise am ehesten den Motiven für die Beteiligung an einer Selbsthilfegruppe. Auch beim Stammtisch oder Gesprächskreis werden Gemeinschaftsgefühl und Geselligkeit (34%) am häufigsten genannt, gefolgt vom Bedürfnis nach Information und Dialog (30%). Ähnlich wichtig wie bei Selbsthilfegruppen ist aber auch die Möglichkeit, sich zu bestimmten Themen austauschen zu können (18%). Der große Unterschied in den

Motive für die Teilnahme an Stammtischen / Gesprächskreisen

Frage 24

Basis: Befragte, die einem Stammtisch oder Gesprächskreis angehören (43% aller Befragten)



Beitrittsmotiven gegenüber Selbsthilfegruppen besteht beim Stammtisch oder Gesprächskreis jedoch in der von 26% genannten „Stammtischatmosphäre“, die offenbar auf Mitglieder dieser Form des Engagements eine besondere Anziehungskraft ausübt (Abbildung 8).

Die insgesamt am häufigsten genannten Motive für eine Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden oder Organisationen sind die Befriedigung des Bedürfnisses nach Gemeinschaftsgefühl und Geselligkeit, gefolgt vom Wunsch nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung auf Basis persönlicher Neigungen und Interessen sowie gesellschaftliche und soziale Motive. Danach spielen aber auch konkrete Anliegen und Themen, der Wunsch nach Information und Dialog sowie nach Interessenvertretung und bürgerschaftlichem Engagement bei allen Organisationsformen eine mehr oder weniger große Rolle, während die „Stammtischatmosphäre“ ein nur für Stammtische und Gesprächskreise relevantes Motiv für eine Zugehörigkeit ist.

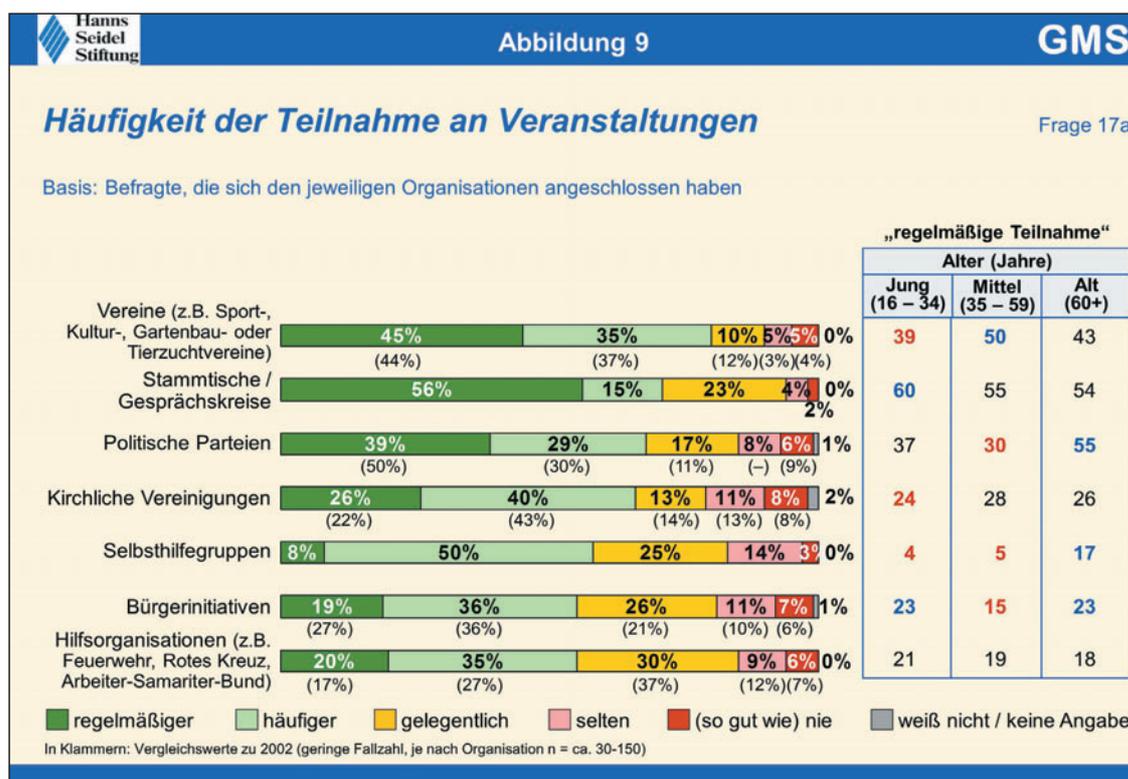
Die Erhebung der Motive für Beitritt und Zugehörigkeit zu den verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements lässt erkennen, dass die Gründe für eine Mitgliedschaft in Abhängigkeit von der jeweils betroffenen Organisationsform teils sehr unterschiedlich gewichtet werden. Spezifische Formen des Engagements erfolgen somit keineswegs zufällig, sondern meist auf Basis unterschiedlicher individueller Bedürfnisse. Dessen ungeachtet lassen sich aber auch zwischen verschiedenen Organisationsformen gewisse Ähnlichkeiten in der Gewichtung der Beitrittsgründe erkennen. Diese stimmen bei Vereinen, sonstigen Vereinen und kirchlichen Vereinigungen einerseits, aber auch bei Bürgerinitiativen und Hilfsorganisationen andererseits weitgehend überein. Auch Stammtische und Gesprächskreise ähneln abgesehen von der nur hier relevanten besonderen Attraktivität der Stammtischatmosphäre hinsichtlich der Beitrittsmotive den Selbsthilfegruppen, während politische Parteien eher eine Sonderstellung einnehmen.

3.4.4 Umfang und Art des Engagements

Bei der Untersuchung von bürgerschaftlichem Engagement sind nicht nur die Mitgliedschaft sowie die Motive für den Beitritt in einen Verein, Verband oder eine Organisation, sondern auch Umfang und Art des Engagements von Interesse. Dieser Thematik wurde im Rahmen dieser Untersuchung durch Fragen nach der Häufigkeit der Teilnahme an Veranstaltungen sowie nach der Ausübung von Funktionen oder Ehrenämtern im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements nachgegangen.

Bei der Frage nach der Teilnahme liegen bei der regelmäßigen Teilnahme Stammtische und Gesprächskreise (56%) eindeutig vor Vereinen (45%), Parteien (39%), kirchlichen Vereinigungen (26%), Hilfsorganisationen (20%) und Bürgerinitiativen (19%), während Selbsthilfegruppen mit 8% die niedrigste Quote regelmäßiger Teilnahme aufweisen (Abbildung 9). Fasst man die regelmäßigen und häufigen Teilnehmer zusammen, sieht das Bild ähnlich aus. Bei dieser Betrachtungsweise liegen die Vereine (80%) vor Stammtischen und Gesprächskreisen (71%), Parteien (68%) und kirchlichen Vereinigungen (66%). Danach folgen dieses Mal die Selbsthilfegruppen mit einer Quote von knapp 58% regelmäßiger und häufiger Teilnehmer vor den Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen (jeweils 55%). Damit ergibt sich im Hinblick auf die Häufigkeit der Teilnahme bei der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements eine Trennlinie zwischen Stammtischen, Vereinen, Parteien und kirchlichen Vereinigungen einerseits sowie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Hilfsorganisationen andererseits. Letztere haben es offenbar vergleichsweise schwerer, ihre Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu motivieren (Abbildung 9).

Auch im Hinblick auf die Generationen gibt es deutliche Unterschiede. Die Jungen gehören überdurchschnittlich oft zu den regelmäßigen Besuchern von Stammtischen



und Gesprächskreisen sowie zu den Mitgliedern von Bürgerinitiativen, üben hingegen bei Vereinen und Selbsthilfegruppen im Hinblick auf einen regelmäßigen Besuch mehr Zurückhaltung. Die durch Familie und Erwerbsleben vergleichsweise mehr geforderte Generation der mittleren Jahrgänge ist lediglich bei Veranstaltungen von Vereinen und kirchlichen Vereinigungen überdurchschnittlich oft regelmäßig anwesend, zählt hingegen vor allem bei Parteiveranstaltungen deutlich seltener zu den regelmäßigen Besuchern. Die Älteren halten durch wesentlich häufigere regelmäßige Teilnahme offenbar noch den Betrieb der Parteien aufrecht und sind zudem auch bei Bürgerinitiativen und vor allem bei Selbsthilfegruppen durch regelmäßige Teilnahme ein stabilisierender Faktor (Abbildung 9).

Beim Zeitreihenvergleich mit dem Jahr 2002 ist wegen der damals geringen Fallzahl für Bayern eine gewisse Vorsicht angebracht. Dennoch sind Trends und Tendenzen eindeutig. Im Hinblick auf regelmäßige und häufige Teilnahme gibt es im Vergleich zu 2002 bei den Vereinen keine Veränderungen. Bei kirchlichen Vereinigungen nimmt man etwas häufiger regelmäßig, dafür aber auch etwas seltener „häufig“ teil. Bei Hilfsorganisationen verschiebt sich die Teilnahmehäufigkeit deutlich Richtung häufigere oder regelmäßige Teilnahme. Erhebliche Verluste vor allem im Hinblick auf regelmäßige Teilnahme müssen nicht ganz unerwartet die Parteien hinnehmen, überraschenderweise aber auch die Bürgerinitiativen, die wie die Parteien stattdessen höhere Quoten mit gelegentlicher oder seltener Besuchsfrequenz aufweisen (Abbildung 9). Damit zählen – Vergleichsmöglichkeiten für Stammtische und Selbsthilfegruppen fehlen – bei der Intensität des Engagements Bürgerinitiativen und vor allem Parteien eher zu den Verlierern und die Hilfsorganisationen eher zu den Gewinnern. Für die politischen Parteien ist diese Entwicklung auch deshalb Besorgnis erregend, weil nur noch die Älteren ein überdurchschnittlich intensives Engagement erkennen lassen. Bei den Bürgerinitiativen lässt sich nicht abschließend beurteilen, ob die geringere Intensität des Engagements einen Trend darstellt oder nur Resultat zeitweise fehlender Anlässe und Themen ist.

Für die Hypothese eines Trends zu weniger intensivem Engagement bei Parteien und auch bei Bürgerinitiativen spricht allerdings die Tatsache, dass ebenfalls weniger Befragte mit Mitgliedschaft in einer Partei oder Bürgerinitiative als 2002 angeben, im Rahmen ihres Engagements eine Funktion oder ein Ehrenamt zu bekleiden, ein Phänomen, das im Übrigen trotz regelmäßigerer Teilnahme auch für Hilfsorganisationen gilt (Tabelle 15).

Gleichzeitig ergeben sich analog zur Teilnahmehäufigkeit auch deutliche Unterschiede in den Generationen bezüglich der Übernahme von Funktionen und Ehrenämtern. Die Älteren üben in allen untersuchten Formen des bürgerschaftlichen Engagements zumindest durchschnittlich oft, bei Bürgerinitiativen und vor allem bei Selbsthilfegruppen sowie kirchlichen Vereinigungen deutlich über dem Durchschnitt eine Funktion oder ein Ehrenamt aus. Bemerkenswert ist, dass sie trotz vergleichsweise häufiger Teilnahme am Parteileben dort jedoch nur durchschnittlich oft Funktionen oder Ämter ausüben. Die mittlere Generation ist in Funktionen und Ämtern außer bei Bürgerinitiativen und kirchlichen Vereinigungen, wo diese Generation schlechter repräsentiert ist, durchschnittlich oft zu finden. Die Jüngeren findet man hingegen meist etwas seltener (kirchliche Vereinigungen, Vereine) oder allenfalls durchschnittlich oft in Funktionen und Ehrenämtern. Lediglich bei Bürgerinitiativen zählen sie etwas häufiger zu den Funktionsträgern und Amtsinhabern (Tabelle 15).

Um die Komplexität der vielen Einzelangaben zu bürgerschaftlichem Engagement zu reduzieren und übersichtlicher zu gestalten, wurden aus den Antworten zu

Ausübung einer Funktion oder eines Ehrenamtes

Frage 17b

Basis: Befragte, die sich einer Vereinigung angeschlossen haben

	Gesamt	Alter (Jahre)			
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	Differenz Jung – Alt
Ausüben einer Funktion / eines Ehrenamtes in...					
Kirchlichen Vereinigungen	40 (38)	31	35	50	-19
Vereinen (z.B. Sport-, Kultur-, Gartenbau- oder Tierzuchtvereine)	32 (32)	29	33	32	-3
Hilfsorganisationen (z.B. Feuerwehr, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund)	29 (32)	27	29	30	-3
Politische Parteien	24 (30)	25	23	26	-1
Bürgerinitiativen	20 (24)	24	16	23	+1
Selbsthilfegruppen	12	-	12	21	-21

Mehrfachnennungen möglich
 In Klammern: Vergleichswerte zu 2002 (geringe Fallzahl, je nach Organisation n = ca. 30-150)

Mitgliedschaft, Teilnahmehäufigkeit, beabsichtigter Mitgliedschaft sowie grundsätzlicher Offenheit für bzw. Ablehnung eines Engagements vier Skalen für gesellschaftliches Engagement gebildet. In der Skala für traditionelles gesellschaftliches Engagement wird in einer Abstufung auf sechs Skalenpunkten die Intensität des Engagements bis hin zur Ablehnung zusammengefasst für Vereine, kirchliche Vereinigungen und Hilfsorganisationen abgebildet. In der analog angelegten Sechspunkte-Skala für neue Formen des Engagements geht es ausschließlich um Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Die Ergebnisse zu diesen beiden Skalen werden im Folgenden zuerst vorgestellt, bevor auf die beiden weiteren Skalen zum Engagement in der Politik sowie bei Stammtischen und Gesprächskreisen eingegangen wird. Dabei zeigt sich, dass nur 17% der Bayern auf keinen Fall für traditionelle Formen des Engagements zu gewinnen sind, während immerhin zwei Drittel der Bayern die so genannten neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements ablehnen (Tabelle 16).

Knapp die Hälfte der Bayern zählt bei der Skala des traditionellen Engagements zu den hoch engagierten Vereinsmitgliedern, die mindestens eine Mitgliedschaft in einem Verein, Verband oder einer Organisation außer Bürgerinitiative oder Selbsthilfegruppe besitzen, ferner mindestens regelmäßig oder häufiger an Veranstaltungen teilnehmen und / oder zudem eine Funktion oder ein Ehrenamt ausüben. Jene 6% der weniger engagierten Vereinsmitglieder nehmen hingegen nur gelegentlich an Veranstaltungen teil und üben keine Funktion oder ein Ehrenamt aus. Die passiven Vereinsmitglieder (4%) nehmen nur selten oder nie an Veranstaltungen teil und üben ebenfalls keine Funktion oder ein Ehrenamt aus. Potenzielle Vereinsmitglieder gehören keiner der traditionellen Organisationen an, planen aber konkret eine Mitgliedschaft, während die 19% für eine Mitgliedschaft offenen Befragten sich eine Mitgliedschaft zwar vorstellen können, derzeit aber nicht planen. Übrig bleibt somit aus der Gesamtheit der Befragten jene Teilgruppe, die keiner traditionellen Organisation angehört und eine Mitgliedschaft auch klar ablehnt (Tabelle 16).

Gesamtübersicht: Traditionelle und neue Formen gesellschaftlichen Engagements nach Alter

Skala des Engagements aus den Fragen 16a, 16 b, 17a und 17b

	Gesamt	Alter (Jahre)			
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	Differenz Jung – Alt
Traditionelles gesellschaftliches Engagement ¹⁾					
(1) Hoch engagierte Vereinsmitglieder	47	39	54	44	-5
(2) Weniger engagierte Vereinsmitglieder	6	6	6	5	+1
(3) Passive Vereinsmitglieder	4	3	5	5	-2
(4) Potenzielle Vereinsmitglieder	7	6	9	6	±0
(5) Offen für Vereinsmitgliedschaften	19	22	15	21	+1
(6) Ablehner einer Vereinsmitgliedschaft	17	24	11	19	+5
Mittelwert	3,0	3,4	2,6	3,1	+0,3
Neue Formen des Engagements ²⁾					
(1) Hoch engagiert in neuen Formen	11	10	13	9	+1
(2) Weniger engagiert in neuen Formen	4	4	6	3	+1
(3) Passiv in neuen Formen	2	1	2	4	-3
(4) Potenzielles Engagement in neuen Formen	5	2	6	7	-5
(5) Offen für Engagement in neuen Formen	12	8	13	13	-5
(6) Ablehner eines Engagements in neuen Formen	66	75	60	64	+11
Mittelwert	5,0	5,2	4,8	5,1	+0,1

¹⁾ Vereine, kirchliche Vereinigungen, Hilfsorganisationen, sonstige Vereine ²⁾ Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen

Bei den neuen Formen des Engagements sind die Skalenwerte von 1 bis 6 in identischer Form zu interpretieren. Insgesamt 11% gehören hoch engagiert, weitere 4% weniger aktiv und 2% immerhin noch passiv einer derartigen Organisation an. Weitere 5% planen derzeit ein Engagement und 12% sind immerhin auch ohne konkrete Pläne dafür grundsätzlich offen, während eine Zweidrittelmehrheit bürgerschaftliches Engagement in Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen eindeutig ablehnt. Ungeachtet teilweise erkennbarer Erosionsprozesse bezüglich Mitgliedschaft und regelmäßiger Teilnahme läuft bürgerschaftliches Engagement somit immer noch primär in den traditionellen Organisationsformen ab, wobei nur ein Sechstel der Bevölkerung hier auf keinen Fall (17% Ablehner) und ein knappes Fünftel (19% grundsätzlich Offene) nur teilweise erreicht wird (Tabelle 16).

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Generationen. Die Jungen sind überdurchschnittlich oft Ablehner oder allenfalls offen für eine Mitgliedschaft in traditionellen Strukturen. Die mittlere Generation ist hingegen unter den hoch aktiven Vereinsmitgliedern überdurchschnittlich vertreten, während die Alten im Hinblick auf hohes Engagement ähnlich wie die Jungen Defizite erkennen lassen. Die Jungen kompensieren diese Defizite aber nicht durch mehr Aktivitäten in neuen Formen des Engagements, sondern lehnen diese mit 75% ebenfalls überdurchschnittlich oft ab, während die mittlere und die ältere Generation seltener ablehnt und offener als die Jungen für neue Formen des Engagements ist (Tabelle 16).

Neben den generationenbedingten Unterschieden bei den beiden Skalen für traditionelles Engagement und für Engagement in neuen Formen ergeben sich auch bei einer Betrachtung der verschiedenen Parteianhängerschaften erhebliche Unterschiede. Bei den traditionellen Organisationsformen sind die Anhänger der Volksparteien CSU und SPD, aber auch der Freien Wähler (oftmals ehemalige Anhänger der Volksparteien) überdurchschnittlich oft unter den hoch Engagierten zu finden, während die Anhänger der Grünen eher zu den weniger engagierten Vereinsmitgliedern zählen. Im

Gegensatz dazu zählen die Anhänger aller anderen Parteien und Befragte ohne bzw. ohne Angabe zur Parteineigung zu den eindeutigen Ablehnern einer Vereinsmitgliedschaft (Tabelle XV im Anhang).

Bei den neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements ergibt sich hingegen ein anderes Bild. Die Anhänger der Volksparteien und der Freien Wähler entsprechen meist dem Durchschnitt aller Befragten. Allerdings lehnen Anhänger der SPD und vor allem auch der Freien Wähler ein Engagement in neuen Formen überdurchschnittlich oft ab, während Befragte mit Parteineigung für die Grünen, die FDP und der Die Linke vergleichsweise häufiger zu den in neuen Formen hoch engagierten Personen zählen (Tabelle XVI im Anhang).

Bei der sieben Punkte umfassenden Skala für Engagement in der Politik ergeben sich zwangsläufig nur geringe Prozentwerte für aktive Funktionsträger (1%), aktive einfache (3%) sowie passive Parteimitglieder (2%). Darüber hinaus sind auch die Potenziale für geplanten Beitritt (1%) und grundsätzliche Offenheit (9%) bei gleichzeitig sehr hoher Ablehnung einer Parteimitgliedschaft sehr gering (Tabelle XVII im Anhang). Ein gänzlich anderes Bild ergibt sich bei der Fünf-Punkte-Skala für eine Beteiligung an Stammtischen und Gesprächskreisen. Hier führt die Skalenbildung zu 31% hoch und zu weiteren 10% wenig engagierten Stammtischangehörigen, denen Minoritäten von 3% passiven Stammtischangehörigen und 6% für eine Stammtischangehörigkeit offenen Befragten gegenüberstehen. Allerdings spaltet die Befürwortung der Stammtisch- und Gesprächskreiskultur die Bayern, weil immerhin 52% aller Befragten diese Form des Engagements ablehnen. Außerdem wird auch unter regionalen Aspekten eine Trennlinie erkennbar, weil Stammtische und Gesprächskreise in Oberbayern und insbesondere im Großraum München überdurchschnittlich viele Anhänger finden, in Franken jedoch in unterdurchschnittlichem Umfang (Tabelle XVIII im Anhang).

Im Hinblick auf die Häufigkeit der Teilnahme bei der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements gibt es unverkennbar eine Trennlinie zwischen den häufig besuchten Stammtischen, Vereinen, Parteien und kirchlichen Vereinigungen einerseits sowie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Hilfsorganisationen andererseits. Letztere haben es offenbar deutlich schwerer, ihre Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu motivieren.

Im Vergleich mit 2002 sind trotz der damals geringen Fallzahl Trends und Tendenzen eindeutig. Bei den Vereinen gab es im Hinblick auf häufige Teilnahme keine Veränderungen. Bei Hilfsorganisationen verschiebt sich die Teilnahmehäufigkeit deutlich Richtung häufigere oder regelmäßige Teilnahme. Deutliche Verluste vor allem im Hinblick auf regelmäßige Teilnahme müssen nicht ganz unerwartet die Parteien hinnehmen, überraschenderweise aber auch die Bürgerinitiativen, die wie die Parteien ebenfalls deutlich höhere Quoten mit gelegentlicher oder seltener Besuchsfrequenz aufweisen. Damit zählen bei der Intensität des Engagements Bürgerinitiativen und vor allem Parteien eher zu den Verlierern und die Hilfsorganisationen eher zu den Gewinnern. Darüber hinaus bekleiden ebenfalls weniger Befragte mit Mitgliedschaft in einer Partei oder Bürgerinitiative als 2002 eine Funktion oder ein Ehrenamt, ein Phänomen, das im Übrigen trotz regelmäßigerer Teilnahme auch für Hilfsorganisationen gilt. In diesem Zusammenhang muss die Tatsache Anlass zur Besorgnis geben, dass die Jungen sowohl in traditionellen als auch neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements mit Ausnahme von Stammtischen und Bürgerinitiativen ein unterdurchschnittliches Engagement zeigen.

Bei der Reduktion der vielen Einzelantworten auf Fragen zu Umfang und Art der Partizipation auf vier Skalen des Engagements sowohl für traditionelle und neue Organisationsformen einerseits als auch für die Politik und Stammtische und Gesprächskreise andererseits ist das Gesamtbild trotz der geschilderten Veränderungen seit 2002 aber immer noch eindeutig. Die traditionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements finden immer noch die bei weitem höchste Akzeptanz. Dies gilt auch für die erstmals abgefragten Stammtische und Gesprächskreise. Diese Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden am häufigsten praktiziert und finden auch bei den (noch) nicht Zugehörigen die größte Resonanz. Traditionelle Formen des Engagements werden nämlich explizit nur von einem Sechstel der Befragten abgelehnt, Stammtische und Gesprächskreise wegen ihres besonderen Charakters immerhin schon von der Hälfte der Bayern. Dagegen werden neue Formen des Engagements wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen sogar von zwei Dritteln und ein Engagement in der Politik sogar von mehr als acht von zehn der Bayern abgelehnt. Die traditionellen Formen des Engagements befinden sich somit zumindest in Bayern keineswegs im Niedergang zu Gunsten neuer Beteiligungsmöglichkeiten. Allerdings gibt es im Spektrum der traditionellen Strukturen im Hinblick auf praktiziertes und geplantes Engagement eine deutliche Verschiebung zu Lasten von Parteien und teilweise auch der klassischen Vereine, von der primär Hilfsorganisationen und kirchliche Vereinigungen zu profitieren scheinen.

3.5 Rolle und Verankerung der Politik im vorpolitischen Raum

Bereits zu Zeiten der Weimarer Republik war eine starke Verankerung der Zentrumspartei als Vorläuferin der Union und auch der SPD im vorpolitischen Raum ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Volksparteien. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Mitglieder der Volksparteien waren früher oft zugleich auch Mitglied in einem oder gar mehreren Vereinen, übten dort vielfach auch Funktionen und Ehrenämter aus, initiierten darüber hinaus im Rahmen des Vereinslebens Gespräche über Politik und konnten somit als angesehene Meinungsbildner die Bindungen anderer Vereinsmitglieder an die von ihnen vertretenen Parteien stärken. Inzwischen gibt es erhebliche Zweifel daran, dass die Parteien heute noch in ähnlich effektiver Weise in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen mit ihren Mitgliedern vertreten sind und wie in früheren Zeiten relativ kontinuierlich über den vorpolitischen Raum ihre Positionen auch fernab von Wahlen kommunizieren können.

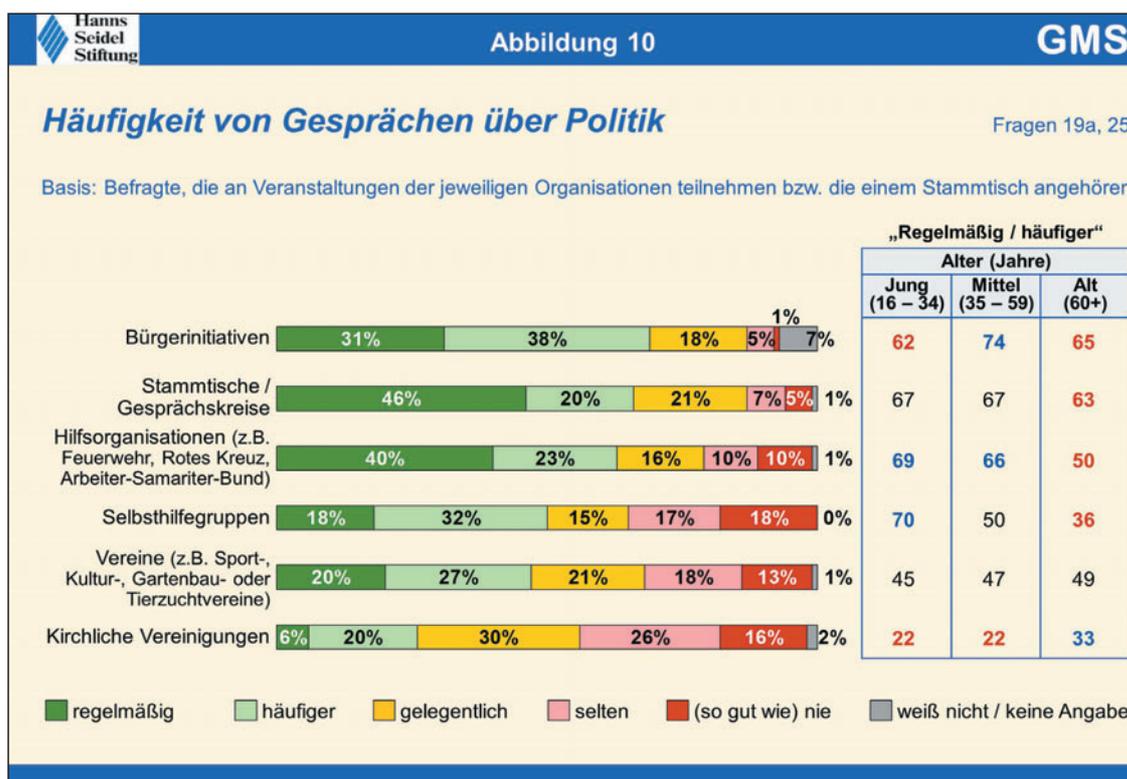
Zur Überprüfung dieser Thematik wurden die Mitglieder in allen abgefragten traditionellen und neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements danach gefragt, wie oft bei Veranstaltungen bzw. im Rahmen des Vereinslebens auch „Gespräche über Politik allgemein“ geführt werden und ob es Meinungsführer gibt, deren Anschauungen man schätzt. Sofern Meinungsführer existierten, wurde weiterhin danach gefragt, ob und welcher Partei diese Meinungsführer angehören. Diese Informationen wurden allerdings nur von solchen Befragten erhoben, die an Veranstaltungen ihrer jeweiligen Organisationen teilnehmen bzw. einem Stammtisch angehören.

Regelmäßige Gespräche über Politik werden demnach nicht ganz unerwartet am häufigsten im Rahmen von Stammtischen und Gesprächskreisen geführt (46%), gefolgt von Hilfsorganisationen (40%), Bürgerinitiativen (31%), Vereinen (20%), Selbsthilfegruppen (18%) und kirchlichen Vereinigungen (6%). Bei zusammenfassender Betrachtung der Antworthäufigkeiten für „regelmäßig“ und „häufiger“ ergibt sich

eine leicht veränderte Rangfolge mit den Bürgerinitiativen (69%) an erster Stelle, gefolgt von den Stammtischen (66%), den Hilfsorganisationen (63%), Selbsthilfegruppen (50%) und Vereinen (47%). Auch bei dieser Betrachtungsweise finden in kirchlichen Vereinigungen (26%) erneut eher höchst unregelmäßig und nur selten Gespräche über Politik statt (Abbildung 10).

Die Angaben der verschiedenen Generationen zu Gesprächen über Politik allgemein weichen teils deutlich von den geschilderten Durchschnittswerten ab. Die Jungen berichten z. B. überdurchschnittlich oft von Gesprächen über Politik bei Hilfsorganisationen und vor allem bei Selbsthilfegruppen. Die mittlere Generation erwähnt ebenfalls überdurchschnittlich oft Gespräche in Hilfsorganisationen, aber vor allem auch in Bürgerinitiativen. Die Älteren berichten hingegen nur über vergleichsweise häufigere politische Gespräche in kirchlichen Vereinigungen. Bei allen anderen Formen des Engagements wird bei den Älteren entweder nur durchschnittlich oft oder sogar vergleichsweise seltener über Politik gesprochen (Abbildung 10).

Der vorpolitische Raum mit seiner großen Vielfalt an Vereinen, Verbänden und Organisationen dient im Gegensatz zu politischen Parteien nicht primär der Beschäftigung mit Politik, auch wenn je nach Aufgabe und Zielsetzung der dort agierenden Organisationen die Politik mehr oder weniger stark in deren alltägliche Aktivitäten mit hineinspielt. Angesichts dieser Konstellation sind Quoten von 69% bei den Bürgerinitiativen bis hin zu 50% bei Selbsthilfegruppen für regelmäßige oder häufige Gespräche über Politik ein klarer Beleg dafür, dass der so genannte vorpolitische Raum heute keineswegs entpolitisiert worden ist und dass man sich inzwischen nur noch wenig oder gar nicht mit politischen Fragen beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist es übrigens bemerkenswert, dass man in den auf den ersten Blick eher unpolitischen Hilfsorganisationen (63%) ähnlich häufig wie in Bürgerinitiativen oder Stammtischen und Gesprächskreisen über Politik spricht. Auch bei den Vereinen ist der Anteil von 47% mit regelmäßigen oder häufigen Gesprächen über Politik

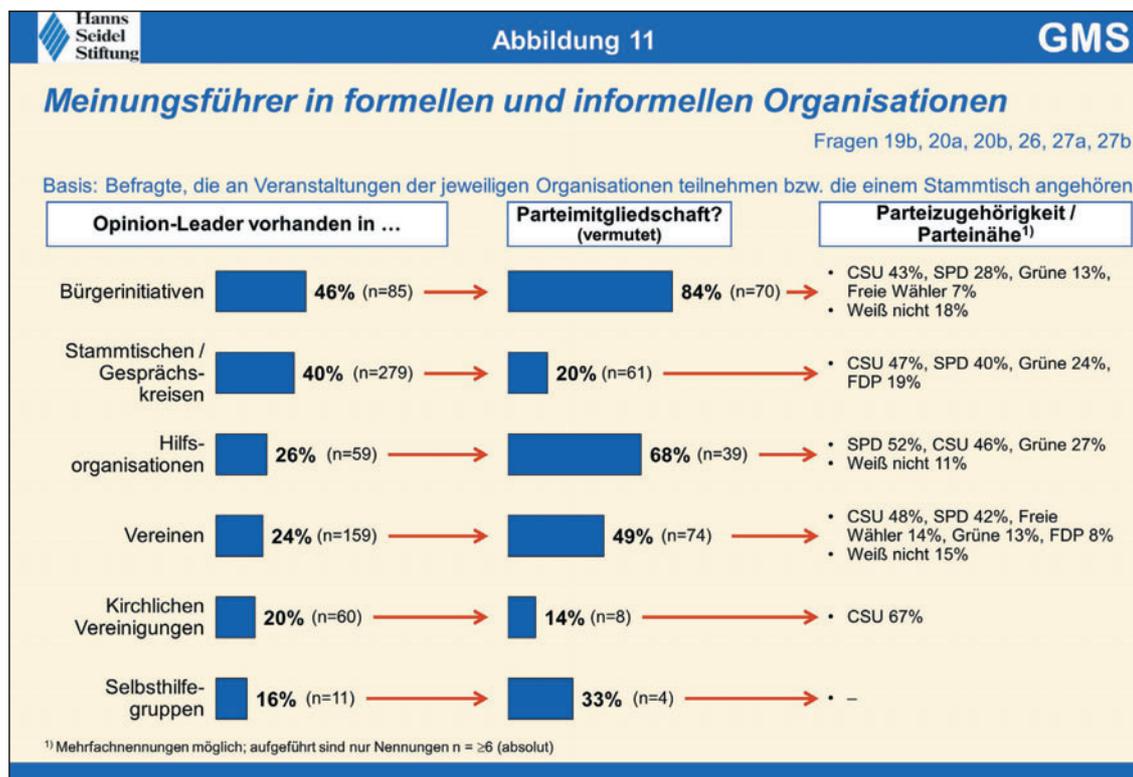


immer noch recht hoch, während allein bei den kirchlichen Vereinigungen die Politik in Gesprächen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt (Abbildung 10).

Eine davon zu unterscheidende Frage ist, ob angesichts einer fast überall hohen Frequenz von Gesprächen über Politik Querverbindungen zu politischen Parteien bestehen und ob die Parteien versuchen, über ihre Mitglieder, die zugleich in Vereinen, Verbänden und Organisationen tätig sind, meinungsbildend auf den vorpolitischen Raum einzuwirken. Die Antworten auf entsprechende Fragen belegen, dass aus Sicht von Befragten, die an Veranstaltungen ihrer Organisationen teilnehmen, Meinungsführer keineswegs überall vorhanden sind und dass Wahrnehmung und Existenz von Meinungsführern zudem im erheblichen Umfang vom Typus der jeweiligen Organisation abhängen (Abbildung 11).

Bei den Mitgliedern von Bürgerinitiativen ist der Anteil derjenigen, die die Existenz einer Person bejahen, deren Urteilkraft und Meinungen in politischen Fragen man besonders schätzt, mit 46% am größten. Bei Stammtischen und Gesprächskreisen ist die Quote für Meinungsführer mit 40% noch ähnlich groß, während es zumindest aus der Wahrnehmung der befragten Mitglieder bei Hilfsorganisationen (26%), Vereinen (24%), kirchlichen Vereinigungen (20%) sowie vor allem bei Selbsthilfegruppen (16%) deutlich seltener politische Meinungsführer gibt (Abbildung 11).

Die vergleichsweise hohen Anteile von politischen Meinungsführern korrespondieren in Bürgerinitiativen sowie Stammtischen und Gesprächskreisen mit den vergleichsweise höchsten Prozentwerten für regelmäßige oder häufige Gespräche über Politik. Die Hilfsorganisationen, Selbsthilfegruppen und Vereine sind hingegen ein gutes Beispiel dafür, dass regelmäßige oder häufige Gespräche über Politik auch ohne bzw. bei einer deutlich geringeren Durchdringung der Hilfsorganisationen mit politischen Meinungsführern stattfinden (Abbildungen 10 und 11).



Im Hinblick auf die Parteimitgliedschaft der in den jeweiligen Organisationen ausgemachten Meinungsführer wird das Bild nochmals differenzierter. Am höchsten sind nämlich die Anteile für eine bekannte oder vermutete Parteimitgliedschaft des jeweiligen Meinungsführers bei Bürgerinitiativen (84%), Hilfsorganisationen (68%) und bei Vereinen (49%). In Selbsthilfegruppen (33%), aber auch bei Stammtischen und Gesprächskreisen (20%) sowie vor allem in kirchlichen Vereinigungen (14%) sind Meinungsführer mit bekannter oder vermuteter Parteimitgliedschaft deutlich seltener zu finden.

Bei Bürgerinitiativen, die im Regelfall politische Zielsetzungen verfolgen, ist somit nicht nur der Anteil der Meinungsführer, sondern auch der Anteil der Meinungsführer mit eindeutiger politischer Ausrichtung am größten. Dabei sind aber nicht nur die Volksparteien CSU (43%) und SPD (28%), sondern auch Grüne (13%) und Freie Wähler (7%) vertreten. Die Tatsache, dass man in Bürgerinitiativen bei einem Fünftel der Meinungsführer mit vermuteter Parteimitgliedschaft deren Parteizugehörigkeit nicht kennt, lässt vermuten, dass die Opinion Leader zumindest bei Bürgerinitiativen ihre Parteizugehörigkeit bei Gesprächen über Politik nicht immer offensiv in den Vordergrund stellen (Abbildung 11). Stammtische und Gesprächskreise mit der zweithäufigsten Frequenz für regelmäßige oder häufige politische Gespräche haben hingegen einerseits auch die zweithöchste Quote von Meinungsführern (40%). Auf der anderen Seite ist jedoch nur bei einem Fünftel dieser Meinungsführer eine Parteimitgliedschaft bekannt.

Gänzlich anders ist wieder das Bild in Hilfsorganisationen und Vereinen, wo es vergleichsweise selten Meinungsführer gibt, denen aber gleichzeitig relativ oft eine Parteimitgliedschaft zugeordnet wird. Auch hier gibt es analog zu den zuvor behandelten Organisationsformen keine Monopole der Volksparteien. Auch andere Parteien sind in teils beträchtlichem Umfang durch Meinungsführer vertreten. Das gilt teils auch für die FDP und die Freien Wähler, insbesondere aber für die Grünen, die mit teils deutlich über den von ihnen realisierbaren Stimmanteilen nicht nur bei Bürgerinitiativen, sondern auch bei Vereinen und vor allem bei Stammtischen und Gesprächskreisen sowie bei Hilfsorganisationen mit Meinungsführern vertreten sind.

Auffällig ist weiter, dass trotz eines Vorsprungs der CSU die Anteile von SPD-Meinungsführern bei Bürgerinitiativen (28%), vor allem bei Stammtischen und Gesprächskreisen (40%) sowie bei Vereinen (42%) erheblich über den von der SPD in Bayern bei Wahlen erzielbaren Stimmanteilen liegen. Bei den Hilfsorganisationen ist der Anteil von SPD-Meinungsführern sogar größer als der Anteil der Opinion Leader mit CSU-Parteimitgliedschaft (Abbildung 11).

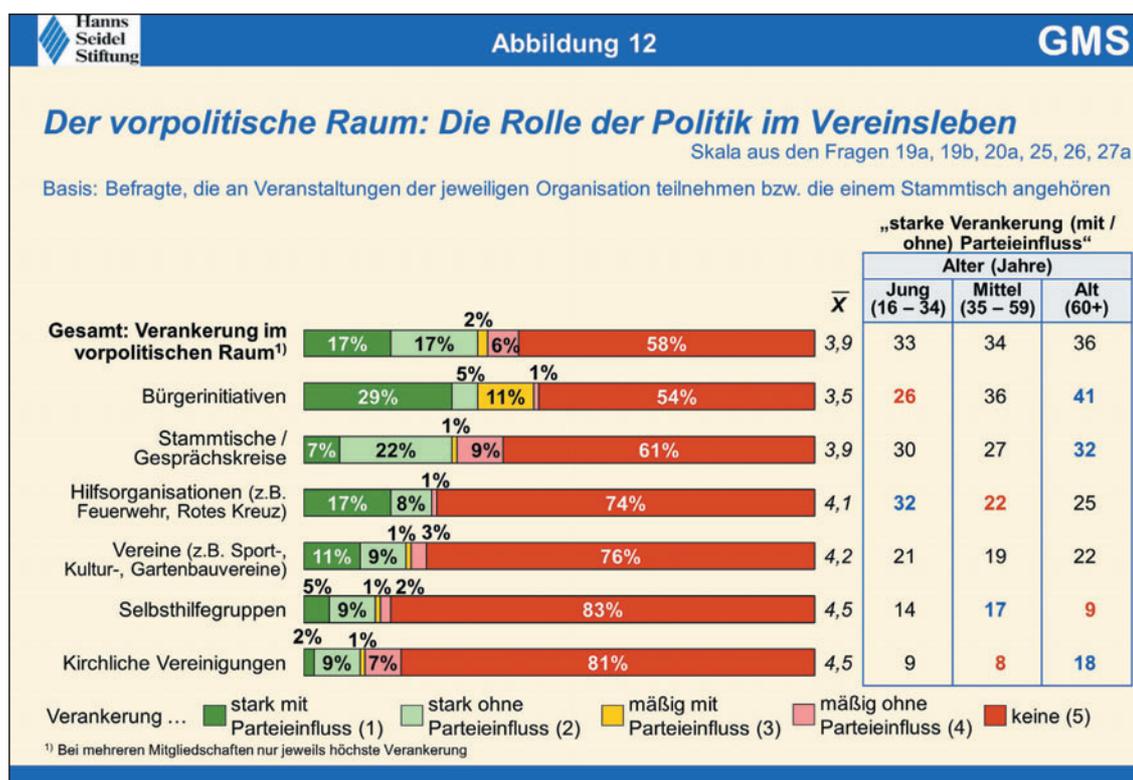
Eine Dominanz der CSU ist mit 67% Meinungsführern nur in kirchlichen Vereinigungen vorhanden. Es wird deutlich erkennbar, dass sich die CSU sowohl aus dem bürgerlichen Lager durch FDP und Freie Wähler als auch durch die SPD und die Grünen einem starken Wettbewerb ausgesetzt sieht, wenn es um eine meinungsbildende Kommunikation bezüglich wichtiger politischer Themen und Positionen im vorpolitischen Raum geht.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die verschiedenen Informationen über die Häufigkeit von Gesprächen über Politik, die Existenz von politischen Meinungsführern sowie über deren Parteizugehörigkeit in einer Fünf-Punkte-Skala zusammenfasst, aus der sich die heutige Verankerung der Politik im vorpolitischen Raum bzw. die heutige Rolle der Politik im Vereinsleben ablesen lässt. Unter Einbeziehung aller Organisationsformen einschließlich Stammtischen und Gesprächskreisen stufen 17% ihre

Organisation als stark im vorpolitischen Raum mit Parteieinfluss verankert ein. Weitere 17% sehen ebenfalls eine starke politische Verankerung ihrer Organisation, allerdings ohne Parteieinfluss. Darüber hinaus gibt es mit 2% den Ausnahmefall mit mäßiger politischer Verankerung trotz gleichzeitigem Parteieinfluss. Weitere 6% erkennen bei ihrer Organisation eine mäßige Rolle der Politik im Vereinsleben, allerdings ohne Parteieinfluss, während 58% der Nennungen Organisationen ohne eine nennenswerte Rolle der Politik im Vereinsleben betreffen (Abbildung 12).

Von einer starken Verankerung bzw. einer wichtigen Rolle der Politik kann nach den Definitionen bei der Bildung dieser Skala immer dann gesprochen werden, wenn in den betroffenen Organisationen regelmäßig oder aber zumindest häufiger über Politik gesprochen wird und es gleichzeitig einen Meinungsführer gibt. Ein starker Parteieinfluss wird immer dann zusätzlich unterstellt, wenn bei häufigen Gesprächen über Politik in dem jeweiligen Verein der Meinungsführer zusätzlich eine eindeutige parteipolitische Ausrichtung besitzt. Bei Fehlen einer parteipolitischen Ausrichtung wird entsprechend von einer starken Verankerung ohne Parteieinfluss ausgegangen. Die beiden Skalenpunkte mit einer mäßigen Verankerung mit oder ohne Parteieinfluss betreffen jene Vereine, in denen Gespräche über Politik eher nur gelegentlich, selten oder aber nie stattfinden. Mäßiger Parteieinfluss wird unterstellt, wenn es trotz geringer Gesprächsfrequenz einen Meinungsführer mit Parteizugehörigkeit gibt, fehlender Parteieinfluss geht mit dem Fehlen einer solchen Parteizugehörigkeit des Meinungsführers einher.

Die Bündelung dieser verschiedenen Konstellationen in der eben beschriebenen Skala vermittelt einen guten Gesamtüberblick darüber, welche Rolle die Politik im Alltag der verschiedenen Organisationsformen spielt und inwieweit eine Organisation im so genannten vorpolitischen Raum politisch verankert ist. Dies ist für die Gesamtheit aller Befragten und die von ihnen angesprochenen Organisationen bei der überwiegenden Mehrheit von 58% nur in geringem Umfang oder so gut wie gar nicht der Fall.



Bei 42% wird zwar im Regelfall von einer wichtigen Rolle der Politik im Vereinsleben berichtet. Allerdings ist dabei nur in der Hälfte der Fälle ein politischer Meinungsführer mit Parteimitgliedschaft vorhanden. Die 2% mit eher geringer Bedeutung der Politik trotz Existenz eines Meinungsführers mit Parteibuch sind wohl eher der Ausnahmefall, was weitgehend auch für jene 6% mit geringer Relevanz der Politik bei gleichzeitigem Fehlen einer solchen Parteizugehörigkeit des Meinungsführers zutrifft (Abbildung 12).

Unverkennbar sind Selbsthilfegruppen (83%), kirchliche Vereinigungen (81%), Vereine (76%) und Hilfsorganisationen (74%) im Gegensatz zu Stammtischen und Gesprächskreisen (61%) sowie den Bürgerinitiativen (54%) deutlich häufiger politisch gering oder kaum verankert. Umgekehrt spielen Querverbindungen und Verzahnungen mit der Politik bei Bürgerinitiativen (46%) sowie Stammtischen und Gesprächskreisen (39%) deutlich häufiger eine wichtige Rolle als bei den anderen Organisationen. Die Jungen berichten im Übrigen überdurchschnittlich oft bei den Hilfsorganisationen über solche Querverbindungen. Die mittleren Jahrgänge konstatieren diese etwas häufiger bei Selbsthilfegruppen, während die Älteren überdurchschnittlich oft auf eine politische Verzahnung (mit oder ohne parteipolitisch ausgerichtetem Meinungsführer) bei Bürgerinitiativen, Stammtischen und kirchlichen Vereinigungen hinweisen (Abbildung 12).

Allerdings ist der Parteieinfluss nicht ganz unerwartet bei Bürgerinitiativen vergleichsweise größer, bei Stammtischen und Gesprächskreisen hingegen relativ gering. Bei den anderen abgefragten Organisationen mit vergleichsweise geringerer politischer Verankerung ergibt sich im Hinblick auf den Parteieinfluss ebenfalls ein uneinheitliches Bild. Bei Hilfsorganisationen und Vereinen ist der Parteieinfluss durch Meinungsführer mit Parteizugehörigkeit in Relation zur politischen Verankerung ohne Parteieinfluss größer. Bei Selbsthilfegruppen und kirchlichen Vereinigungen gibt es bei ohnehin nur sehr geringer politischer Verankerung einen vergleichsweise größeren Anteil von Organisationen ohne Parteieinfluss (Abbildung 12).

In Verbindung mit der Rolle der Politik für Vereine, Verbände und Organisationen im vorpolitischen Raum ist auch von Interesse, welche Rolle die Parteien insgesamt und welche Bedeutung darüber hinaus die einzelnen Parteien im vorpolitischen Raum in Bayern haben. Erste Hinweise auf diese Frage wurden bereits durch die Befunde zu den Parteizugehörigkeiten der Meinungsführer (Abbildung 11) gegeben. Die folgende Gesamtübersicht belegt, dass sich die Verzahnung der einzelnen Organisationen im vorpolitischen Raum und damit die Bedeutung der Politik sowie der Einfluss der Parteien eher in Grenzen halten. Nur bei etwa vier von zehn der in der Untersuchung angesprochenen Vereine, Verbände und Organisationen kann von einer Verankerung der Politik (zumindest seltene Gespräche und Vorhandensein eines Meinungsführers) ausgegangen werden. In diesen Fällen ist die Verzahnung mit Politik zwar meist intensiv, findet aber nur in knapp der Hälfte der Fälle mit starkem (17%) oder mäßigem (2%) Einfluss durch politische Meinungsführer mit gleichzeitiger Parteimitgliedschaft statt (Tabelle 17).

Erwartungsgemäß ist dieser Parteieinfluss bei Bürgerinitiativen mit insgesamt 40% am größten, bei Stammtischen (8%), Selbsthilfegruppen (6%) und vor allem bei kirchlichen Vereinigungen (3%) am geringsten. Auch in Vereinen ist der Parteieinfluss mit insgesamt 12% unterdurchschnittlich. Das bedeutet umgekehrt, dass selbst bei hoher Relevanz von Politik im Vereinsleben der Parteieinfluss durch Meinungsführer seltener ist als das Fehlen solcher Meinungsführer. Von einer Monopolstellung der Volks-

Gesamtüberblick: Verankerung der Parteien in den Organisationen

Index erzeugt aus den Fragen 19a, 19b, 20a, 20b, 25, 26, 27a, 27b

Basis: Befragte, die an Veranstaltungen der jeweiligen Organisation teilnehmen bzw. die einem Stammtisch angehören

Verankerung...	Gesamt ¹⁾	In Organisationsform...					
		Vereine	Stammtische	Kirchliche Vereinigungen	Hilfsorganisationen	Bürgerinitiativen	Selbsthilfegruppen
Stark mit Parteieinfluss *	17	11	7	2	17	29	5
Mäßig mit Parteieinfluss *	2	1	1	1	0	11	1
→ CSU	7	5	4	2	8	17	1
SPD	5	5	3	-	9	11	1
Grüne	3	2	2	-	5	5	1
FDP	1	1	2	-	0	2	-
Freie Wähler	1	2	1	-	2	3	-
Sonstige	1	0	0	0	-	3	4
Weiß nicht / keine Angabe	2	2	0	1	2	7	-
Stark ohne Parteieinfluss	17	9	22	9	8	5	9
Mäßig ohne Parteieinfluss	6	3	9	7	1	1	2
Keine Verankerung	58	76	61	81	74	54	83

* Mehrfachnennungen bei den Parteien möglich
¹⁾ Bei mehreren Mitgliedschaften nur jeweils höchste Verankerung

parteien kann angesichts der alles in allem geringen Anteile von Vereinen mit starker politischer Verankerung und gleichzeitigem starken Parteieinfluss ebenso wenig gesprochen werden wie von einer Vorrangstellung der CSU im vordemokratischen Raum, weil dort sowohl bürgerliche wie auch linke Parteien bezüglich der politischen Meinungsführerschaft Anteile aufweisen, die teils weit über ihren Wahlergebnissen liegen.

3.6 Die Rolle des Internet

Bereits 1995 und 2002 wurden in den Grundlagenuntersuchungen der Hanns-Seidel-Stiftung nicht nur traditionelle Formen des bürgerschaftlichen Engagements in formellen Strukturen, sondern auch entsprechende Aktivitäten in neuen, informellen Strukturen wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen untersucht. Eine im Jahr 2010 durchgeführte Untersuchung über soziales, gesellschaftliches und politisches Engagement in Bayern wäre ohne Erweiterung des Ansatzes um die zwischenzeitlich gegebenen neuen Möglichkeiten durch das Internet unvollständig. Deshalb wird abschließend der Frage nachgegangen, ob und in welchem Umfang überhaupt Zugang zum Internet besteht (Kap. 3.6.1) und welche Arten und Formen der Nutzung des Internet im Einzelnen praktiziert werden (Kap. 3.6.2). Dabei wird der Beteiligung an Weblogs und den Einstellungen zu Weblogs als einer immer wichtiger gewordenen Möglichkeit zu sozialem, gesellschaftlichem und politischem Engagement besondere Aufmerksamkeit gewidmet (Kap. 3.6.3).

3.6.1 Internet: Zugang und Nutzungshäufigkeit

Die für Bayern erhobenen Zahlen über Zugang zum Web decken sich weitgehend mit bundesweit erhobenen aktuellen Zahlen zur Internetnutzung. Fast drei Viertel aller Bayern ab 16 Jahren haben Zugang zum Internet, bei den Jungen sogar mehr als neun von zehn und bei den mittleren Jahrgängen immerhin noch deutlich mehr als acht von zehn Befragten. Nur bei den Älteren ist die Quote mit 40% deutlich geringer (Tabelle 18).

Erwartungsgemäß haben die Jungen und Alten vergleichsweise deutlich häufiger nur privaten Zugang zum Web als die im Berufsleben stehenden 35- bis 59-Jährigen. Weder privaten noch beruflichen Zugang zum Internet haben somit nur 3% der Jungen, 13% der mittleren Generation, aber immerhin noch 57% der Älteren. Damit ergeben sich eigentlich nur bei den Älteren signifikante grundsätzliche Einschränkungen bezüglich der Möglichkeit der Nutzung des Internet für neue Formen des bürger-schaftlichen Engagements (Tabelle 18).

		Alter (Jahre)				
		Gesamt	Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	Differenz Jung – Alt
Internetnutzung						
Ja (gesamt)		74	92	84	40	+52
→ Ja, <u>nur</u> privat		42	58	42	27	+31
→ Ja, <u>nur</u> geschäftlich		4	5	5	1	+4
→ Ja, <u>sowohl als auch</u>		28	29	37	12	+17
Nein, weder privat, noch geschäftlich		23	3	13	57	-54
Weiß nicht / keine Angabe		3	5	3	3	+2

Die zwischen den Generationen erkennbaren Unterschiede bezüglich der grundsätzlichen Zugangsmöglichkeiten zum Internet finden im Übrigen ihre Entsprechung bei der Intensität der privaten und geschäftlichen Nutzung des Internet. Die Jungen nutzen das Internet privat mit eindeutiger Mehrheit täglich, die mittlere Generation mehrheitlich täglich bis eher wöchentlich, während sich bei den Älteren überdurchschnittliche Werte für „monatlich oder seltener“ oder „gar keine private Nutzung“ ergeben. Diese Nutzungsmuster gelten in noch stärkerer Form für die geschäftliche Nutzung, wobei sich hier auch bei den Jungen – teils wegen noch nicht erfolgten Einstiegs in das Berufsleben – ebenfalls unterdurchschnittliche Quoten für eine tägliche Nutzung ergeben (Tabelle XIX im Anhang).

Unterschiede in der Nutzungsintensität des Internet sind aber nicht nur bei den Generationen erkennbar, sondern auch im Hinblick auf die allgemeine Parteineigung. Anhänger der Grünen, der Freien Wähler, der Linkspartei sowie Befragte ohne Angabe zur Parteineigung gehören überdurchschnittlich oft zu den täglichen privaten Nutzern. Anhänger der Union, der Freien Wähler und der FDP nutzen das Internet zudem vergleichsweise häufiger täglich zu beruflichen Zwecken. Überdurchschnittliche Werte für fehlenden privaten Internetzugang finden sich bei Anhängern der SPD, der FDP und Befragten ohne Parteineigung, während wiederum Befragte ohne Parteineigung, aber auch ohne Angaben zu ihrer Parteineigung überdurchschnittlich oft auch keine geschäftlichen Nutzungsmöglichkeiten besitzen (Tabelle XX im Anhang).

Trotz inzwischen hoher Verbreitungsraten für private und geschäftliche Internetnutzung wird erkennbar, dass die Älteren derzeit wegen geringerer Zugangsmöglichkeiten und einer entsprechend geringeren Nutzungsintensität geringere Chancen haben, neue Formen des Engagements im Web zu praktizieren. Dies gilt in einem geringeren Umfang auch für Personen ohne Parteineigung. Somit ist derzeit davon auszugehen, dass vor allem jüngere Befragte und die mittleren Jahrgänge mit einer Parteineigung schon wegen der besseren Zugangsmöglichkeiten eher zu den neuen Formen der Beteiligung im Web tendieren.

3.6.2 Arten und Formen der Internetnutzung

Fragen zu Arten und Formen der Internetnutzung bestätigen diese Hypothese. Beim täglichen oder zumindest wöchentlichen Senden und Empfangen von E-Mails liegen die Generationen mit 93% bei den Jungen, 89% bei den mittleren Jahrgängen und 77% bei den Älteren noch relativ nahe beieinander. Bei der insgesamt zweithäufigsten Aktivität der Nutzung von Videoportalen wie z. B. YouTube, gibt es hingegen die größten Diskrepanzen. Diese Nutzungsform praktizieren täglich oder wöchentlich 52% der Jungen, aber nur 19% der mittleren Jahrgänge und sogar nur 9% der Alten (Abbildung 13).

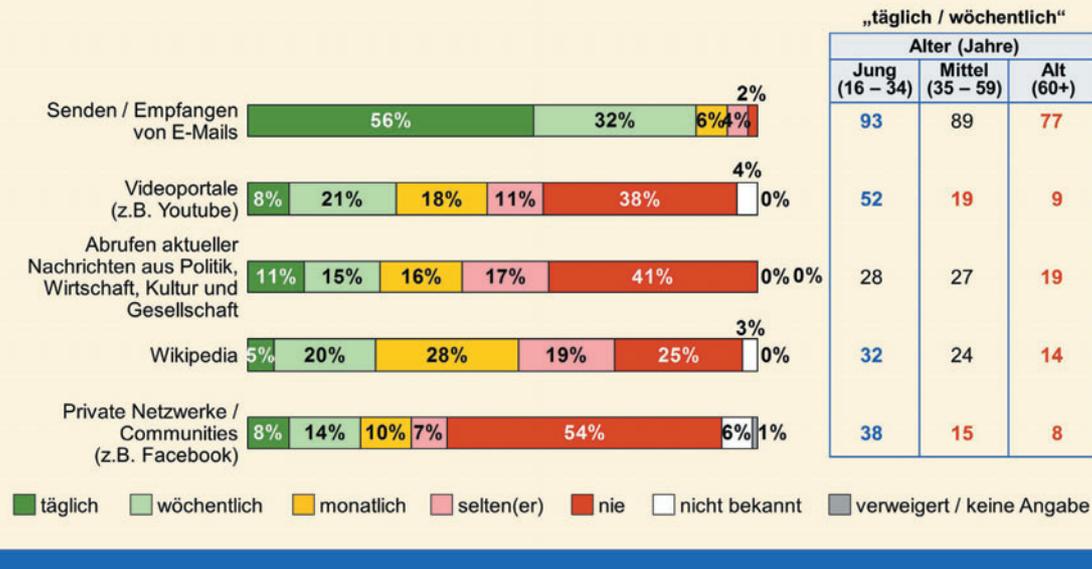
Bei der insgesamt dritthäufigsten Aktivität, dem Abrufen aktueller Nachrichten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft sind die Diskrepanzen zwischen den Generationen hingegen wieder deutlich geringer. Dies gilt tendenziell auch für die von insgesamt einem Viertel der Bayern praktizierte tägliche oder zumindest wöchentliche Nutzung von Lexika wie Wikipedia, während die Unterschiede bezüglich des Besuchs von privaten Netzwerken wie Facebook wieder etwas größer ausfallen. Für alle diese bisher dargestellten fünf Nutzungsformen des Internet ergibt sich bei einer Fokussierung auf tägliche oder wöchentliche Nutzung eine klare Rangfolge, bei der die Jungen die höchsten und die mittleren Jahrgänge die zweithöchsten Nutzungshäufigkeiten aufweisen. Die Älteren haben im Gegensatz dazu die geringsten Nutzungsquoten. Diese fallen für die Videoportale und die privaten Netzwerke sogar nur einstellig aus (Abbildung 13).

Im Vergleich zu den bisher angesprochenen Arten und Formen der Internetnutzung sind die täglichen oder wöchentlichen Nutzeranteile für Foto- und Lesezeichensammlungen, berufliche Netzwerke wie XING, Webseiten und Informationen politischer Parteien sowie Weblogs zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen deutlich niedriger und nur im Falle der Jungen bei Foto- und Lesezeichensammlungen mit 15% zweistellig (Abbildung 14).

Formen der Internetnutzung /1

Frage 31

Basis: Internetnutzer (74% aller Befragten)



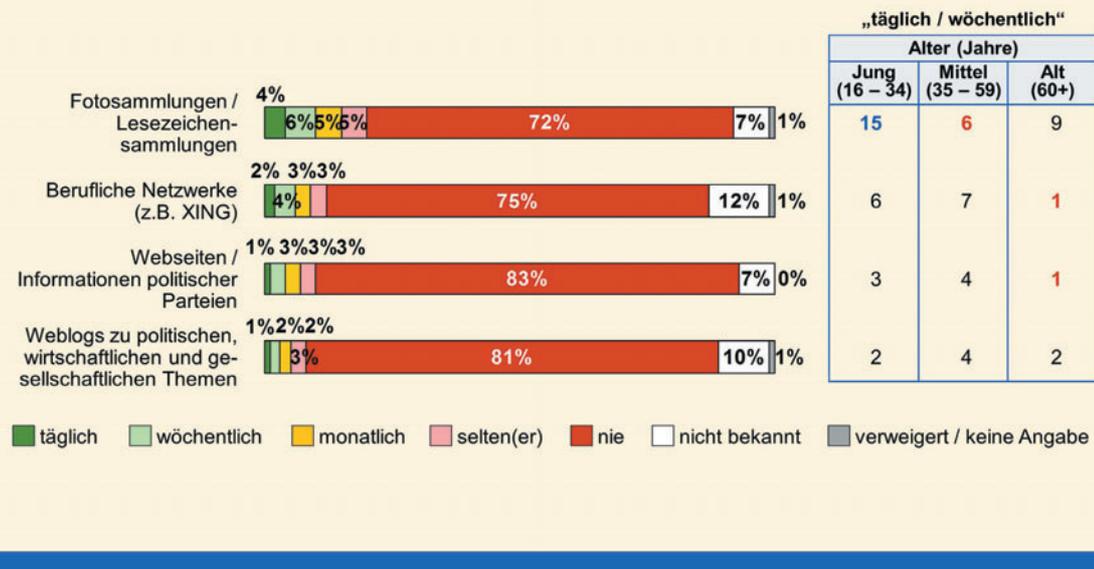
Im Hinblick auf die verschiedenen Nutzungsformen des Internet wird bezüglich der Gesamtheit aller Befragten im Übrigen eine Trennungslinie erkennbar zwischen den ersten vier von der Gesamtheit aller Befragten am häufigsten praktizierten Nutzungsformen wie E-Mails, Videoportale, Nachrichtenabruf und Lexikanutzung einerseits sowie allen anderen abgefragten Arten der Nutzung. Bereits bei den privaten Netzwerken gibt nämlich eine absolute Mehrheit von 54% aller Befragten an, diese Möglichkeit nie zu nutzen, während private Communities zudem weiteren 6% aller Befragten überhaupt nicht bekannt sind (Abbildung 13). Noch deutlicher fallen die Anteile für Nichtnutzung und mangelnde Bekanntheit bei Foto- und Lesezeichensammlungen (79%), beruflichen Netzwerken (87%), Informationen und Webseiten politischer Parteien (90%) und bei den Weblogs zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen (91%) aus. Bei den Weblogs bekennen sich ähnlich den Informationen und Webseiten politischer Parteien 81% dazu, diese nie zu nutzen, während weitere 10% Weblogs gar nicht kennen (Abbildung 14).

Insgesamt lassen die Antworten zu den verschiedenen Arten und Formen der Internetnutzung deutlich erkennen, dass es analog zu den unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zum Web erhebliche generationenspezifische Unterschiede in den Nutzungshäufigkeiten der einzelnen Angebote gibt und dass die Älteren bereits bei konventionellen Formen der Internetnutzung mit Ausnahme des Sendens und Empfangens von E-Mails sehr niedrige Nutzungshäufigkeiten aufweisen. Unverkennbar werden abgesehen von privaten Netzwerken andere Möglichkeiten der Internetnutzung wie Fotosammlungen, berufliche Netzwerke, Webseiten von Parteien und Weblogs im Regelfall aber auch von jüngeren Menschen nur in Ausnahmefällen genutzt. Dies deutet darauf hin, dass die neuen Formen sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagements im Internet noch nicht die ihnen zugeschriebene Relevanz und Breitenwirkung in der Bevölkerung entfaltet haben.

Formen der Internetnutzung /2

Frage 31

Basis: Internetnutzer (74% aller Befragten)



3.6.3 Einstellungen zu Weblogs

Angesichts der Zweitberichterstattung der Medien über Inhalte von Weblogs, der vermuteten Auswirkungen von Weblogs auf die öffentliche und veröffentlichte Meinung sowie der grundsätzlichen Nutzungsmöglichkeiten für Weblogs für bürgerschaftliches Engagement wurde den Einstellungen zu Weblogs nochmals intensiver durch zusätzliche Fragen nachgegangen. Bei der explizit gestellten Frage nach der gestützten Bekanntheit von Weblogs geben insgesamt 11% der Befragten an, bisher von Weblogs viel gehört oder gelesen zu haben, während weitere 19% zumindest teilweise etwas gehört oder gelesen haben wollen. Weitere 70% geben hingegen zu, Weblogs nicht zu kennen, oder beantworten diese Frage nicht. Überdurchschnittlich hohe Bekanntheitsgrade für die Weblogs ergeben sich übrigens bei Befragten ohne Konfession, mit einer Parteineigung zu Gunsten der Grünen, bei täglicher privater und beruflicher Internetnutzung sowie bei höheren Bildungsabschlüssen (Abbildung V im Anhang).

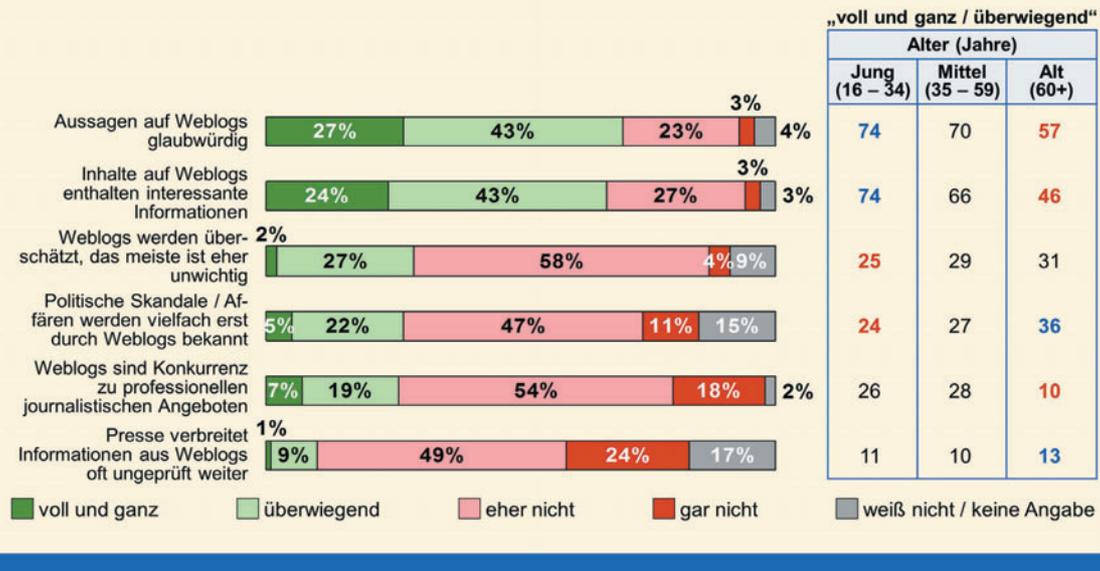
Bei den Einstellungen zu Weblogs, die nur bei jenen 30% Befragten ermittelt wurden, die viel oder etwas über Weblogs gehört oder gelesen hatten, ergeben sich im Hinblick auf die einzelnen zur Beurteilung vorgelegten Aussagen sehr unterschiedliche Raten der Zustimmung und Ablehnung. So bekunden 70% und hier vor allem jüngere und mittlere Altersjahrgänge, dass Aussagen und Inhalte von Weblogs glaubwürdig sind. Eine ähnlich hohe Zustimmungquote von 67% ergibt sich auch für die Aussage, dass Inhalte auf Weblogs interessante Informationen enthalten (Abbildung 15).

Bereits diese beiden hohen Zustimmungsraten zu Glaubwürdigkeit und Attraktivität der Informationen lassen erkennen, dass diejenigen, denen Weblogs bekannt sind, dieser neuen Nutzungsform des Web grundsätzlich ausgesprochen positiv gegenüberstehen. Dies gilt im Übrigen auch für die Relevanz der in Weblogs verbreiteten

Einstellungen zu Weblogs

Frage 33

Basis: Viel oder etwas über Weblogs gehört / gelesen (30% aller Befragten)



Informationen. Nur knapp drei von zehn Kennern von Weblogs stimmen nämlich der Aussage zu, dass Weblogs überschätzt werden und dass die meisten dort verbreiteten Inhalte eher unwichtig sind (Abbildung 15).

Allerdings werden die Weblogs nicht als jenes Medium angesehen, durch das politische Skandale erst bekannt werden. Diese Ansicht vertreten nur 27% aller, aber immerhin 36% der älteren Befragten. Weblogs werden auch nur von einem guten Viertel aller Befragten als Konkurrenz zu professionellen journalistischen Angeboten angesehen. Bei den Älteren meint dies sogar nur jeder Zehnte. Dass professionelle journalistische Angebote nicht durch Weblogs substituiert werden können, wird nicht nur daran erkennbar, dass man in Weblogs keine Konkurrenz zu professionellen journalistischen Angeboten sieht, durch die Skandale erst aufgedeckt werden, sondern dass man nur in Ausnahmefällen (10%) davon ausgeht, dass die Presse Informationen aus Weblogs ungeprüft weiter verbreitet (Abbildung 15).

Alles in allem wird erkennbar, dass die Bekanntheit von Weblogs eher begrenzt und eher bei jüngeren und besser Gebildeten überdurchschnittlich hoch ist. Diejenigen, die diese Nutzungsmöglichkeit des Web kennen, besitzen bezüglich Glaubwürdigkeit und Attraktivität mit überwältigender Mehrheit eine ausgesprochen positive Grundhaltung gegenüber Weblogs, die jedoch aus ihrer Sicht professionelle journalistische Angebote keineswegs überflüssig machen. Weblogs sind somit bisher nur für etwa drei von zehn Bayern eine interessante und sinnvolle Ergänzung zu professionellen journalistischen Angeboten und überhaupt nur für etwa 6% der Bevölkerung (8% von 74% Internetnutzern) eine eher seltener wahrgenommene Option aus dem breiten Angebot des Internet.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftliches Engagement

Im Hinblick auf partizipationsrelevante Grundeinstellungen wird in der Zeitreihenbetrachtung für das politische Interesse eine gewisse Polarisierungstendenz erkennbar, wobei die Anteile der sehr stark und der gar nicht Interessierten neuerdings unabhängig vom Alter in allen Generationen zugenommen haben. Die größten Zuwächse an Politik gar nicht (mehr) Interessierter sind dabei vor allem bei den mittleren Altersjünglingen und bei den Jüngeren festzustellen. Diese Veränderungen des politischen Interesses mit stärker polarisierten Einstellungen deuten eher auf einen längerfristigen Prozess hin, bei dem je nach Art der Polarisierung Partizipation und Engagement gefördert oder aber gehemmt werden. Die im Vergleich zum Vorjahr starke Zunahme gar nicht (mehr) Interessierter dürfte zudem ein Beleg dafür sein, dass zumindest Teile der Bevölkerung nicht nur bei der politischen Partizipation, sondern auch bei anderen Formen des Engagements mehr Zurückhaltung üben.

Die erheblichen Einstellungsschwankungen im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit und die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft legen die Vermutung nahe, dass diese Einstellungen ungeachtet einer grundsätzlich eher kritischen Sicht in Zyklen verlaufen und anfälliger für die zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden politischen Rahmenbedingungen sind. Die Bewertungen zu Demokratie und Gerechtigkeit fielen 2002/2003 und jetzt wieder 2010 besonders kritisch aus. Ein genereller, bürgerschaftliches Engagement beeinflussender negativer Trend dieser Einstellungen ist allerdings in den letzten zehn Jahren nicht auszumachen. Sorge machen muss in diesem Zusammenhang eher die Tatsache, dass Demokratie und Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft grundsätzlich mäßig beurteilt werden, was zumindest in Teilgruppen der Gesellschaft Partizipationsbereitschaft und Engagement nicht gerade fördern dürfte.

Werte und Wertewandel hemmen grundsätzlich eher wegen der abnehmenden Relevanz von gemeinschaftsbezogenen Werten zu Gunsten von die Individualität fördernden Grundorientierungen die Bereitschaft zu politischem, sozialem und gesellschaftlichem Engagement. Dennoch gibt es auch weiterhin Grundorientierungen, die Menschen zumindest zu temporärem Engagement für konkrete Ziele motivieren können. Solche Formen des bürgerschaftlichen Engagements müssen aber nicht unbedingt in den traditionellen Strukturen mit Vereinen, Verbänden und Organisationen ablaufen. Eine gute Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement ist, dass man über ein Spektrum von bestimmten Grundorientierungen verfügt, sich deren individueller Relevanz bewusst ist, sich im alltäglichen Handeln danach ausrichtet und sich dabei auch in weitgehender Übereinstimmung mit den meisten anderen Menschen fühlt. Allerdings fällt auch jene Teilgruppe der Gesellschaft mit erheblichen Diskrepanzen zwischen eigenen Grundüberzeugungen und den Wertorientierungen der meisten anderen Menschen (11%) für Partizipation und gesellschaftliches Engagement keineswegs aus. Gerade Minderheiten suchen nämlich im Falle gemeinsamer Interessenlagen oft den Schulterschluss mit Gleichgesinnten, um ihre Interessen in der Öffentlichkeit in organisierter Form möglichst effektiv zu vertreten.

Ungeachtet einer inzwischen geringen Bedeutung der Sozialstruktur für eine langfristige Parteibindung und trotz permanent sinkender Wahlbeteiligung bekennen sich die meisten Wahlberechtigten weiterhin zu einer grundsätzlichen Parteineigung, die allerdings im Regelfall bei Änderung des Wahlverhaltens gleichzeitig mit verändert

wird. Bei der Entwicklung der allgemeinen Parteineigung gab es in den letzten fünf Jahren jedoch keine Entwicklungen, die politische Partizipation und entsprechendes Engagement nachhaltig beeinträchtigen könnten. Allerdings hat Parteineigung heute eine andere Qualität. Sie ist im Regelfall weniger grundsätzlich und langfristig angelegt und fördert daher eher kurzfristiges, zeitlich begrenztes und vermutlich auch eher themenbezogenes Engagement.

Die stetig gesunkene Wahlbeteiligung muss jedoch Anlass zur Sorge geben, zumal die Gründe hierfür zunehmend weniger in Ermüdungserscheinungen einer in die Jahre gekommenen repräsentativen parlamentarischen Demokratie gesehen, sondern verstärkt mit dem Ärger über aktuelle politische Vorgänge in Verbindung gebracht werden. Angesichts der seit Jahren rückläufigen Wahlbeteiligung sind die gegenüber 2005 höheren Bevölkerungsanteile, die angeben, sich an „fast allen Wahlen“ zu beteiligen, nicht plausibel, auch wenn die Formulierung „fast“ beim Beantworten Interpretationsspielräume offen lässt.

Plausibel sind hingegen im Zeitreihenvergleich die Selbsteinstufungen mit zwar immer noch hohen, aber deutlich rückläufigen Anteilen für die Kategorie „typischer Stammwähler“ und einer entsprechenden Zunahme der Einstufung als „typischer Wechselwähler“. Bemerkenswert ist dabei, dass sich nicht nur die Jüngeren, sondern auch die Älteren zunehmend häufiger als typische Wechselwähler bezeichnen. Die Existenz einer im Vergleich zu früheren Zeiten im Regelfall schwächeren „grundsätzlichen“ Parteibindung stärkt deshalb insbesondere bei bürgerlichen Wählern in Umfragen regelmäßig die Teilnahmebereitschaft für eine bevorstehende Wahl („Wählen ist Staatsbürgerpflicht.“), aber nicht unbedingt die Tendenz, immer die gleiche Partei zu wählen. Allerdings reicht die Parteibindung bei schwacher oder fehlender Wichtigkeit einer Wahl oft nicht mehr aus, den guten Vorsatz der Teilnahme am Wahlsonntag auch in die Tat umzusetzen.

In Verbindung mit den Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement werden schon seit längerer Zeit Schuldgefühle erkennbar, weil relativ konstant ein gutes Drittel der Bayern ohne Einschränkungen die Ansicht vertritt, dass sich die meisten Menschen in Deutschland zu wenig sozial und gesellschaftlich engagieren. Auch im Hinblick auf die eigene Person gibt es offensichtlich ein schon traditionell schlechtes Gewissen, weil auch 2010 immer noch knapp die Hälfte der Bayern zugibt, sich selbst zu wenig zu engagieren. Dabei dürften schlechte oder fehlende Möglichkeiten zum Engagement vor Ort eher nur in Ausnahmefällen eine akzeptable, plausible Begründung für mangelndes Engagement sein. Im Vergleich zu früheren Untersuchungen werden nämlich die Rahmenbedingungen für ein persönliches Engagement sogar noch besser beurteilt als 1995 und 2002.

Engagement in traditionellen und neuen Strukturen

Die höchsten Bevölkerungsanteile in Bayern sind weiterhin in Vereinen verschiedenster Zielsetzung engagiert. Unverkennbar ist aber auch ein Rückgang der Mitgliedschaft in Vereinen von 48% auf 43% seit 1995. Ähnliches gilt auch für die politischen Parteien mit einer Verringerung der Quote um ca. ein Drittel auf 6%. Im Gegenzug ist bei den Bürgerinitiativen eine erhebliche Zunahme der Zugehörigkeit von 8% im Jahr 1995 auf nunmehr 14% festzustellen. Weil sich bei Umfragen zu politischen Themen eher politische Interessierte und somit auch Parteimitglieder überproportional beteiligen, sind diese Quoten zwar systematisch überhöht, dennoch haben die Veränderung der Quoten für eine Mitgliedschaft in Politischen Parteien

und Bürgerinitiativen aber als Trend hohe Aussagekraft. Eine Entwicklung zu weniger dauerhaftem und eher informellem Engagement zu Lasten der Vereine und Parteien ist unverkennbar.

Die Jungen engagieren sich grundsätzlich seltener. Das gilt vor allem für kirchliche Organisationen und politische Parteien. Die mittleren Altersgruppen sind nahezu überall durchschnittlich oft vertreten, aber überdurchschnittlich oft Mitglied bei Vereinen und Hilfsorganisationen. Auch die Älteren verhalten sich meist dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechend. Sie sind aber bei Vereinen und Hilfsorganisationen vergleichsweise seltener, dafür aber in kirchlichen Vereinigungen überdurchschnittlich oft vertreten.

Die Anhänger der Volksparteien CSU und SPD sind besonders oft in Vereinen und kirchlichen Vereinigungen engagiert, dafür aber eher etwas seltener in Bürgerinitiativen aktiv. Signifikante Unterschiede zwischen den Anhängern der CSU und der SPD bestehen eigentlich nur im Hinblick auf die Mitgliedschaft in Hilfsorganisationen. SPD-Anhänger sind hier überdurchschnittlich aktiv. Die Verhaltensmuster des bürgerschaftlichen Engagements der Anhänger der anderen Parteien unterscheiden sich in Teilaspekten oder aber teils auch generell deutlich von den Anhängern der Volksparteien, z. B. durch geringeres Engagement in kirchlichen Vereinigungen und Hilfsorganisationen und häufigere Zugehörigkeit zu Selbsthilfegruppen (Anhänger Grüne und Freie Wähler) oder Bürgerinitiativen (Anhänger Grüne und Die Linke). Befragte ohne Parteineigung oder ohne Angabe einer Parteineigung tendieren wie die Generation der Jungen generell zu einem geringeren Engagement. Letztere sind jedoch überdurchschnittlich oft in einer Bürgerinitiative aktiv.

Mit einem Anteil von 43% Zugehörigkeit zu einem Stammtisch oder Gesprächskreis liegt diese bei der Untersuchung bürgerschaftlichen Engagements oftmals übersehene Aktivität gemeinsam mit der Zugehörigkeit zu einem Verein mit weitem Abstand vor allen anderen abgefragten Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements, wobei die mittlere Generation und die Älteren, die Oberbayern und vor allem CSU-Anhänger an Stammtischen oder Gesprächskreisen besonders häufig teilnehmen.

Geplante Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen

Im Hinblick auf eine konkret geplante Mitgliedschaft und auch bezüglich einer grundsätzlichen Offenheit für eine Mitgliedschaft besitzen Vereine jedweder Art, Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen sowie auch kirchliche Verbände im Vergleich zu Parteien und Selbsthilfegruppen die vergleichsweise größten Potenziale. Auch bei Stammtischen und Gesprächskreisen gibt es ein beträchtliches, noch nicht ausgeschöpftes Potenzial. Darüber hinaus lässt sich aus den Vergleichswerten für 2002 kein Trend zu geringerem bürgerschaftlichen Engagement ablesen. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Bei allen Organisationsformen mit Ausnahme der Parteien sind die Potenziale etwas größer als 2002.

Erstaunlich hoch ist auch die Bereitschaft zu einem weiteren bürgerlichen Engagement, bei Personen, die bereits Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder einer sonstigen Organisation sind. Offenbar ist ein bereits erfolgtes Engagement eher stimulierend als hemmend für weitere Aktivitäten. Allerdings zeigt sich, dass die Jungen im Gegensatz zu den mittleren Jahrgängen und den Älteren grundsätzlich weniger Offenheit bzw. weniger konkrete Pläne für bürgerschaftliches Engagement bekunden. In diesem Zusammenhang ist die Frage von besonderem Interesse, ob das

erkennbare geringere Engagement der Jungen mit zunehmendem Alter abgebaut wird, weil in einer späteren Lebensphase ein Engagement durch die biographische Situation als notwendiger erachtet wird. Ebenso ist es aber auch denkbar, dass die heutige Generation der Jungen vor dem Hintergrund des Wertewandels und veränderter Rahmenbedingungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ihr bisher relativ geringes Engagement in späteren Lebensphasen beibehält, was dann zu einer nachhaltigen Veränderung bürgerschaftlichen Engagements führen könnte. Diese Frage kann mit Hilfe von Folgeuntersuchungen erst in späteren Jahren beantwortet werden.

Erkennbar ist bisher, dass traditionelle Formen des Engagements wie in Vereinen etwas und vor allem in Parteien gegenüber früheren Jahren erhebliche Einbußen hinnehmen mussten, während das Engagement in Hilfsorganisationen leicht und in Bürgerinitiativen erheblich zugenommen hat. Dies ist in jedem Fall eine gewisse Abkehr vom traditionellen, auf Dauer angelegten Engagement zu Gunsten temporärer Aktivitäten. Dies kann, aber muss nicht unbedingt zugleich auch ein Indiz für einen Bedeutungsverlust der Politik zu Gunsten sozialer oder gesellschaftlicher Aktivitäten mit entsprechender persönlicher Relevanz sein.

Motive für Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen

Die insgesamt am häufigsten genannten Motive für eine Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden oder Organisationen sind die Befriedigung des Bedürfnisses nach Gemeinschaftsgefühl und Geselligkeit, gefolgt vom Wunsch nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung auf Basis persönlicher Neigungen und Interessen sowie gesellschaftliche und soziale Motive. Danach spielen aber auch konkrete Anliegen und Themen, der Wunsch nach Information und Dialog sowie nach Interessenvertretung und bürgerschaftlichem Engagement bei allen Organisationsformen eine mehr oder weniger große Rolle, während die „Stammtischatmosphäre“ ein nur für Stammtische und Gesprächskreise relevantes Motiv für eine Zugehörigkeit ist.

Die Gründe für eine Mitgliedschaft werden in Abhängigkeit von der jeweils betroffenen Organisationsform teils sehr unterschiedlich gewichtet. Spezifische Formen des Engagements erfolgen somit keineswegs zufällig, sondern meist auf Basis unterschiedlicher individueller Bedürfnisse. Dennoch lassen sich aber auch zwischen verschiedenen Organisationsformen Ähnlichkeiten in der Gewichtung der Beitrittsgründe erkennen. Diese stimmen bei Vereinen, sonstigen Vereinen und kirchlichen Vereinigungen einerseits, aber auch bei Bürgerinitiativen und Hilfsorganisationen andererseits weitgehend überein. Auch Stammtische und Gesprächskreise ähneln abgesehen von der nur hier relevanten besonderen Attraktivität der Stammtischatmosphäre hinsichtlich der Beitrittsmotive den Selbsthilfegruppen, während politische Parteien eher eine Sonderstellung einnehmen.

Umfang und Art des Engagements

Im Hinblick auf die Häufigkeit der Teilnahme bei der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements gibt es eine Trennlinie zwischen den häufiger besuchten Stammtischen, Vereinen, Parteien und kirchlichen Vereinigungen einerseits sowie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Hilfsorganisationen andererseits. Letztere haben es offenbar deutlich schwerer, ihre Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu motivieren.

Im Vergleich mit 2002 sind trotz der damals geringen Fallzahl Trends und Tendenzen eindeutig. Bei den Vereinen gibt es im Hinblick auf häufige Teilnahme keine Veränderungen. Bei Hilfsorganisationen verschiebt sich die Teilnahmehäufigkeit jedoch deutlich Richtung häufigere oder regelmäßige Teilnahme. Erhebliche Verluste vor allem im Hinblick auf regelmäßige Teilnahme müssen nicht ganz unerwartet die Parteien hinnehmen, überraschenderweise aber auch die Bürgerinitiativen, die wie die Parteien ebenfalls deutlich höhere Quoten mit gelegentlicher oder seltener Besuchsfrequenz aufweisen. Damit zählen bezüglich der Intensität des Engagements Bürgerinitiativen und vor allem Parteien eher zu den Verlierern und die Hilfsorganisationen eher zu den Gewinnern. Darüber hinaus bekleiden ebenfalls weniger Befragte mit Mitgliedschaft in einer Partei oder Bürgerinitiative als 2002 eine Funktion oder ein Ehrenamt, ein Phänomen, das im Übrigen trotz regelmäßigerer Teilnahme auch für Hilfsorganisationen gilt. In diesem Zusammenhang muss die Tatsache Anlass zur Besorgnis geben, dass die Jungen sowohl in traditionellen als auch neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements mit Ausnahme von Stammtischen und Bürgerinitiativen unterdurchschnittliches Engagement zeigen.

Bei der Reduktion der Einzelantworten auf Fragen zu Umfang und Art der Partizipation auf vier Skalen des Engagements sowohl für traditionelle und neue Organisationsformen einerseits als auch für die Politik und Stammtische und Gesprächskreise andererseits ist das Gesamtbild trotz der geschilderten Veränderungen seit 2002 immer noch eindeutig. Die traditionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements einschließlich der Stammtische und Gesprächskreise finden immer noch die bei weitem höchste Akzeptanz. Diese Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden am häufigsten praktiziert und finden auch bei den (noch) nicht Zugehörigen die größte Resonanz. Traditionelle Formen des Engagements werden nämlich explizit nur von einem Sechstel der Befragten abgelehnt, Stammtische und Gesprächskreise wegen ihres besonderen Charakters immerhin schon von der Hälfte der Bayern. Dagegen werden neue Formen des Engagements wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen sogar von zwei Dritteln und ein Engagement in der Politik sogar von mehr als acht von zehn der Bayern abgelehnt. Die traditionellen Formen des Engagements befinden sich somit zumindest in Bayern nicht im Niedergang zu Gunsten neuer Beteiligungsmöglichkeiten. Allerdings gibt es im Spektrum der traditionellen Strukturen bei praktiziertem und geplantem Engagement eine deutliche Verschiebung zu Lasten von Parteien und teilweise auch der klassischen Vereine, von der primär Hilfsorganisationen und kirchliche Vereinigungen zu profitieren scheinen.

Rolle und Verankerung der Politik im vorpolitischen Raum

Der vorpolitische Raum mit seiner großen Vielfalt an Vereinen, Verbänden und Organisationen dient im Gegensatz zu politischen Parteien nicht primär der Beschäftigung mit Politik, auch wenn je nach Aufgabe und Zielsetzung der dort agierenden Organisationen die Politik mehr oder weniger stark in deren alltägliche Aktivitäten mit hineinspielt. Hohe Quoten für regelmäßige oder häufige Gespräche über Politik sind ein klarer Beleg dafür, dass der sogenannte vorpolitische Raum heute keineswegs entpolitisiert ist und dass man sich inzwischen nur noch wenig oder gar nicht mit politischen Fragen beschäftigt.

Insgesamt ist die Verzahnung der einzelnen Organisationen im vorpolitischen Raum mit der Politik jedoch eher begrenzt und damit die Bedeutung der Politik sowie der Einfluss der Parteien eher gering. Nur bei etwa vier von zehn der in der Untersuchung angesprochenen Organisationen kann von größerer Relevanz der Politik ausgegangen

werden. In diesen Fällen ist die Verzahnung mit Politik zwar meist intensiv, findet aber nur in knapp der Hälfte der Fälle, d. h. bei knapp einem Fünftel aller Organisationen, mit starkem oder mäßigem Einfluss durch politische Meinungsführer mit gleichzeitiger Parteimitgliedschaft statt.

Der Parteieinfluss ist bei Bürgerinitiativen am größten, bei Stammtischen, Selbsthilfegruppen und vor allem bei kirchlichen Vereinigungen am geringsten. Auch in Vereinen ist der Parteieinfluss eher unterdurchschnittlich. Eine Dominanz der Volksparteien im vorpolitischen Raum Bayerns ist nicht gegeben. Sowohl bürgerliche wie auch linke Parteien weisen bezüglich der ohnehin eher den Ausnahmefall beschreibenden politischen Meinungsführerschaft Anteile auf, die teils weit über ihren Wahlergebnissen liegen.

Die Rolle des Internet

Trotz inzwischen hoher Verbreitung für private und geschäftliche Internetnutzung wird erkennbar, dass die Älteren derzeit wegen geringerer Zugangsmöglichkeiten und einer entsprechend geringeren Nutzungsintensität geringere Chancen haben, neue Formen des Engagements im Web zu praktizieren. Dies gilt in einem geringeren Umfang auch für Personen ohne Parteineigung bzw. ohne Angaben zur Parteineigung. Derzeit ist davon auszugehen, dass vor allem jüngere Befragte und die mittleren Jahrgänge mit Parteineigung schon wegen der besseren Zugangsmöglichkeiten eher zu den neuen Formen der Beteiligung im Web tendieren.

Analog zu den unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zum Web gibt es ebenfalls erhebliche generationenspezifische Unterschiede in den Nutzungshäufigkeiten der einzelnen Angebote. Unverkennbar werden abgesehen von privaten Netzwerken andere Möglichkeiten der Internetnutzung wie Fotosammlungen, berufliche Netzwerke, Webseiten von Parteien und Weblogs im Regelfall auch von jüngeren Menschen eher nur in Ausnahmefällen genutzt. Dies deutet darauf hin, dass die neuen Formen sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagements im Internet noch nicht die ihnen zugeschriebene Relevanz und Breitenwirkung in der Bevölkerung entfaltet haben.

Die Bekanntheit von Weblogs ist eher begrenzt und eher bei jüngeren und besser Gebildeten überdurchschnittlich hoch. Diejenigen, die diese Nutzungsmöglichkeit des Web kennen, besitzen bezüglich Glaubwürdigkeit und Attraktivität mit überwältigender Mehrheit eine ausgesprochen positive Grundhaltung gegenüber Weblogs, die jedoch aus ihrer Sicht professionelle journalistische Angebote keineswegs überflüssig machen. Weblogs sind somit bisher nur für etwa drei von zehn Bayern eine interessante und sinnvolle Ergänzung zu professionellen journalistischen Angeboten und überhaupt nur für etwa 6% der Bevölkerung (8% von 74% Internetnutzern) eine eher seltener wahrgenommene Option aus dem breiten Angebot des Internet.

Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Vielzahl der Einzelbefunde der neuen Grundlagenuntersuchung der Hanns-Seidel-Stiftung in Verbindung mit den Zeitreihenvergleichen mit früheren Untersuchungen der Stiftung aus den Jahren 1995/96 und 2002 ziehen? Unverkennbar hat der Wertewandel seit den 90er-Jahren als eine kontinuierlich verlaufende Entwicklung mit einer Abkehr von gemeinschaftsbezoge-

nen und einer Zunahme der Relevanz individualistischer Wertorientierungen zu Veränderungen beim sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement geführt.

Allerdings sind die Veränderungen nicht quantitativer, sondern vor allem qualitativer Natur. Das traditionelle Engagement in Vereinen ist zwar immer noch am größten, aber seit 1995/96 um 10% zurückgegangen. Vergleichsweise drastisch ist der Einbruch bei den Parteien. Gleichzeitig hat es aber bei Hilfsorganisationen eine deutliche Zunahme bürgerschaftlichen Engagements um 10% und vor allem bei Bürgerinitiativen um 75% gegeben. Das bedeutet, dass 8% der Bevölkerung nicht mehr im gleichen, früher üblichen Umfang in Vereinen und Parteien aktiv sind. Da aber gleichzeitig 8% mehr Bayern als vor 15 Jahren bei Hilfsorganisationen und vor allem Bürgerinitiativen mitmachen, hat sich das Engagement insgesamt nicht verringert, sondern auf neue Formen und Strukturen verlagert.

Nicht nur wegen der Größenordnungen des bereits praktizierten bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch wegen der großen grundsätzlichen Offenheit und bereits bestehender Pläne für entsprechende Aktivitäten sind Befürchtungen, dass wir zunehmend auf eine Gesellschaft ohne soziales, gesellschaftliches und politisches Engagement zusteuern, nicht angebracht. Die Zukunftsperspektiven für nahezu alle Formen des bürgerschaftlichen Engagements mit Ausnahme der Vereine und vor allem der Parteien sind deshalb positiv, auch wegen der Häufigkeit und Intensität der Teilnahme bei bereits bestehendem Engagement. Dies gilt auch für die oftmals übersehene und mitunter belächelte Form des Engagements bei Stammtischen und Gesprächskreisen.

Anlass zur Besorgnis gibt jedoch die sich bei einigen Organisationsformen abzeichnende Tendenz, sich über eine regelmäßige Teilnahme hinaus nicht mehr noch stärker, z. B. durch Übernahme von Funktionen und Ämtern zu engagieren. Ein weiterer Grund zur Besorgnis besteht wegen der unverkennbaren Tendenz der Jungen, sich nicht nur bezüglich Funktionen und Ämtern, sondern auch grundsätzlich in alten und neuen Strukturen weniger zu engagieren. Heute kann noch nicht entschieden werden, ob es sich dabei um einen so genannten Alters- oder aber einen Generationeneffekt handelt. Bei einem Alterseffekt würden die Jungen nämlich Art und Umfang ihres Engagements mit zunehmendem Alter den älteren Generationen anpassen. Bei einem Generationeneffekt würden sie jedoch ihre geringere Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement bis ins hohe Alter beibehalten.

Ungeachtet der zuvor geschilderten Veränderungen und Probleme findet das gesellschaftliche Engagement der Bayern auch im Jahr 2010 keineswegs in einem zunehmend politiklos gewordenen vopolitischen Raum statt. Bei fast allen Organisationsformen wird unabhängig von deren Zielsetzungen relativ oft über Politik im Allgemeinen gesprochen. Dass Politik so gut wie keine oder gar keine Rolle bei Gesprächen im Vereinsalltag spielt, ist eher der Ausnahmefall und betrifft noch am ehesten kirchliche Vereinigungen.

Der so genannte vopolitische Raum ist also keineswegs apolitischer geworden. Eher ist das Gegenteil der Fall, wenn man die in den letzten Jahren häufiger praktizierten Formen des bürgerschaftlichen Engagements betrachtet. Auffällig ist aber, dass es – vielleicht mit Ausnahme der Bürgerinitiativen sowie der Stammtische und Gesprächskreise – nur relativ selten Meinungsführer gibt, deren politische Ansichten man schätzt. Hinzu kommt, dass mit Ausnahme von Bürgerinitiativen und Hilfsorganisationen die politische Ausrichtung oder eine Parteiorientierung der Meinungsführer nicht besteht oder aber nicht bekannt ist.

Die Verankerung der Parteien im vorpolitischen Raum ist somit, ohne dass konkrete Vergleichszahlen zur Verfügung stehen, zumindest heute in eher bescheidenem Umfang gegeben. Im Durchschnitt aller bürgerschaftlichen Engagements ist zwar bei etwa vier von zehn Vereinen, Vereinigungen oder Organisationen eine mehr oder weniger starke politische Verankerung festzustellen, die Parteien sind allerdings insgesamt nur in einem Fünftel der Fälle mit einem Meinungsführer vertreten. Umgekehrt bedeutet dies, dass direkte Einfluss- und Kommunikationsmöglichkeiten der Parteien in etwa acht von zehn Fällen nicht gegeben sind.

Der vorpolitische Raum mit seiner Vielfalt an verschiedenen Organisationsformen ist für Parteien bei entsprechender Verankerung eine optimale Möglichkeit, die eigenen Positionen kontinuierlich zu kommunizieren und Bindungen der Wähler zu erzeugen oder aber zu festigen. Angesichts der eher mäßigen Verankerung der Parteien im vorpolitischen Raum können diese Chancen zumindest heute nur in geringem Umfang genutzt werden. Es ist sicherlich des Nachdenkens wert, wie diese Situation wieder verbessert werden kann, weil dadurch auch ein Beitrag zum Abbau der Distanz zur Politik geleistet werden kann.

Dies kann bei realistischer Betrachtung nur teilweise dadurch erreicht werden, dass die Parteien wieder mehr Präsenz mit mehr Meinungsführern im vorpolitischen Raum zeigen. Die Parteien, aber ebenso auch die vom Mitgliederschwund bedrohten Vereine, werden sich vielmehr neue Konzepte der Ansprache potenzieller Mitglieder und der Motivation für ein bürgerschaftliches Engagement überlegen müssen. Dabei spielen insbesondere auf Themen mit persönlicher Relevanz bezogene Angebote zu einem persönlichen, eher zeitlich begrenzten Engagement eine wesentliche Rolle, wie man an der erheblichen Zunahme des Engagements in Bürgerinitiativen sehen kann. Die neuen Konzepte der Ansprache sollten aber nicht nur die Inhalte, sondern auch die Kommunikationsformen und -wege betreffen. Hierbei spielen Internet und Web 2.0 derzeit insgesamt allerdings noch eine eher untergeordnete, für spezifische Zielgruppen dessen ungeachtet aber wichtige Rolle, die allerdings im Laufe der nächsten Jahre weiter an Bedeutung gewinnen wird.

5. Anhang (Schaubilder und Tabellen)

Hanns Seidel Stiftung		Tabelle I				GMS
Allgemeine Grundstimmung zum Zeitpunkt der Untersuchung in den Generationen						
Fragen 1, 2						
	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt	
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)		
Wirtschaftliche und politische Entwicklungen des letzten Jahres in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern						
Eher besser	30	34	26	32	+2	
Genauso	45	37	51	43	-6	
Eher schlechter	18	22	14	19	+3	
Index¹⁾	+12	+12	+12	+13		
Künftige wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern						
Hier eher besser	34	39	30	37	+2	
Genauso	44	38	49	41	-3	
Hier eher schlechter	15	15	14	17	-2	
Index¹⁾	+19	+24	+16	+20		

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Index = „eher besser“ – „eher schlechter“
²⁾ Index = „hier eher besser“ – „hier eher schlechter“

Hanns Seidel Stiftung		Tabelle II									GMS
Allgemeine Grundstimmung zum Zeitpunkt der Untersuchung in den Regionen											
Fragen 1, 2											
	Gesamt	Region									
		Ober-bayern	Groß-raum München	Rest Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben	
Wirtschaftliche und politische Entwicklungen des letzten Jahres...											
Eher besser	30	34	37	29	27	30	29	28	26	27	
Genauso	45	41	38	45	49	44	44	46	52	48	
Eher schlechter	18	17	16	19	17	19	19	18	16	19	
Index¹⁾	+12	+17	+21	+10	+10	+11	+10	+10	+10	+8	
Künftige wirtschaftliche und politische Entwicklungen...											
Hier eher besser	34	34	36	30	38	35	36	37	26	37	
Genauso	44	44	39	51	37	41	49	47	46	42	
Hier eher schlechter	15	17	19	13	16	18	9	13	18	13	
Index²⁾	+19	+17	+17	+17	+22	+17	+27	+24	+8	+24	

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Index = „eher besser“ – „eher schlechter“
²⁾ Index = „hier eher besser“ – „hier eher schlechter“

Politisches Interesse in den Regionen

Frage 3

	Gesamt	Region								
		Ober-bayern	Groß-raum München	Rest Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Politisches Interesse										
Sehr stark	15 (15)	15	17	12	18	18	13	13	12	15
Stark	30 (27)	36	37	33	26	25	27	31	25	24
Etwas	35 (48)	29	28	31	39	35	36	37	41	43
Gar nicht	17 (9)	17	15	19	14	19	21	17	16	13
Index¹⁾	+28 (+33)	+34	+39	+26	+30	+24	+19	+27	+21	+26

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
 In Klammern: Vergleichswerte zu 2009
¹⁾ Index = „sehr stark / stark“ – „gar nicht“

Demokratiezufriedenheit und allgemeine Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft in den Regionen

Fragen 4, 5

	Gesamt	Region								
		Ober-bayern	Groß-raum München	Rest Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Demokratiezufriedenheit										
Sehr zufrieden	9 (16)	9	10	8	10	8	6	13	9	6
Einigermaßen zufrieden	56 (59)	55	56	52	55	51	58	53	60	59
Nicht zufrieden	33 (22)	34	32	37	33	38	34	32	27	35
Index¹⁾	-24 (-6)	-25	-22	-29	-23	-30	-28	-19	-18	-29
Gerechtigkeit in Politik und Gesellschaft										
Gerecht	11 (14)	11	11	12	12	12	10	11	9	12
Teilweise gerecht	53 (59)	51	52	49	49	47	57	64	55	52
Eher nicht gerecht	34 (25)	36	35	37	37	39	31	24	34	35
Index²⁾	-23 (-11)	-25	-24	-25	-25	-27	-21	-13	-25	-23

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
 In Klammern: Vergleichswerte zu 2009
¹⁾ Index = „sehr zufrieden“ – „nicht zufrieden“
²⁾ Index = „gerecht“ – „eher nicht gerecht“

Grundüberzeugungen und Werte in den Generationen

Fragen 6, 7

	Gesamt	Alter (Jahre)				Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)		
Haben die meisten Leute feste Grundsätze und Überzeugungen, an denen sie ihr Leben ausrichten?						
Ja	55 (54)	54 (56)	58 (54)	49 (51)	+5 (+5)	
Nein	38 (41)	34 (37)	35 (43)	45 (40)	-11 (-3)	
Weiß nicht	7 (5)	12 (7)	7 (3)	6 (9)	+6 (-2)	
Haben Sie feste Grundsätze und Überzeugungen, an denen Sie Ihr Leben ausrichten?						
Ja	87 (84)	85 (80)	88 (86)	86 (83)	-1 (-3)	
Nein	11 (11)	10 (14)	11 (10)	11 (12)	-1 (+2)	
Weiß nicht	2 (5)	5 (6)	1 (4)	3 (5)	+2 (+1)	

In Klammern: Vergleichswerte zu 2009

Beurteilung der abnehmenden Wahlbeteiligung in den Regionen

Frage 9

	Gesamt	Region								
		Oberbayern	Großraum München	Rest Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Die Abnahme der Wahlbeteiligung ...										
ist eine normale Entwicklung	16 (20)	19	18	20	10	12	17	13	15	17
wird durch aktuelle politische Vorgänge negativ beeinflusst	60 (47)	54	53	57	64	63	57	67	59	62
ist sowohl normale Entwicklung als auch durch aktuelle politische Vorgänge beeinflusst	18 (33)	20	21	19	18	19	20	15	21	15

 Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
 In Klammern: Vergleichswerte zu 2000

Derzeitige Bereitschaft zur Wahlteilnahme

Frage 2a

Sicherheit der Teilnahme an LTW	Gesamt	Landtagswahlabsicht								
		CSU	SPD	B90/Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke	Sonstige	Nichtw.	Unentschl.
Ja	70	90	81	77	85	82	76	78	-	49
W.n., noch nicht sicher	18	10	19	23	15	18	24	22	-	41
Nein	11	-	-	-	-	-	-	-	100	-
Index¹⁾	+59	+79	+62	+54	+70	+64	+52	+56	-100	+49

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe / verweigert
¹⁾ Index = „ja“ – „nein“

Soziales und gesellschaftliches Engagement in den Generationen

Fragen 13, 14

	Gesamt	Alter (Jahre)			Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	
Der Vorwurf, dass sich die meisten Leute in Deutschland selbst zu wenig engagieren ...					
trifft zu	37 (30)	32	39	37	-5
trifft teilweise zu	45 (57)	42	47	46	-4
trifft eher nicht zu	12 (7)	14	11	12	+2
weiß nicht / keine Angabe	6 (6)	12	3	5	+7
Index¹⁾	+25 (+23)	+18	+28	+25	
Engagieren Sie sich selbst...					
eher zu viel	8 (10)	5	9	9	-4
gerade richtig	43 (43)	40	46	41	-1
eher zu wenig	45 (40)	47	43	46	+1
weiß nicht / keine Angabe	4 (7)	8	2	4	+4
Index²⁾	-37 (-30)	-42	-34	-37	

In Klammern: Vergleichswerte zu 2002 (geringe Fallzahl, n = ca. 300)

¹⁾ Index = „trifft zu“ – „trifft nicht zu“
²⁾ Index = „eher zu viel“ – „eher zu wenig“

Soziales und gesellschaftliches Engagement in den Regionen

Frage 15

	Gesamt	Region								
		Ober-bayern	Groß-raum München	Rest Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben am Wohnort ...										
es gibt Möglichkeiten	79 (69) {74}	77	82	70	81	78	84	80	79	81
es gibt so gut wie keine Möglichkeiten	15 (11) {23}	17	14	22	14	18	12	16	16	12
weiß nicht	6 (20) {3}	6	4	8	5	4	4	4	5	7

In Klammern: () Vergleichswerte zu 2002 (geringe Fallzahl, n= ca. 300)
{ } Vergleichswerte zu 1995

Bestehende Mitgliedschaften in sonstigen Organisationen

Frage 16a1

Basis: Befragte mit „sonstigen Mitgliedschaften“ in Vereinen (niedrige Fallzahl, ca. 2% aller Befragten)

Mitgliedschaften in sonstigen Vereinen, Verbänden und Organisationen (Absolutwerte)	Gesamt
Umwelt- bzw. Tierschutzorganisationen	17
Organisationen im Bildungsbereich / Elternbeirat	13
Verband mit sozialem Anliegen (Lebenshilfe, SOS-Sozialverband, Kindergarten)	7
Jugendklub, Schülervertretung, Studenten, Hochschulorganisationen	3
Gewerkschaften	2
VDK (Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge)	1
Nicht staatliche Organisation mit politischen Zielen (NGO)	1

Mehrfachnennungen möglich

Bestehende Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen nach Parteineigung

Frage 16a

	Gesamt	Parteineigung								
		CSU/CDU	SPD	B90/Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke *	Sonstige *	Keiner Partei	W.n./k.A.
Bestehende Mitgliedschaften in formellen Organisationen										
Vereine (z.B. Sport-, Kultur-, Gartenbauvereine)	43	47	45	40	46	44	45	32	28	40
Kirchliche Vereinigungen	20	23	23	20	16	16	17	17	12	19
Hilfsorganisationen (z.B. Feuerwehr, Rotes Kreuz)	17	18	22	15	16	14	6	6	14	11
Bürgerinitiativen	14	12	11	25	8	15	20	5	12	20
Politische Parteien	6	7	8	5	2	11	8	14	1	-
Selbsthilfegruppen	4	4	3	7	7	6	2	6	3	3
Sonstige	2	2	3	3	4	5	7	2	0	1

Mehrfachnennungen möglich
*Geringe Fallzahl, n= ≤ 50

Zugehörigkeit zu Stammtischen oder Gesprächskreisen in den Regionen

Frage 21

	Gesamt	Region								
		Oberbayern	Großraum München	Rest Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Zugehörigkeit zu Stammtischen / Gesprächskreisen										
Ja (gesamt, ohne Mehrfachantworten)	43	49	53	42	44	44	38	36	35	42
Ja, einem oder mehreren Stammtischen *	29	32	33	30	28	29	24	25	22	29
→ Ja, <u>einem</u> Stammtisch	21	23	22	25	21	17	20	20	17	19
→ Ja, <u>mehreren</u> Stammtischen	8	9	11	5	7	12	4	5	5	10
Ja, einem oder mehreren Gesprächskreisen *	22	26	31	19	28	21	20	19	16	21
→ Ja, <u>einem</u> Gesprächskreis	14	16	19	12	21	11	14	13	7	15
→ Ja, <u>mehreren</u> Gesprächskreisen	8	10	12	7	7	10	6	6	9	6
Nein, weder noch	54	49	45	54	53	52	59	62	62	55

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
Mehrfachnennungen bei Zugehörigkeit zu Stammtischen und Gesprächskreisen möglich

Zugehörigkeit zu Stammtischen oder Gesprächskreisen nach Parteineigung

Frage 21

	Gesamt	Parteineigung								
		CSU/CDU	SPD	B90/Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke *	Sonstige *	Keiner Partei	W.n./k.A.
Zugehörigkeit zu Stammtischen / Gesprächskreisen										
Ja (gesamt, ohne Mehrfachantworten)	43	60	46	31	16	39	28	30	17	20
Ja, <u>einem</u> oder mehreren Stammtischen *	29	42	33	11	14	18	8	24	12	17
→ Ja, <u>einem</u> Stammtisch	21	34	25	6	8	13	4	17	3	5
→ Ja, <u>mehreren</u> Stammtischen	8	8	8	5	6	5	4	7	9	12
Ja, <u>einem</u> oder mehreren Gesprächskreisen *	22	34	21	22	2	22	21	6	5	4
→ Ja, <u>einem</u> Gesprächskreis	14	26	14	2	1	1	2	5	5	3
→ Ja, <u>mehreren</u> Gesprächskreisen	8	8	7	20	1	21	19	1	0	1
Nein, weder noch	54	37	53	67	83	59	69	62	80	72

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe
 Mehrfachnennungen bei Zugehörigkeit zu Stammtischen und Gesprächskreisen möglich

Beabsichtigte Teilnahme an Stammtischen / Gesprächskreisen

Frage 22

Basis: Befragte, die keinem Stammtisch oder Gesprächskreis angehören (54% aller Befragten)

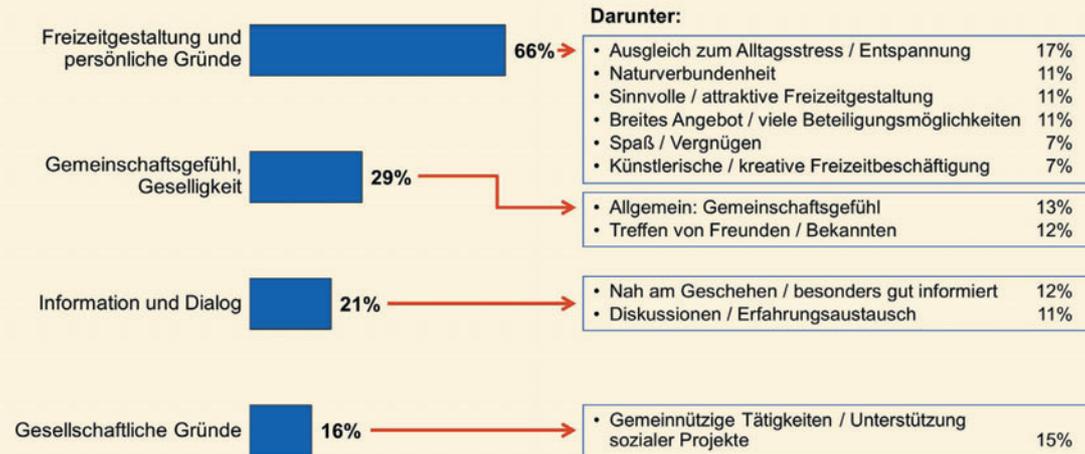
	Gesamt	Alter (Jahre)			
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	Differenz Jung – Alt
Teilnahme an Stammtischen / Gesprächskreisen kann ich mir vorstellen / beabsichtige ich sogar / kann ich mir nicht vorstellen					
Ja (gesamt)	11	10	10	12	-2
→ Ja, <u>einem</u> Stammtisch	2	2	2	2	±0
→ Ja, <u>einem</u> Gesprächskreis	5	4	4	6	-2
→ Ja, <u>sowohl als auch</u>	4	4	4	4	±0
Nein, weder noch	89	89	90	87	+2

Differenz zu 100% = weiß nicht / keine Angabe

Motive für Mitgliedschaften in sonstigen Vereinen

Frage 18g

Basis: Mitglieder sonstiger Vereine und Befragte, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können / beabsichtigen (4% aller Befragten)

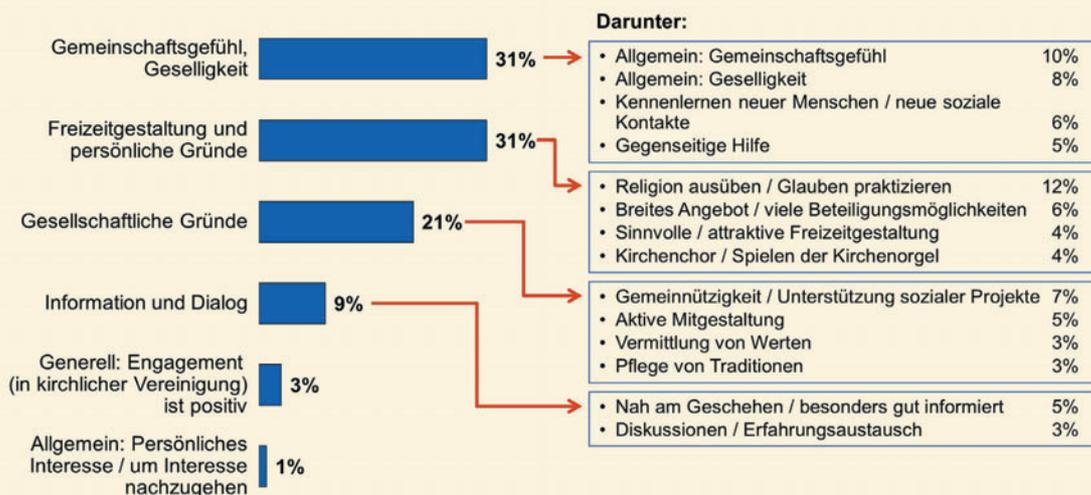


Offene Frage; Mehrfachnennungen möglich, aufgeführt sind alle Einzelnennungen ≥ 7%

Motive für Mitgliedschaften in kirchlichen Vereinigungen

Frage 18c

Basis: Mitglieder in kirchlichen Vereinigungen und Befragte, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können / beabsichtigen (33% aller Befragten)

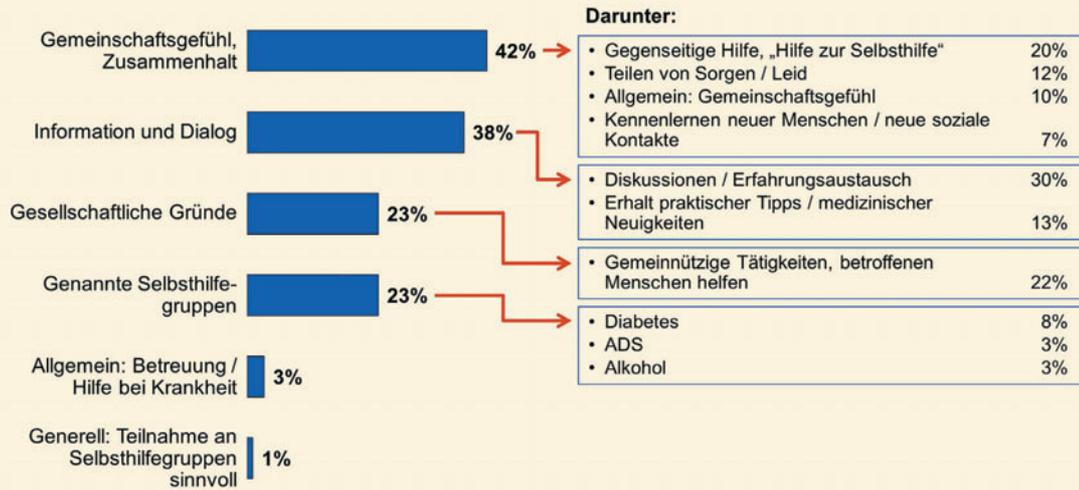


Offene Frage; Mehrfachnennungen möglich, aufgeführt sind alle Einzelnennungen ≥ 3%

Motive für Mitgliedschaften in Selbsthilfegruppen

Frage 18f

Basis: Mitglieder in Selbsthilfegruppen und Befragte, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können / beabsichtigen (10% aller Befragten)

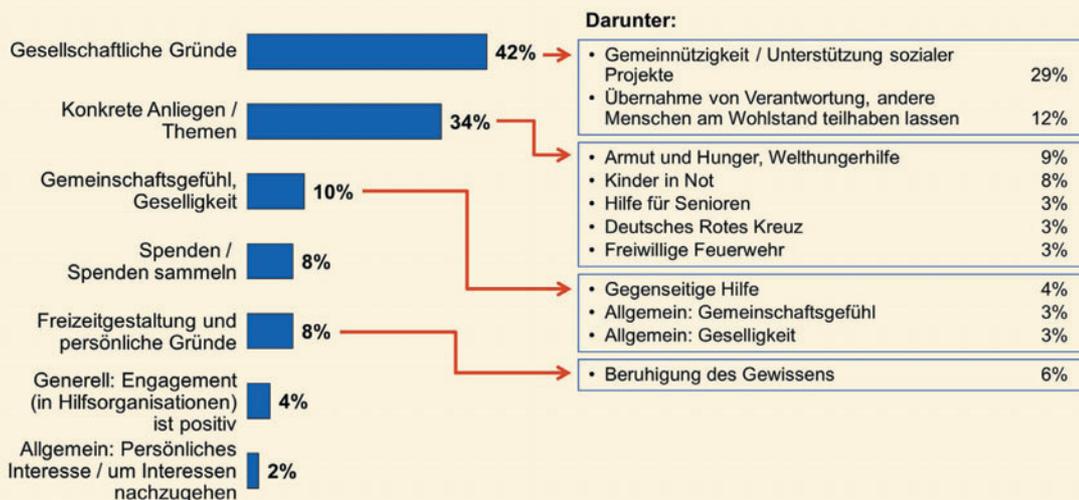


Offene Frage; Mehrfachnennungen möglich, aufgeführt sind alle Einzelnennungen ≥ 3%

Motive für Mitgliedschaften in Hilfsorganisationen

Frage 18e

Basis: Mitglieder in Hilfsorganisationen und Befragte, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können / beabsichtigen (33% aller Befragten)



Offene Frage; Mehrfachnennungen möglich, aufgeführt sind alle Einzelnennungen ≥ 3%

Traditionelle Formen gesellschaftlichen Engagements nach Parteineigung

Skala des Engagements aus den Fragen 16a, 16 b, 17a und 17b

	Gesamt	Parteineigung								
		CSU/CDU	SPD	B90/Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke *	Sonstige *	Keiner Partei	W.n./k.A.
Traditionelles gesellschaftliches Engagement ¹⁾										
(1) Hoch engagierte Vereinsmitglieder	47	51	56	42	50	47	35	36	34	41
(2) Weniger engagierte Vereinsmitglieder	6	5	5	10	5	4	15	-	5	6
(3) Passive Vereinsmitglieder	4	5	5	5	4	1	0	4	3	7
(4) Potenzielle Vereinsmitglieder	7	7	7	8	13	14	4	6	7	7
(5) Offen für Vereinsmitgliedschaften	19	18	15	18	17	13	13	21	28	18
(6) Ablehner einer Vereinsmitgliedschaft	17	14	12	17	11	21	33	33	24	21
Mittelwert	3,0	2,8	2,6	3,0	2,8	3,0	3,4	3,7	3,7	3,1

¹⁾ Vereine, kirchliche Vereinigungen, Hilfsorganisationen, sonstige Vereine
 * Geringe Fallzahl, n = ≤ 50

Neue Formen gesellschaftlichen Engagements nach Parteineigung

Skala des Engagements aus den Fragen 16a, 16 b, 17a und 17b

	Gesamt	Parteineigung								
		CSU/CDU	SPD	B90/Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke *	Sonstige *	Keiner Partei	W.n./k.A.
Neue Formen des Engagements ²⁾										
(1) Hoch engagiert in neuen Formen	11	9	9	17	11	17	17	3	9	13
(2) Weniger engagiert in neuen Formen	4	4	5	11	3	2	2	4	3	4
(3) Passiv in neuen Formen	2	3	0	1	1	0	4	2	3	5
(4) Potenzielles Engagement in neuen Formen	5	5	5	9	2	6	4	10	3	4
(5) Offen für Engagement in neuen Formen	12	13	12	15	8	7	13	12	13	8
(6) Ablehner eines Engagements in neuen Formen	66	66	69	47	75	68	60	69	69	66
Mittelwert	5,0	5,1	5,1	4,3	5,2	4,9	4,8	5,3	5,2	4,9

²⁾ Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen
 * Geringe Fallzahl, n = ≤ 50

Engagement in der Politik

Skala des Engagements aus den Fragen 16a, 16 b, 17a und 17b

	Gesamt	Alter (Jahre)			
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)	Differenz Jung – Alt
Engagement in der Politik					
(1) Aktive Funktionsträger	1	1	2	2	-1
(2) Aktive einfache Parteimitglieder	3	2	2	3	-1
(3) Passive Parteimitglieder	2	0	3	2	-2
(4) Potenzielle Parteimitglieder	1	1	1	2	-1
(5) Offen für Parteimitgliedschaft	9	6	10	9	-3
(6) Nicht kategorisierbare Nichtparteimitglieder	6	12	3	6	+6
(7) Ablehner einer Parteimitgliedschaft	78	78	79	76	+2
Mittelwert	6,4	6,6	6,4	6,4	+0,2

Engagement bei Stammtischen

Skala des Engagements aus den Fragen 21, 22, 23

	Gesamt	Region								
		Ober- bayern	Groß- raum München	Rest Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben
Engagement bei Stamm- tischen										
(1) Hoch engagierte Stammtischangehörige	31	35	39	27	34	28	23	27	23	32
(2) Wenig engagierte Stammtischangehörige	10	11	11	11	8	12	12	7	9	7
(3) Passive Stammtisch- angehörige	3	3	3	3	2	4	2	2	2	3
(4) Offen für Stammtisch- angehörigkeit	6	6	6	7	4	4	6	7	6	4
(5) Ablehner einer Stammtischangehörigkeit	52	45	41	52	52	52	57	57	60	54
Mittelwert	3,4	3,1	3,0	3,4	3,3	3,4	3,6	3,6	3,7	3,4

Häufigkeit der privaten und geschäftlichen Internetnutzung

Fragen 28, 29, 30

	Gesamt	Alter (Jahre)				Differenz Jung – Alt
		Jung (16 – 34)	Mittel (35 – 59)	Alt (60+)		
Nutzungshäufigkeit private Internetnutzung						
Täglich	34	52	37	15	+37	
Wöchentlich	32	33	40	18	+15	
Monatlich / selten(er)	3	3	2	6	-3	
Keine private Nutzung	27	8	19	59	-51	
Weiß nicht / keine Angabe	4	4	2	2	+2	
Nutzungshäufigkeit geschäftliche Internetnutzung						
Täglich	20	17	29	10	+7	
Wöchentlich	9	13	10	3	+10	
Monatlich / selten(er)	2	4	3	1	+3	
Keine geschäftliche Nutzung	65	61	55	84	-23	
Weiß nicht / keine Angabe	4	5	3	2	+3	

Häufigkeit der privaten und geschäftlichen Internetnutzung

Fragen 28, 29, 30

	Gesamt	Parteieneigung								
		CSU/CDU	SPD	B90/Grüne	Freie Wähler	FDP	Die Linke *	Sonstige *	Keiner Partei	W.n./k.A.
Nutzungshäufigkeit private Internetnutzung										
Täglich	34	32	25	44	38	36	41	16	36	46
Wöchentlich	32	34	40	22	31	30	15	36	31	25
Monatlich / selten(er)	3	4	3	3	3	2	13	0	1	3
Keine private Nutzung	27	26	31	26	26	31	24	39	30	21
Weiß nicht / keine Angabe	4	4	1	5	2	1	7	9	2	5
Nutzungshäufigkeit geschäftliche Internetnutzung										
Täglich	20	23	15	21	23	37	17	6	15	13
Wöchentlich	9	9	15	6	13	5	11	8	5	7
Monatlich / selten(er)	2	2	2	3	5	1	-	3	3	5
Keine geschäftliche Nutzung	65	62	67	66	57	55	63	81	75	70
Weiß nicht / keine Angabe	4	4	1	4	2	2	9	2	2	5

* Geringe Fallzahl, n = ≤ 50

Bekanntheit von Weblogs

Frage 32



Dr. Helmut Jung
GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Lazarettstraße 33
80636 München

Vorsitzender: Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Tel: +49 (0) 89 12 58-0

Fax: +49 (0) 89 12 58-356